

In diesem Heft

Editorial

Essay

WOLFGANG HARTMANN

- »Das Erbe Dzierzynskis« – oder
weshalb seine Nachdenklichkeit abhanden kam.
Persönliche Reflexionen und Fragen an Meinesgleichen 5

Gesellschaft – Analysen & Alternativen

ARNDT HOPFMANN

- Transformation als informelle Modernisierung 20

JÖRG ROESLER

- Zwischen High-Tech und Mezzogiorno.
Ostdeutschlands ungewisse Zukunft 34

DANYEL REICHE, CARSTEN KREBS

- Ökologische Steuerreform –
Ein Schritt zu einer nachhaltigen Entwicklung 42

ROBERT KATZENSTEIN

- Krise in der Steinkohle und Solidarität mit den Kumpeln?
Widersprüche und Gegensätze 54

DDR historisch

DIETRICH STARITZ

- Über Jochen Czerny:
Restbourgeoisie und Staatskapitalismus in der DDR 64

ROLF BADSTÜBNER

- Die geheimgehaltenen und verleugneten sowjetischen
Zerstückelungsabsichten gegenüber Deutschland
und das Dilemma der KPD 69

Konferenzen & Veranstaltungen

ELKE SCHERSTJANOI

- Diskussion zur Stalinisierung der SED 77

ULRICH WEISS
Mit Gramsci Zukunft denken! Gründungstagung des
Berliner Instituts für kritische Theorie e.V. (INKRIT) 80

Festplatte

WOLFGANG SABATH
Die Wochen im Rückstau 84

Bücher & Zeitschriften

Pierre Bourdieu:
Der Tote packt den Lebenden,
Schriften zu Politik & Kultur 2,
hrsg. von Margareta Steinrück,
VSA-Verlag Hamburg 1997
(ARNDT HOPFMANN) 86

Christoph Butterwegge/Birgit Griese/Coerw Krüger/
Lüder Meier/Gunter Niermann:
Rechtsextremisten in Parlamenten.
Forschungsstand – Fallstudien – Gegenstrategien.
Leske+Budrich Opladen 1997
(STEFAN BOLLINGER) 87

Manfred Prisching:
Bilder des Wohlfahrtsstaates,
Metropolis-Verlag Marburg 1996
(ULRICH BUSCH) 89

Martin Textor (Koordination):
Sozialpolitik, Aktuelle Fragen und Probleme,
Westdeutscher Verlag Opladen/Wiesbaden 1997

Thomas von Winter:
Sozialpolitische Interessen,
Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden 1997

Siegfried Müller, Ulrich Otto (Hrsg.):
Armut im Sozialstaat,
Luchterhand Neuwied, Kriftel, Berlin 1997
(FRIEDHELM WOLSKI-PRENGER) 91

Totalitarism w Ewrope XX weka.
Is istorii ideologij, dwishenij, reshimow i ich preodolenija.
(Übers. D. Sacht: Der Totalitarismus im Europa des
XX. Jahrhunderts. Aus der Geschichte der Ideologie,
der Bewegungen, der Regimes und ihrer Überwindung.)
Leiter des Autorenkollektivs Ja. S. Drabkin, N. P. Komolowa.
Moskau: Pamjatniki istoritscheskoj mysli 1996

Totalitarismus. Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts.
Hrsg. von Alfons Söllner, Ralf Walkenhaus
und Karin Wieland.
Akademie-Verlag Berlin 1997
(WLADISLAW HEDELER)

93

An unsere Autorinnen und Autoren
Impressum

96

Editorial

Die Ästhetik der Politik in diesem Land wird immer unappetitlicher. Das drückt sich nicht nur in der grassierenden Verlotterung aus – bei »Siegern«, nicht zuletzt bei den heutigen des Kalten Krieges, eine nahezu naturnotwendige Erscheinung. Schwerer wiegt die immer panischer werdende Realitätsflucht bei den »politisch Verantwortlichen« angesichts der Zerfallsprozesse in dieser Gesellschaft. Zunehmend fühlt man sich erinnert an die DDR der achtziger Jahre.

Eigentlich müßte man seine ganze Kraft auf das, was sich da vor unseren Augen abspielt, konzentrieren – und die Beiträge von Arndt Hopfmann, Jörg Roesler, Danyel Reiche, Carsten Krebs und Robert Katzenstein in diesem Heft versuchen zweifellos, in dieser Richtung etwas zu leisten. Doch – wir bekommen den Kopf nicht wirklich frei. Erneut und erneut holt uns die Vergangenheit ein. Und die ist nun einmal nicht »im Vorwärtsschreiten«, wie Ulbricht einst suggerierte, zu überwinden.

Gleich zwei Dinge sind hier heute anzuzeigen: Zum einen die Mär, daß Stalin stets der Vorkämpfer der deutschen Einheit gewesen sei. Eine Aktenpublikation aus dem Moskauer Außenministerium beweist, daß der Gedanke einer Spaltung Deutschlands zuerst von ihm auf den Tisch gebracht wurde; spätere sowjetische »Aktenveröffentlichungen«, die das Gegenteil beweisen sollten, entpuppen sich als Fälschung. Rolf Badstübner berichtet darüber.

Der zweite Quellenfund wird – leider – nicht in UTOPIE kreativ publiziert; das geschah schon in den »Beiträgen zur Geschichte der Arbeiterbewegung« (BzG, 1997, H. 3, S. 43-67). Ich halte ihn aber für so wichtig, daß an dieser Stelle zumindest auf ihn verwiesen sei. Es handelt sich um eine Rede Lenins auf der IX. Konferenz der KPR(B) am 22. September 1920. Es war die Zeit kurz nach dem »Wunder an der Weichsel«, also dem Scheitern der Roten Armee bei der Eroberung Polens. Hier wird wie in keiner sonstigen Rede Lenins deutlich, wie weit sich die russischen Revolutionäre in linksradikalem Größenwahn von der Wirklichkeit entfernt hatten. Besonders anzumerken sind Lenins Anwürfe gegenüber der deutschen Partei (die damals von Paul Levi und Clara Zetkin geführt wurde), weil die sich weigerte, auf Lenins Geheiß hin in Deutschland einen Bürgerkrieg zu entfachen. Diese Rede wirft ein neues Licht auf die Entstehung des Linksradikalismus in der KPD.

JÖRN SCHÜTRUMPF

WOLFGANG HARTMANN

»Das Erbe Dzierzynskis« –
oder weshalb seine Nachdenklichkeit
abhanden kam.

Persönliche Reflexionen und
Fragen an Meinesgleichen

Erstens:

Mir sei ein Gedankenexperiment erlaubt: Wir stellen uns vor, zur DDR-Zeit, vielleicht 1956 nach dem XX. Parteitag der KPdSU, sei ein verantwortlicher Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (MfS) gefragt worden, ob er es als hypothetisch ansähe, dieses Ministerium könnte in »irgendeine Art von ›Ochra-na‹ ausarten?

Welches wäre die Reaktion auf die Frage gewesen? Sehr wahrscheinlich hätte allein die bloße Erkundigung nach solcher Möglichkeit Entrüstung ausgelöst und die argwöhnische Vermutung, ob sie nicht einem »politisch-negativen« Denken entspringe. Wenn nicht gar einer »feindlich-negativen« Haltung!

Aber: Eben eine solche Frage stellte sich Feliks Dzierzynski, der Gründer der Außerordentlichen Kommission zur Bekämpfung der Konterrevolution und Sabotage. Denn ahnungsvoll erwog er die Gefahr einer Entartung der Tscheka.

Darüber wird Erstaunliches erfahren, wer die Erinnerungen Zofia Dzierzynskas, seiner Frau, aufschlägt, obwohl die 1964 in der Sowjetunion erschienene Fassung gewiß gefiltert ist. Sie schreibt:

»Feliks war nach den Worten W. R. Menshinskis ›der strengste Kritiker seiner Schöpfung (der Tscheka – Z.D.)‹. Er fürchtete nichts mehr, als daß sich der Wurm in ihr einniste, sie ein sich selbst genügendes Organ werde, die Verbindung zur Partei verlöre, ihre Mitarbeiter schließlich auf Abwege gerieten und ihre immensen Rechte ausnutzten«¹

Zofia Dzierzynska berichtet, ihr Mann habe die Gefahr gesehen, seine Schöpfung könne »schädlich« werden und »in eine Ochra-na oder in ein Organ der Konterrevolution (ausarten)«². Nämlich dann, wenn sie nicht ein »Organ des Zentralkomitees« bleibe, also dessen Kontrolle entzogen werde. Dieser Satz muß vor dem Hintergrund des Leninschen Parteiverständnisses und Lenins Verlangen nach Demokratismus und der damaligen Situation verstanden werden, in welcher die Frage »Wer – wen?« noch nicht entschieden war.

Mit wenigen Sätzen vermittelt Zofia Dzierzynska zudem, worin ihr Mann das eigene, ein kommunistisches Ethos dieses Machtor-gans sah: Er verlangte nämlich nicht nur Konsequenz bei der Bekämpfung der im damaligen Bürgerkrieg und der ausländischen Intervention gegenwärtigen Konterrevolution. In dieser angespannten Situation forderte er strikte Gesetzlichkeit sowie von den Mit-

Wolfgang Hartmann –
Jg. 1929, Chemielaborant,
Diplom-Jurist; war seit 1964
bei der Hauptverwaltung
Aufklärung (HVA) des MfS.

Die Ochra-na war die gegen
aufbegehrende Demokraten
und gegen die Arbeiterbe-
wegung Rußlands gerichtete
brutale zaristische Ge-
heimpolizei. Ihr Name wurde
Synonym für Provokation,
brutale Unterdrückung und
Terror gegen das Volk.

W.R. Menshinski war Stell-
vertreter und später Nach-
folger Dzierzynskis. Er starb
nach langer Krankheit 1934.
Daß seinem Nachfolger
Jagoda angelastet wurde,
er habe Menshinski durch
Giftmord beseitigt, muß
ebenso mit größter Skepsis
gesehen werden, wie ande-
re in den dreißiger Jahren
erhobene Beschuldigungen
über Morde und Mordpläne.

arbeitern, »sich um die Menschen zu kümmern und taktvoll (sic!) selbst gegenüber denen zu sein, die verdächtigt wurden, Verbrechen gegen die Arbeiter- und Bauern-Macht begangen zu haben.«³ Zofia Dzierzynska zitiert Feliks D.:

»Wer von euch hart geworden ist gegenüber den Leiden der Inhaftierten, der sollte diese Institution verlassen. Hier muß man mehr als anderswo ein gutes mitfühlendes Herz haben.« Den Tschekisten als Repräsentanten dieser Macht gebot er: »Jeder Anschauzer, jede Grobheit, Unbescheidenheit und Unhöflichkeit ... ist ein Schandfleck, der auf diese Macht zurückfällt.«⁴

Dieses niederschreibend, bin ich versucht, als Kontrast einige Zitate des rüden Anklagegebrülls Wyschinskis in den Moskauer Prozessen dageganzusetzen, oder die widerspruchslos angehörten polternden Machtworte des Ministers E.M., oder – schlimmer! – Dokumente über die erniedrigende Behandlung, welche in MfS-Haft Kommunisten zuteil wurde, die später von erfundenen Anschuldigungen befreit und rehabilitiert werden mußten, wie z.B. die in Haft genommenen Kommunisten Leo Bauer, Alfred Drögemüller, Willi Kreikemeier, Paul Merker, Fritz Müller, Johannes Schellenberger, Hans Schrecker, Fritz Sperling, Bernhard Steinberger, Rudolf Zuckermann.

Zweitens:

Das MfS sah sich in der revolutionären Tradition der Tscheke. Minister Mielke liebte es, die Mitarbeiter mit Pathos Tschekisten zu nennen. Dzierzynskis Verlangen, die Mitarbeiter der Tscheke sollten einen »kühlen Kopf, ein heißes Herz und absolut saubere Hände« haben und persönlich bescheiden sein, war den meisten Mitarbeitern des MfS wohl nicht nur ein geläufiges Zitat – sondern ein persönlich ehrliches Ideal. Dieses nehme ich auch für mich in Anspruch.

Aber: War in unser Denken auch die Nachdenklichkeit Dzierzynskis eingegangen, mit der er die immanenten Gefahren der Entartung eines Apparates sah, welcher mit so großer Macht ausgestattet war? Und zwar schon zu einer Zeit, als die innere Entwicklung der Sowjetunion noch von Bürgerkrieg und ausländischer Intervention bestimmt war und noch nicht, wie in den dreißiger Jahren, vom »Sieg des Sozialismus« gesprochen wurde?

Wäre solche Nachdenklichkeit über immanente Gefahren des Machtapparates MfS nicht zwingend notwendig geworden? Nicht schon spätestestens,

– nachdem der XX. Parteitag der KPdSU 1956 die nach Dzierzynskis Tod in der Stalinzeit eingetretene Entartung der Tscheke enthüllt hatte,

– nachdem Beria entmachtet wurde und

– nachdem auch in der DDR viele Menschen, meist bewährte Kommunisten, rehabilitiert werden mußten – an deren Anschuldigungen, Verurteilungen und Haftbedingungen das MfS seinen praktischen Anteil hatte?

Diese Nachdenklichkeit kann sich natürlich nicht auf bloße konkrete »Einzel-Fälle«, namentlich von ungerechtfertigter strafrechtlicher Repression, begrenzen. Eine solche Beschränkung käme

ihrer Verniedlichung zu Justizirrtümern gleich. Besonders von heute her gesehen ist auch zu bedenken, mit welchem eigenen Zutun das MfS bis zum Ende der DDR die jeweiligen dogmatischen Züge der Kultur-, Wissenschafts- und Informations-Politik der SED, die öffentliche Selbsttäuschung über die ökonomische Situation und die Art der inneren Konfliktsachen unterstützte. Denn damit wurden für den Sozialismus große Potentiale von Kreativität zerstört; Intellektuellenfeindlichkeit und Mißtrauen gegen kritisches Denken wurden genährt. Nachzudenken ist über die Zusammenhänge aller dieser Elemente der Sicherheitspolitik und über ihre ideologischen Rechtfertigungen, d.h. also über das Herrschafts- und Demokratieverständnis.

In vielen Diskussionen nach dem Ende der DDR habe ich erfahren, wie schwierig selbst mit dem Abstand einiger Jahre solches kritische Nachdenken ist. Z. B. berufen sich manche der Jüngeren darauf, sie seien zu jung gewesen, um den XX. Parteitag der KPdSU bewußt wahrgenommen zu haben. In ihrer Ausbildung und »Erziehung« zu Tschekisten seien die dort aufgeworfenen Probleme niemals offiziell thematisiert worden. Die letzte Feststellung ist richtig und enthüllt die strikte Tabuisierung dieser Thematik durch die SED(-Führung): »Keine Fehlerdiskussion!«. Sie belegt, wie wenig konsequent oder gar nicht (nach Zaissers Absetzung⁵) die stalinistischen Denkmuster des Gesellschaftsverständnisses und der Herrschaftsausübung seitens der MfS-Leitung in Frage gestellt wurden. Die MfS-Leitung ging, nach den (oft nur halbherzigen) Rehabilitierungen, zur Tagesordnung über. Waren (sind) die verweigerte Benennung und die »Enthaltbarkeit« bei der kritischen Auseinandersetzung mit Irrtümern und Fehlern nicht auch Zeichen von Machtarroganz, eines Ausweichens vor eigener politischer Verantwortung – und einer Anspruchslosigkeit des theoretischen Denkens? Wer dennoch darüber sprechen wollte, bekam schnell den Stempel »politisch-negativ«, »revisionistisch« o.ä..

Zuweilen wird die gleichermaßen oberflächliche wie blockierende Erklärung angeboten, es sei eben Vorkrieg oder Krieg und Faschismus oder eben Kalter Krieg gewesen. Als ob infolgedessen das Gesetz des eigenen Handelns vollständig dem – tatsächlichen – Gegner abgetreten und nun von diesem bestimmt wurde, als ob die eigenen Ideale und Maßstäbe suspendiert seien!

Drittens:

Lassen wir für unsere Betrachtung an dieser Stelle beiseite, welches die spezifische Verantwortung der Verantwortlichen an der Spitze des Machtapparates war. Deren Verantwortung taugt nicht als Alibi: Es sei denn, wir wollten in das spießige Klischee des tumben Mitläufers schlittern, der selbst ohne gesellschaftliche Mitverantwortung für das Ganze eben nur mit den völlig legitimen Staatsschutzfunktionen, z.B. der Verfolgung von Spionage oder Terrorismus, zu tun gehabt hat?

Fragen wir also uns selbst: Darf man – erst recht von heute her gesehen! – den ersten Teil der oben zitierten Antwort hinnehmen, nämlich die Berufung auf »späte Geburt«? Oder die Berufung darauf, selbst an diesem oder jenem zweifelhaften Geschehen nicht

Konstantin Simonow:
 »Die Lebenden und die Toten«; »Man wird nicht als Soldat geboren«;
 »Der letzte Sommer«
 Tschingis Aitmatow:
 »Abschied von Gülsary«;
 »Der weiße Dampfer«,
 »Die Richtstatt«.

mitgewirkt, keinen eigenen (direkten) Einfluß gehabt zu haben? Zumal wir doch sonst und völlig richtig darauf beharren, daß geschichtliche Zusammenhänge, politische Inhalte und wichtige Tatsachen nicht ausgeblendet werden dürfen! Denn wenn auch nicht offiziell, nicht »von oben« gewünscht, war allein schon aus der viel gelesenen Literatur reichlich und erschütternd über Machtmißbrauch und tragische Menschenschicksale bekannt.

Wer von uns Mitarbeitern des MfS las nicht die Romane Konstantin Simonows? Öffnete er uns – am Beispiel von Serpilins Schicksal – nicht einen Blick in Abgründe?

Wer von den Mitarbeitern des MfS las nicht einen der Romane Tschingis Aitmatows? Erhielten wir aus ihnen nicht reichliche historische Kenntnis? Welche Gedanken löste das Gleichnis der an den »Mankurts« vollzogenen Menschenmanipulation in seinem Roman »Der Tag zieht den Jahrhundertweg« aus? Hatte er nur über eine vergangene Geschichte oder nicht auch über Gegenwart geschrieben?

Wer von den Mitarbeitern des MfS erhielt durch das Schicksal unseres Traditionshelden Richard Sorge nicht Anstoß für kritische Nachdenklichkeit?

Und welches waren unsere Gedanken beim Lesen der Memoiren Sandor Radós? Geben sie doch Einblick, wie die entartete Tscheka nach 1945 mit diesem großen Aufklärer umgegangen war.

Drang nichts über das tragische Schicksal des Grand chef der Roten Kapelle, Leopold Trepper, in unsere Sinne?

Und fragten wir uns nicht nach dem Schicksal Bersins, des legendären und erfolgreichen Chefs der sowjetischen Militär-Aufklärung?

Was dachten wir uns beim Lesen der Erinnerungen Erwin Geschonneks über seine faktische Auslieferung an die Nazis?

War dies alles etwa nur eine sowjetische Sache und fern von uns? Betraf es nur das sowjetische Vorbildorgan oder nur die frühen sowjetischen Besatzungseinflüsse? Hatten wir nicht vieles davon angenommen und als Eigenes verinnerlicht? Auch, als wir längst kritikfähig sein konnten?

Welchen Einfluß auf unser Problembewußtsein und auf unser Handeln im eigenen Spielraum gewannen Debatten und Auseinandersetzungen in der DDR?:

Wer las nicht Kuczynskis »Dialog mit meinem Urenkel« und darin über die dogmatischen Verirrungen unseres Gesellschaftsverständnisses: Im Sozialismus keine Widersprüche, schon gar keine antagonistischen?!

Was dachten wir uns über die von Hermann Kant in der »Aula« erzählte Geschichte einer fast klassischen Auseinandersetzung mit unserem Mißtrauen?: Die Freunde Iswall, Trullesand und Jakob Filter aus dem Zimmer »Roter Oktober« suchen im Gespräch mit dem Spanienkämpfer und SED-Kreissekretär Haiduck Rat wegen des vom doktrinären ABF-Parteisekretärs Angelhoff gegen »Quasi« Riecks Tbc-Arzt Gropjuhn erhobenen Mißtrauens, denn dieser plane einen »Angriff auf die ABF«. Sie erfahren: »Mißtrauen ist Munitionsvergeudung«. Löste es nicht unsere Nachdenklichkeit aus, wie Kant jenen hysterischen Typ von Kurzschluß-Argumen-

tationen Angelhoffs lächerlich macht, welcher doch auch in unseren Reihen nicht fremd war: Der Tbc-Arzt Gropjuhn sei nicht Mitglied der DSF, »folglich« kein Freund der Sowjetunion, »folglich« ein Feind der Sowjetunion, »folglich« gegen den Frieden, »folglich« ein Feind? War dies nicht eine »Folge«-Kette, die schnell und leicht zur Wertung »politisch-negativ« führte?

War es nicht so, daß – nach dem XX. Parteitag – diese und andere unübersehbare Anstöße zur Nachdenklichkeit nur noch mit Ignoranz übersehen werden konnten? Eine peinliche Frage, aber wir müssen sie uns selbst stellen.

Viertens:

All dieses hätte doch – »von unten« her! – Dzierzynskis Nachdenklichkeit über Entartungsgefahren, über deren Gründe und Erscheinungsformen in uns erwecken müssen. Und mehr als nur Nachdenklichkeit: auch Konsequenzen für das Verständnis der eigenen Arbeit, für das eigene Verhalten, zumindest im Spielraum der eigenen Verantwortlichkeit.

Wie sind wir damit umgegangen? Gab es etwa überhaupt keine Nachdenklichkeit? Doch, es gab sie, wenn auch selten im »offiziellen Raum«. Weshalb aber nicht im offiziellen Raum, z.B. in den Versammlungen der SED oder in Schulungen? Weshalb nur »inoffiziell«? Was setzte der Nachdenklichkeit Grenzen und dem Geltendmachen ihrer Ergebnisse enge Schranken, so daß dann am Ende wir die Zeichen nicht erkannten oder verdrängten?

Weshalb haben wir unsere »inoffiziellen« Erkenntnisse und Ansichten nicht so in unserem Handeln umgesetzt, daß von uns und rechtzeitig eine Reform des realen Sozialismus ausging?

Dazu gehört die (Teil-)Frage, weshalb sich unser Selbstbild von dem des Volkes entfernt hat. Bis sich dann das Volk erst allmählich, dann sprunghaft und massenweise von der DDR abwandte. Obwohl sie doch gegen die Barbarei des asozialen Kapitalismus mit seinen Kriegen, mit seinem Tanz um die Macht des Geldes, mit seiner sozialen Kälte, mit seiner Ausbeutung der Dritten Welt – und mit seinen faschistischen Ausgeburten! – dennoch ein kostbarer Ansatz für eine Alternative war? »Wir« müssen darauf Antworten suchen und sie unseren Erben, unseren »Urenkeln« hinterlassen.

Was hinderte uns? Wollen wir, die wir doch glaubten Marxisten zu sein, behaupten, wir wären nur bewußtlose und willenlose Rädchen eines Mechanismus gewesen und wir hätten uns nicht als Subjekt der Geschichte verstanden: Das System war alles, ich bin ein Nichts, also auch für nichts verantwortlich? Wie erklären wir uns das hier beschriebene Phänomen eines subjektiven Versagens? Ja, eines Versagens, denn – sehen wir vom Faktor des ökonomischen Kräfteverhältnisses ab – unser Versuch, eine sozialistische Gesellschaft zu schaffen, ist auch durch unser Tun und Unterlassen gescheitert.

Fünftens:

Leider gibt es keine repräsentative soziologische Untersuchung dieses Phänomens. Deshalb bleibt nur der mühevoll Weg, subjektive Reflexionen über eigene Erfahrungen zusammenzutragen. In

Kurt Hagers Erinnerungen⁶ findet sich mehrfach die Selbstbeziehung, er sei in bestimmten Situationen feige gewesen. Mag sein. Aber er und viele andere haben im Kampf gegen den Faschismus großen persönlichen Mut bewiesen. Daher kann wohl kaum von charakterlicher Feigheit gesprochen werden. Was im Einzelfall als eine individuelle Feigheit oder – z.B. bei gewissen Geständnissen und selbstkritischen Bezeichnungen – als Kapitulation vor dem Druck der eigenen Genossen erscheinen mag, war es nicht ein soziales und ideologisches Phänomen, dessen Genese wir zu ergründen und aufzudecken verpflichtet sind? Nein, Feigheit und bloßer Opportunismus sind kein befriedigender Erklärungsansatz, obwohl natürlich nicht zu leugnen ist, daß es übersteigerten Ehrgeiz, charakterlichen Opportunismus und die korrumpierende Wirkung von Karriere-Denken gab. Das wäre bei einem so großen Apparat und bei den gering entwickelten Formen offener Diskussion eine zu naive Annahme. Wir wollen hier darauf nicht näher eingehen, denn es sind keine spezifischen Erscheinungen der DDR-Gesellschaft.

Von meinen Überlegungen glaube ich, daß sie trotz – oder vielleicht gerade wegen – einiger Besonderheiten meiner Biographie einen Pfad öffnen könnten, dieses Phänomen zu verstehen. Prozeßhaft vereinigen sich in ihm viele Komponenten: Unerfahrenheit und wachsende Erfahrung; unkritisches Vertrauen in tatsächliche oder angemäße Autoritäten und wachsende Unabhängigkeit des Denkens; naive Gläubigkeit und wachsendes kritisches Denken; Verdrängungen und treibende Zweifel; disziplinierte Selbstzensur mit der »Schere im Kopf« und Aufbegehren; Zaudern und Unsicherheiten; aufrichtige Loyalität; taktische Anpassungen. Die taktischen Anpassungen folgten oft aus der Bestimmung von Prioritäten. Auf diese werde ich noch zurückkommen.

Zu dem hier erörterten Phänomen gehören untrennbar begünstigende Umstände und »die Verhältnisse«, aus denen sich Kriterien und Prioritäten für die persönlichen Werte und das persönliche Verhalten ableiteten.

Ich sehe allerdings keinen Grund, jene Erwartung an linke Selbstkritik zu erfüllen, wonach ausgerechnet und allein von denjenigen abzuverlangen wäre, engelsrein und ohne Abweichung vom eigenen Ideal zu sein, die nach dem Faschismus, nach Deutschlands Okkupation Europas, nach industrialisiertem Menschenmord eine an die Wurzeln gehende grundlegende Alternative versuchten. Solche Erwartung ist entweder weltfremd oder heuchlerisch. Zumal gleichzeitig »auf der anderen Seite« die staatliche, die ökonomische und die gesellschaftliche Macht weitgehend von der personellen Kontinuität der alten Eliten getragen wurde. War deren Bekenntnis zur »Freiheitlich-demokratischen Grundordnung« nicht etwa eine perfekte »Wendehälsigkeit« (und ein taktisches Manöver zugleich)? Was wiegt das Bekenntnis der im Amt gebliebenen Nazirichter, die weiter die Kommunisten verfolgten, aber ihresgleichen schonten, zum Grundgesetz? Dieses etwa personifiziert am führenden Grundgesetzkommentator, Theodor Maunz, der bis zu seinem Tode den Neonazis verbunden war?

Nur: Die Welt ist nicht so beschaffen, daß Ideal-Wirklichkeits-Konflikte überhaupt vermeidbar wären.

Staatsverständnis faßbar, darin eingeschlossen das innere Sicherheitsdenken und das Verständnis von Zweck und Maß der Macht.

Die Fokussierung der Diskussion auf das MfS, wie sie vorherrschend in den Medien, von manchen Politikern, Politologen, Historikern, auch einer nur noch eifernden Fraktion der ehemaligen Bürgerrechtler und Herrn Gauck vorgenommen wird, provoziert schnell eine sterile Verteidigungs-Haltung, ebenso wirkend, wie die sogenannte juristische Aufarbeitung von Geschichte. Nähmen frühere MfS-Mitarbeiter diese Diskussionsbasis an, setzen sie sich dann nicht selbst Erkenntnisschranken? Durch eine Verteidigungs-Haltung und theoretische Anspruchslosigkeit, statt einer eigenen Lern-Haltung, die kritische Analyse will. Verzichteten sie dann nicht, zur heutigen Politikfähigkeit der Linken ihren Beitrag zu leisten?

Indem ich nach kritischer Analyse frage, behaupte ich nicht, ein kritisches Nachdenken habe es in der DDR, im MfS nicht und nie gegeben.

Z. B. waren die oben bezeichneten Ereignisse und literarischen Anlässe, aber auch Erfahrungen aus der eigenen Tätigkeit nicht nur für mich Anstöße und Gegenstand für Nachdenklichkeit. Letztlich aber kommt es auf die Folgerungen an.

Zu welchen Folgerungen hatte kritisches Denken geführt – oder auch nicht? Ich stelle uns diese Fragen vielleicht ob der geringen öffentlichen, also politisch wirksamen Reflexion früherer Mitarbeiter mit einer gewissen Ungeduld, aber nicht anklagend. Was sollten Anklagen oder eifertige Beteuerungen von »Schuld«? Wessen und welcher Schuld? Kollektiver, individueller, politischer, moralischer, strafrechtlicher – und nach welchen Kriterien? Statt Anklage und zerknüschtem »mea culpa, maxima culpa« ist ein linkes Lernen gefragt, welches der Weisheit der Gesellschaft verfügbar werden muß. Dafür werden Beschreibung und Analyse von politischen und gesellschaftlichen Inhalten, von Tatsachen und Prozessen und ein Verstehen gebraucht. Dann erst wird moralische Bewertung möglich. (Wer eine Entschuldigung erwarten darf, wird von Einsichten eher befriedigt sein können, als von oberflächlichen Reue-Floskeln.)

Siebtens:

Lenins berühmte Köchin kann den Staat nicht ohne Kenntnisse regieren. Durch vorenthaltenes Wissen wird sie entmachtet. Die Geheimsetzung von »Herrschaftswissen« – etwa über die realen Probleme, den Zustand, die Konflikte der Gesellschaft – ist Manipulation und Entmündigung. Ich zögere deshalb nicht, deutlich auf die Verantwortung jener hinzuweisen, die sich dieses undemokratischen Mittels bedienten, wobei sie gegen besseres Wissen mit Fälschungen, erfundenen Beschuldigungen, Schönfärberei sowie Unterdrückung von Kritik und Zweifel hantierten. Insoweit besaß die Repressionspraxis des MfS (als Institution) eine einschüchternde Funktion. Sie richtete sich – etwa mit dem unsinnigen Verbot des Westfernsehens – auch gegen die eigenen Mitarbeiter und erzog damit wahlweise zu Heuchelei oder Ignoranz. Es war mein Glück, Mitarbeiter der HVA zu sein. Wie grotesk: Hätte hier nicht

jeder wegen Dummheit und Unfähigkeit im »Operationsgebiet« eine Parteistrafe verdient, wenn er nicht möglichst viele der Westmedien verarbeitet?

Trotz der extremen Zentralisierung und der mit ihr verbundenen Disziplinierung in der SED waren niemals völlige Uninformiertheit und Uniformität entstanden, eigenes Denken und Emanzipation durch eigene Anstrengung unmöglich gemacht und Spielräume völlig aufgehoben worden. Wer mag, soll sich darauf zurückziehen, er sei nur ein willenloses, bewußtloses Rädchen eines Mechanismus gewesen. Zweifellos, Mechanismen – wo bestehen sie nicht?! – sind Handlungsrahmen. Menschen aber sind zu eigenem Denken begabt und verantwortungsfähig, jeder entscheidet letztlich dennoch selbst über sein Tun und sein Unterlassen. Walter Ulbricht betrachtete es als Tugend der Funktionäre, disziplinierte »Durchführer« von Beschlüssen und Weisungen zu sein. Aber gab nicht auch die »Durchführung« Spielräume? Und mußte der »Durchführer« seine Erfahrungen nicht bewerten? Müssen wir uns solchen Fragen nicht wenigstens heute stellen?

Gern zitierten wir Brechts »Fragen eines lesenden Arbeiters« – »Cäsar erschlug die Gallier./ Hatte er nicht wenigstens einen Koch bei sich?« – und wandten uns gegen ein Geschichtsverständnis, welches Geschichte nur als »Werk der Großen« ansah. Konsequenterweise sollten wir heute nicht nur nach Ulbricht, Honecker, Mittag, Mielke und Hermann fragen, sondern nach uns, den Köchen. Die Schärfe unserer Fragen an »die Großen« dürfte anschließend gerechter sein.

Achtens:

Kritische Reflexion erfordert Kritikfähigkeit. Der Unerfahrene, der Lehrling, gar wenn er auf seinen Meister und dessen Autorität fixiert ist, besitzt sie noch nicht. Nach der Befreiung vom Faschismus wollten wir Neues bauen – es sollte antifaschistisch sein, es sollte »Nie wieder Krieg« gewährleisten, es sollte die politisch und vor allem die ökonomisch und militärisch Verantwortlichen an Krieg, Faschismus und sozialem Elend entmachten. Daran ist kein Abstrich nötig.

Gewiß gab es die eigenen Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung. Aber nach der Dezimierung der Kader – und den Toten des Krieges – waren sie nur noch in wenigen Älteren lebendig. Das Vorbild, das Modell des »ersten sozialistischen Staates«, des stalinischen Typs, konnte so übermächtig werden. Dies um so mehr, als wir Deutsche in einer tiefen Schuld standen. Wir waren in fremden Ländern umhergezogen, besonders in der Sowjetunion, und hatten auf »verbrannter Erde« Millionen Tote hinterlassen. Kritik an der Sowjetunion? Vorerst ein absurder Gedanke.

Neuntens:

Am eigenen Leibe erlebte ich die Sowjetunion nicht als eine dämonische stalinistische Macht. Im Gegenteil: In Gestalt eines ihrer Kulturoffiziere, des jüdischen Hauptmanns Edelberg aus Leningrad, lernte ich sie in meiner Heimatstadt Halle in einer Weise kennen, die nicht distanzierte Kritik, sondern Sympathie

begründete. Er war – wie auch seine Kollegen – eine kultivierte, hochgebildete und einfühlsame Persönlichkeit, hochgeachtet, ja verehrt ob seiner Verdienste um den Wiederaufbau des kulturellen Lebens in der Stadt. Während manche deutsche Genossen mir jungen und noch suchenden Mann mit Ungeduld und Mißtrauen begegneten, erlebte ich durch ihn (und andere Kulturoffiziere) das pure Gegenteil. Durch ihn lernte ich am eigenen Kopf, was Toleranz gegenüber einem »Andersdenkenden« ist. Toleranz nicht durch sprachlose Duldung, sondern durch das Ernstnehmen des Widerparts, durch einfühlendes Mitdenken seiner anderen Ansichten und achtungsvollen Streit. Heftigen Streit, stets mit Gründen, stets mit nachdenklichem Für und Wider, immer mit Aufeinandergehen und mit Argumenten, nicht zuletzt mittels Literatur und Kunst. Aber niemals mit der oben aus Hermann Kants »Aula« zitierten Angelhoff-Logik. Meine sowjetischen Streitpartner hatten ihre festen Überzeugungen, aber sie sahen sich nicht als unfehlbar, sondern sich selbst als lernende.

Jetzt setzt eine merkwürdige Dialektik ein: Die durch eine eigene Erfahrung begründete Sympathie (die sich durch weitere Momente, insbesondere die Literatur, vertiefte) wurde das Beherrschende. Ja, weshalb nicht? Mein Bild vom sozialistischen Humanismus und meine Maßstäbe wurden bleibend von einem sowjetischen Kommunisten geprägt, der Toleranz vorlebte. Und der nicht schlechthin als eine Privatperson zufälligen Charakters angesehen werden konnte. Von einem zweiten, ebenfalls jüdischen, sowjetischen Kulturoffizier, Hauptmann Kogan aus Odessa, erfuhr ich über antisemitische (nicht zu verwechseln mit antizionistischen) Tendenzen. Wie hätte ich auf einen anderen Gedanken kommen können als den, daß solche Tendenzen, nach deren spezifischen historischen Quellen ich mich erkundigte, mit Sozialismus nichts zu tun haben konnten? In diesen frühen Prägungen, an denen deutsche Kommunisten teilhatten, übrigens auch Victor Klemperer, liegt – für mich wenigstens – eine Hauptwurzel für ein Sozialismusverständnis, das sich aus Marx »kategorischem Imperativ für Kommunisten« herleitete: »Alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist«⁹ Es wurde die unbeirrbar Grundlage meiner späteren Kritik an den Entartungen des realen Sozialismus, vor allem für mein eigenes, nach bestem Wissen und Gewissen erfolgreiches Handeln im eigenen Spielraum. So waren meine Prioritäten, deshalb wurde bei mir aus Kritik nicht Abwendung, schon gar nicht Abtrünnigkeit. Ich glaube, dies war nicht nur meine individuelle Position.

Im Verlaufe der Jahre habe ich besser verstehen gelernt, daß man sich über Menschen nicht spontan und allein nach ihren ideologischen Reflexen auf Lebensrealitäten ein Urteil erlauben darf, sondern erst unter Betracht der ihnen individuell bedeutsam gewordenen Realitäten ihres Lebens und ihrer Gründe. Als Beispiel für einen solchen Wertungskonflikt füge ich ein, daß die von einmarschierenden Rotarmisten begangenen Kriegsgrausamkeiten von mir immer und zuerst als eine böse Folge der staatlichen Grausamkeit des deutschen Aggressionskrieges und der deutschen Mord-

maschinerie gesehen wurden. Auch heute beharre ich darauf, daß sie historisch anders nicht gesehen und bewertet werden können. Aber war auch von den Betroffenen so ohne weiteres diese Sicht abzuverlangen – und im übrigen ihr Schweigen? Zur Toleranz gehört, anderes Erleben und andere Erfahrung wenigstens in ihren Zusammenhängen zur Kenntnis zu nehmen, mit Konstantin Simonows »Es gibt kein fremdes Leid«. Dennoch dürfen historische Ursachen nicht eliminiert werden.

Von stalinschen Repressionen hatte ich lange keine Ahnung. Auch nicht von Genossen meiner Umgebung, die selbst welche erlitten hatten¹⁰. Gelegentliche andersgeartete Nachrichten, meist aus westlichen Quellen, entsprachen nicht der eigenen Erfahrung und wurden als grundsätzlich unglaubwürdig, als Verleumdung abgetan. Als Stalin 1953 starb, erfaßte auch mich Trauer. Obwohl selbst vom politischen Kult um Stalin angesteckt, wollte mir nie in den Kopf, weshalb ein Mensch, der – wie Stalin – als Wissenschaftler bezeichnet wurde, ein für allemal das non plus ultra sein sollte. Das höchste meiner erst instinktiven und eher ästhetischen Kritik war damals ein Vergleich mit Albert Einstein: Mit diesem solche Vergötterung zu treiben, würde geschmacklos sein. Deshalb schien es mir schon fast ein eindeutiges Signal zu sein, als die FDJ-Zeitung »Forum« zu Stalins Tod Brechts »Teppichweber von Kujan-Bulak« auf ihre erste Seite setzte: Besinnt euch auf euch selbst!.

Der Leser wird sich denken, welche schockierende Wirkung der XX. Parteitag der KPdSU auf mich haben mußte. Es war aber nicht einfach nur ein Schock. Er war zugleich (!) das Erlebnis der Fähigkeit zu Wahrhaftigkeit und Selbstreinigungskraft.

Eine Episode zeigt typisch, wie viele Genossen die »Enthüllungen« der Verbrechen Stalins verarbeiteten. Mit Horst Grunert, damals noch junger Diplomat in der Warschauer DDR-Botschaft, reiste ich nach Krakow. Der XX. Parteitag war ein Hauptthema. Grunert erzählte von den Auswirkungen in Polen, welches in besonderem Maße von Stalins Willkür betroffen war. Wir waren beide erschüttert und entsetzt über die zutage gekommenen Dinge, aber Grunert fand einen treffenden Ausdruck für unser Verständnis: Daß der XX. Parteitag so rückhaltlos offen die Fehler und Verbrechen Stalins ausbreitete, sei ein Zeichen der Selbstheilungskräfte der Arbeiter- und insbesondere der kommunistischen Bewegung. Kein Gedanke, wegen der Enthüllungen und Ent-Täuschungen »abtrünnig« zu werden. Im Gegenteil: Enttäuschung wurde zur Hoffnung. Schlußfolgerungen sollten gezogen werden. Ich hatte den Gedanken, daß man, so schlimm die aufgedeckten Verbrechen Stalins auch seien, das Geschehen sowohl mit einer weltweiten Totale, als auch mit historischem Abstand betrachten und werten müsse: die Große Französische Revolution von 1789 werde heute nicht nach ihren Exzessen und Terrorhandlungen beurteilt, sondern nach ihren hauptsächlichen Ergebnissen, dem Sturz des Feudalabsolutismus und der freien Entwicklung des Bürgertums, nach der Bahnfreiheit für den Kapitalismus, nach ihrer viel weitertragenden Losung »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit«. Das zeitgenössische Urteil über Größe und Elend der französischen Revolutionsjahre

dürfte zu Teilen wohl weniger freundlich gewesen sein, als das heutige.

Für mich bedeutsam wurde ein Erlebnis: Im Februar 1956, noch während des XX. Parteitages der KPdSU, nahm ich bei Kurt Hager, damals Sekretär des ZK, an einer Beratung teil. Sie diente der Information und Selbstverständigung. Einer Einführung Hagers folgte eine sehr offene Aussprache. In der Runde war ich der Jüngste und blieb nur aufmerksamer Zuhörer. Eine Einzelheit prägte sich tief ein, weil sie für mich eine bis heute wirkende Schlüsselbedeutung erhielt. Hager äußerte sich über die Geschichtsschreibung. »Jetzt endlich, Genossen«, sagte er mit unüberhörbarer Genugtuung, »können wir die Wahrheit schreiben«. Ich war elektrisiert, meine Ohren wuchsen, die Sinne schärfen sich. Bisher nämlich hatte ich (fast) unbeeinträchtigt und ziemlich naiv geglaubt, »wir«, also die Partei, würden die Wahrheit und nichts als die Wahrheit schreiben. Selbstverständlich immer nur eine Wahrheit der relativen Erkenntnis, aber nicht Tatsachen manipulierend und ohne tabuisierte »weißen Flecken«. Gewiß, politische Irrtümer, Fehleinschätzungen und Fehler sind immer möglich, in der Politik zumal. Das zuzugeben mag vielleicht peinlich sein – aber Geschichte ist auch ein Lernprozeß. Kritisches Lernen ist nicht ehrenrührig. Endlich also die Wahrheit, z.B., so Hager weiter, »über die hervorragende Rolle, die Radek und Sinowjew auf dem Vereinigungsparteitag von KPD und USPD in Halle spielten« – das war 1920. »Hervorragende Rolle« Karl Radeks und Grigorij Sinowjews? Beide waren für mich – nach dem »Kurzen Lehrgang der Geschichte der KPdSU(B)« – der Inbegriff von Parteifeinden. Ich hatte eines der Protokolle der Moskauer Prozesse gelesen. Zwar gingen mir die ordinäre Sprache des Chefanklägers Andreij Wyschinskij und das unwürdige Selbstzerfleischende in Äußerungen der Angeklagten gegen den Strich, aber die Vorwürfe gegen sie hatte ich nicht bezweifelt. Ein gewisses Unbehagen, daß sich da in den dreißiger Jahren viele der engen Kampfgefährten Lenins als Feinde entpuppt haben sollten, war noch schnell verdrängt. Daß Radek und Sinowjew auf dem Halleschen Parteitag überhaupt eine Rolle gespielt hatten, geschweige denn eine hervorragende, war mir unbekannt. Keinen Schimmer hatte ich von der überragenden Bedeutung Karl Radeks für die revolutionäre Arbeiterbewegung in Deutschland und in Polen. Hager resümierte: »Geschichte ist so zu schreiben, wie sie tatsächlich war.« Er erklärte zur neuen Norm, was mir eigentlich schon bisher als Selbstverständlichkeit erschien.

Beide Episoden sind sehr individueller Natur. Dennoch bezeichnen sie eine neue allgemeine innere Situation, einen völlig neuen inneren Rahmen. Sie zeigen nicht nur einen neuen Ansatz. Sie markieren, daß die mittels selektiver Informationen, Verfälschungen, Repression und Disziplinierungen bewirkte Meinungsmanipulation von nun an aufgebrochen und die Tabus dem Zweifel ausgesetzt waren. In den sozialistischen Ländern war die Unantastbarkeit des Repressionsapparates jetzt durch Kritik angeschlagen.

Die weitere innere Entwicklung im realen Sozialismus ist ohne den Schlüssel des XX. Parteitages kaum zu verstehen. Auf der individuellen Ebene beschleunigt sich die Erosion unkritischer

Vgl. zu Karl Radek Stefan Heyms Roman »Radek«.

Gläubigkeit; Kritikfähigkeit und -bereitschaft (!) wachsen. Deshalb bleibe ich dabei, daß der XX. Parteitag der KPdSU und das ihm folgende »Tauwetter« eine Möglichkeit zur Erneuerung und zur Rückbesinnung auf Marx öffneten.

Aber – so wird heute deutlicher denn je – dieser erste Schritt »von oben« bekräftigte gleichzeitig die verheerende Fixierung auf die Illusion, daß die Veränderung »von oben« zu erfolgen habe. Deshalb – wie wir heute klar erkennen können, ist dies eine Schlüsselfrage – sind die völlige und befreiende Abkehr vom Stalinismus und eine wirkliche Reform des realen Sozialismus aus eigener Kraft nicht gelungen. Wir hatten uns, begünstigt, aber nicht verursacht von den erbarmungslosen Bedingungen der Systemauseinandersetzung, mit den verinnerlichten »ideologischen« Begründungen für den Zentralismus in der Partei und im Staat tief in einer Sackgasse verlaufen.

Zehntens:

Ich komme auf das zitierte Argument zurück, die Entartungen, die Verzerrungen und die eigene Härte seien mit der »Klassenkampf-Lage«, nämlich mit Vorkrieg oder Krieg und Faschismus oder eben Kaltem Krieg hinreichend erklärt, als habe es kein eigenes Gesetz des Handelns mehr gegeben. Selbstverständlich war die »Klassenkampf-Lage« immer von Belang. Banal die Einsicht, daß unter den Bedingungen des illegalen Kampfes gegen den Faschismus in der deutschen Kommunistischen Partei wenig Spielraum für innerparteiliche Demokratie sein konnte – und daß dies nachwirkte. Banal, daß im Kriege Befehle und Zentralisierung einen höheren Rang haben mußten, als Demokratie und in der Debatte geschaffener Konsens. Auch dies wirkte nach. Selbstverständlich wirkten der Kalte Krieg und die Konfrontation beider deutscher Staaten auf die individuelle Bestimmung von Prioritäten und Wertigkeiten für die nächstliegenden und für spätere Aufgaben.

Als Aufklärer der HVA war ich viele Jahre in der alten Bundesrepublik unterwegs. Um meine Aufgaben erfüllen zu können, mußte ich die bundesdeutsche Wirklichkeit, die Parteien, die staatliche Politik, Verfassung und Verfassungswirklichkeit, die Gesellschaft und ihre Konflikte intensiv kennenlernen sowie differenziert und vorurteilslos beurteilen. Etwa hinsichtlich der von uns unterschätzten Anpassungsfähigkeit des Kapitalismus, der hoch differenzierten inneren Widersprüchlichkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse und der agierenden Kräfte in der BRD, der Parteien, der Bürgerbewegungen, des ökonomischen Kräfteverhältnisses, der Mehrwertigkeit z.B. der parlamentarischen Institutionen, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung u.a.m. Meine westdeutschen Partner verlangten von mir befriedigende Antworten. Die aber waren vernünftiger oft nur bei Abweichen von der »offiziellen Linie« und von unseren vulgärmarxistischen Vereinfachungen zu geben. Etwas salopp und mit einer Metapher gesagt: Pol Pot ließ sich nicht verteidigen, obwohl er offiziell noch akzeptiert war. Oder: Enrico Berlinguers »Historischer Kompromiß« und der »Eurokommunismus« ließen sich nicht kritisieren, solange etwa die KPdSU und die SED nach dem Sieg der chilenischen Konterrevolution kein realistisches

Konzept für die »Öffnung des Weges zum Sozialismus« besaßen und stattdessen mit dem bequemen Verdikt des Revisionismus operierten. Mit anderen Worten: Es entstand unvermeidlich eine bestimmte Spannung zwischen eigenen Erkenntnissen, Erklärungs- und Handlungsbedarf und der offiziellen »Linie«. Damit entstand von selbst eine kritische Einstellung gegenüber bestimmten Momenten der Politik der Partei. Wie weit solche kritischen Erkenntnisse vom Punkt ins Allgemeine gehoben wurden, wirft andere und unangenehme Fragen auf. Nur zwei, auch das MfS betreffende, seien genannt: Weshalb war über derartige Probleme kein offener Diskurs möglich, allenfalls nur stille Wirkung? Oder: Wären in der DDR, wo wir die Macht besaßen, nicht die Offenheit, Werbungs-, Überzeugungs- und vor allem Bündnishaltung der Innen-Politik nicht nur adäquater, sondern auch unendlich leichter gewesen, als es uns erfolgreich im »fremden« Terrain möglich war?

Das sind Fragen, die sich um so mehr stellen, als Aufklärung und innere Abwehr sich im MfS unter einem Dach befanden. Wie konnten unter diesem gleichen Dach – beispielsweise – die einen Walter Jens als großen Humanisten und Friedenskämpfer (Menschenkette, Mutlangen-Blockade gegen die Nachrüstung mit atomaren Mittelstrecken-Raketen) sehen und deshalb als »objektiven Verbündeten«, indessen ihn die anderen als »besonders gefährlichen Konterrevolutionär« empfanden? Noch grotesker, da die DDR gerade begann, endlich seine Schriften zu verlegen?

Es gab Stoff zum Lernen und zu Nachdenklichkeit. Dieses Lernen führte – für mich – zur selbstkritischen Betrachtung unserer Verhältnisse und gleichzeitig (!), gerade wegen der intimeren Beschäftigung mit Teilbereichen altbundesdeutscher Verhältnisse und Politik, zur verstärkten Identifizierung mit der DDR. Meine Kenntnisse von der bundesdeutschen Wirklichkeit und ihren politischen Inneereien konnten mir den Kapitalismus keinesfalls als wünschbare Alternative zur DDR empfehlen. Sie konnten nur das Streben stimulieren, die DDR zu verändern, den realen Sozialismus zu verbessern.

Was ich hier als meine individuelle Auseinandersetzung aufgrund von intimerer Kenntnis realkapitalistischer Verhältnisse andeute, war gewiß so oder so ähnlich bei vielen Mitgliedern der SED und Mitarbeitern des MfS (und anderer staatlicher oder gesellschaftlicher Einrichtungen) von großem Gewicht für die Prioritäten ihrer Werte und Verhaltensmotive.

Was aber hielt von der Schlußfolgerung ab, die verkündete sozialistische Demokratie »handfest« einzuklagen?

Ich habe die Fixierung auf eine »Veränderung von oben« genannt, welche sich – angesichts der vergreisten Führung – bis zur völlig ratlosen Hoffnung auf die »biologische Lösung« steigerte.

Doch entscheidender war der Zusammenhang dieses Fixiertseins mit einer anderen ideologischen Selbstfesselung: Unser aller Verhältnis zur Demokratie, unser aller Vertrauen in die Möglichkeit wirklicher sozialistischer Demokratie war zutiefst gestört.

Es fiel uns schwer anzuerkennen, daß auch im Sozialismus ein Widerstreit objektiver gesellschaftlicher Widersprüche besteht. Daß dies normal ist und die eigentliche Triebkraft der Gesellschaft,

die Quelle gesellschaftlicher Kreativität. Wir wollten ungern anerkennen, daß es originäre, nicht von außen hereingetragene gesellschaftliche Konflikte gab – obwohl unsere Kenntnisse dies doch zweifelsfrei signalisierten. Weil – wie selbstverständlich doch! – die Gegner des Sozialismus und der DDR die inneren Widersprüche für sich zu nutzen trachteten, neigten wir dazu, ihr Auftreten, ihre Verlaufsformen und ihre personalen Träger a priori als feindlich zu sehen: »feindlich-negativ«. Wir mochten nicht anerkennen, daß es objektiv und also legitim Gruppeninteressen gab – und keinesfalls eine automatisch und konfliktlos gegebene »Übereinstimmung« von individuellen, Gruppen- und gesamtgesellschaftlichen Interessen. Wir waren (ganz unmarxistisch) auf das Trugbild solcher Übereinstimmung fixiert und hatten uns damit von der Wirklichkeit gelöst. Wir waren beseelt von Voluntarismus und der mechanistischen Vorstellung, wir hätten gleichsam für jedwede aktuelle Entwicklung die »Gesetzmäßigkeiten der Geschichte« auf unserer Seite. Daraus folgte, wie unlängst ein früherer leitender Mitarbeiter des MfS bekannte, der Unglaube, wirkliche sozialistische Demokratie würde letztlich die DDR und den Sozialismus kräftigen. Das notwendige demokratische procedere für das Erkennen gesellschaftlicher Probleme, für die Vorbereitung und die Findung gesellschaftlicher Entscheidungen erschien so nicht als Quelle von Macht, sondern als Bedrohung von Macht. In dieser Logik blieb zur Erfüllung von Bechers Mahnung – »die Macht sei euch gegeben, / Daß ihr sie nie, nie mehr / Aus euren Händen gebt!« – nur noch die hilflose, die ratlose und erfolglose Repression. Was hat uns der Ersatz wirklicher Demokratie durch absolutistischen Zentralismus und Repression gebracht? Kapitalistische Restauration.

Es wird Zeit, den Urenkeln unseren Rapport aufzuschreiben.

- 1 Zofia Dzierzynska: »Jahre großer Kämpfe«, Berlin 1977, S.303.
- 2 Ebenda, Zofia Dzierzynski beruft sich hierzu auf eine Äußerung von Dzierzynskis Stellvertreter Menshinski.
- 3 Ebenda, S. 304.
- 4 Ebenda.
- 5 Ob und wie weit Zaisser tatsächlich eine Rückkehr zu Leninschen Normen anstrebte oder ob seine Entfernung nur ein Austausch von »Charaktermasken« war, ist in diesem Zusammenhang nicht von Belang. Seine Ablösung war gleichwohl ein Zeichen für die im Kern ungebrochene Kontinuität der stalinschen Herrschaftspraxis und ihrer Begründung, wonach sich trotz beteiligter ökonomischer Machtbasis der Ausbeuterklassen beim Aufbau des Sozialismus der Klassenkampf ständig verschärfte.
- 6 Kurt Hager: Erinnerungen, Leipzig 1996.
- 7 Bertolt Brecht: Stücke; Bd. IV, Berlin 1961, S. 265.
- 8 Brecht, Bertolt: Gedichte, Bd. IV, Berlin 1961, S. 148.
- 9 Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie; in: MEW,I, S. 385.
- 10 Eine betroffene Genossin antwortete auf die Frage nach den Gründen ihres Schweigens, sie habe nicht aus Disziplin geschwiegen, sondern aus Scham, daß »bei uns« solche Entartungen und Exzesse stattfanden.

ARNDT HOPFMANN

Transformation als informelle Modernisierung

Nachdem sich in den meisten mittel- und osteuropäischen Ländern am Ende der achtziger Jahre angesichts des Scheiterns der Monopartei-Regierungen bei der Realisierung staatssozialistischer Wohlstandsversprechungen, unter dem Druck einer erstarkenden politischen Opposition und zunehmender außenwirtschaftlicher Zwänge eine radikale Wende »zu Marktwirtschaft und Demokratie« vollzogen hat, schienen sich zunächst die Grundannahmen modernisierungstheoretischer Konzeptionen tatsächlich zu bestätigen.¹ Obwohl der »Erklärungsoptimismus« der Modernisierungstheorie in bezug auf die »Entstehung der modernen Gesellschaften, Aufholprozesse der Nachzügler (und) Innovationen der modernen Gesellschaften« (Zapf 1996: 74) ungebrochen ist, zeigt doch ein kritischer Blick auf die sozio-ökonomischen Realitäten in den mittel- und osteuropäischen Transformationsökonomien, daß sich die ursprünglichen Hoffnungen auf einen gesteuerten Übergang zu marktwirtschaftlichen Institutionen und Regulationsweisen inzwischen mit einer Fülle von »ungeplanten« (Zwischen)Ergebnissen der Transformation konfrontiert sehen.

Ein wesentliches Merkmal der im Transformationsprozeß »unbeabsichtigt« erzeugten Strukturen und Institutionen ist ihr »hybrider« – aus der Verschmelzung von Elementen überkommener (»ererbter«) und übernommener (»imitierter«) Gesellschaftsformen entstandener – Charakter, der ihnen insgesamt eine Aura des »Nicht-klassischen«, der »Deformation von Marktwirtschaft« oder auch des »Informellen« verleiht. Dabei stellt die Existenz von »grauen«, »sekundären« oder »schattenwirtschaftlichen« Segmenten innerhalb der jeweiligen Ökonomien sowohl für die westlichen Industrieländer als auch die ehemals realsozialistischen Staaten und die südlichen Entwicklungsländer ein durchaus bekanntes, und in der wissenschaftlichen Literatur umfänglich behandeltes Phänomen dar (vgl. u.a. Altmann 1990; Götz 1991; Gretschmann/Heinze/Mettelsiefen 1984; Gross/Friedrich 1988; Portes/Sassen-Koob 1987; Schrage 1987; Weck/Pommerehne/Frey 1984).² Trotz zum Teil heftiger Kritik (Schiel 1987) und weithin anerkannter konzeptioneller Mängel sowie ungelöster untersuchungsmethodischer Probleme – insbesondere bei Versuchen, die Kategorie in empirischen Studien sinnvoll anzuwenden (Pries 1996) – hat sich das Konzept des »informellen Sektors« zur Beschreibung schattenwirtschaftlicher Aktivitäten weitgehend durchgesetzt. Damit wird allerdings eine Sichtweise konstituiert, die auf eine mindestens

Arndt Hopfmann – Jg. 1956, Dr. oec., zur Zeit wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsgebietsschwerpunkt »Transformationsprozesse in einer interdependenten Welt« am Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin; Mitglied der Redaktion von »UTOPIE kreativ«.

1 »Entwicklungsgeschichtlich betrachtet hatte Sozialismus bisher die Rolle einer entwicklungspolitischen Krücke für nachholende Entwicklung im peripherkapitalistischen Umfeld. Ohne Selbstkorrektur in Richtung auf dezentrale Lenkungsstrukturen und politische Partizipation bleibt der dabei entstehende »real existierende Sozialismus« eine Entwicklungsstufe zu einem letztlich nur noch mit Gewalt zu verhindernden Kapitalismus«.
(Senghaas 1982: 305).

dualistische sektorale Gliederung von Wirtschaftssystemen abstellt. Dem rechtlich regulierten, steuerzahlenden, mit sozialen Sicherungssystemen ausgestatteten – daher »formellen« – Wirtschaftsbereich mit vor allem großen kapitalistischen Unternehmen wird ein Wirtschaftssektor gegenübergestellt, in dem die Aktivitäten rechtlich kaum reguliert sowie sozial ungesichert und zumindest teilweise illegal, vor allem aber keinbetrieblich organisiert – also »informell« – sind (vgl. auch die schematische Darstellung weiter unten).

Diese dualistische oder in dem Fall, daß die Existenz mehrerer Wirtschaftssektoren angenommen wird, auch multisektorale Perspektive läßt sich natürlich mit einiger Berechtigung auch auf die ehemals staatssozialistischen Gesellschaften anwenden. Allerdings wird dadurch die in Mittel- und Osteuropa unverkennbare Tendenz zur Informalisierung von Wirtschaft, Politik und Staat faktisch als eine sekundäre Erscheinung abgetan, die das spezifische, gesellschaftsprägende Gewicht neuartiger »informeller« Strukturen und Regulationsformen eher zu gering bewertet und zudem ihre möglichen Konsequenzen, auch in Form von Rückwirkungen, auf die westlichen Industrieländer unterschätzt.

Im Gegensatz zum gängigen Verständnis, daß sich »informelle« Strukturen, zwar mehr oder weniger unvermeidlich, aber doch unerwünschterweise als Wirtschaftssegment neben dem Bereich der »formellen« kapitalistischen Markt- und Geldwirtschaft entwickeln, wird hier die Hypothese vertreten, daß unregulierte, partiell antistaatlich orientierte, in rechtlichen Grauzonen angesiedelte Aktivitäten unmittelbar der Natur kapitalistischer Produktion entspringen. Denn in einer grundlegend auf Gewinnmaximierung angelegten Wirtschaftsweise muß der Profit nämlich so lange als zu niedrig, als suboptimal, angesehen werden, wie nicht alle legalen und illegalen Faktoren zu seiner Erhöhung ausgeschöpft wurden.

In einer derart tiefgreifenden Umwälzung der Reproduktionszusammenhänge, wie sie der Transformationsprozeß in Mittel- und Osteuropa darstellt, in der nicht zuletzt gerade jene kapitalistischen Urinstinkte wie Profitgier und (in Abhängigkeit von der Höhe der erwarteten Gewinne) unternehmerisches Risiko auch jenseits der gesetzlichen Schranken freigesetzt werden sollen, ist die Ausprägung von sowohl aus den Industrie- wie den Entwicklungsländern durchaus bekannten Formen »informeller« – und darin eingeschlossen vor allem auch »krimineller« – Wirtschaft kaum überraschend. Es kann daher nicht verwundern, wenn die Transformation staatssozialistischer Gesellschaften zu kapitalistischen Marktwirtschaften mit der Ausprägung spezifischer sozio-ökonomischer Merkmale einhergeht, die zunächst äußerlich als »Entregulierung«, »Entsicherung« und auch »Chaotisierung« von gesellschaftlichen Strukturen erscheinen. Was jedoch überrascht, ist das Ausmaß, in dem die »Informalisierung« von Wirtschaftsprozessen sowie von sozialstaatlichen und politischen Institutionen stattfindet und insbesondere die bereits nach kurzer Zeit offenbar werdenden Tendenzen zu ihrer Verfestigung. Von ihrer Rolle im institutionellen Gefüge und von ihrem Gewicht im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß her erscheinen die vermeintlich »informellen« und

2 In der Literatur werden gemeinhin zwei große schattenwirtschaftliche Bereiche unterschieden:

1. die Bedarfswirtschaft – gemeinschaftliche Produktion, gegenseitige Hilfe und die hauswirtschaftliche Selbstversorgung (Familien- oder Subsistenzwirtschaft); sowie

2. die Untergrundwirtschaft mit ihren »Unterabteilungen« Schwarzwirtschaft, Schwarzarbeit und kriminelle Wirtschaft (vgl. die schematische Darstellung weiter unten). Als Zurechnungskriterium hat sich allgemein durchgesetzt, daß es sich bei der Schattenwirtschaft um »wirtschaftliche, d.h. bedarfsdeckende Aktivitäten ... (handelt), die sich außerhalb des institutionalisierten (oder regulären, oder formellen) markt- und staatswirtschaftlichen Sektors abspielen, sich mithin der statistischen Erfassung weitgehend, gewollt oder ungewollt, entziehen«.
(Gross 1988: 18).

»sekundären« Elemente nicht selten als Kernstrukturen, die maßgeblich für die Ausprägung relativ eigenständiger (hybrider) Gesellschaftsformen und Regulationsweisen werden könnten.

Um diese Ausgangsannahmen zu erhärten, sollen zunächst die wesentlichen Merkmale »informeller« Wirtschaft entwickelt werden, um anschließend einige (hypothetische) Konsequenzen für die gesellschaftlichen Entwicklungsperspektiven der mittel- und osteuropäischen Transformationsländer abzuleiten.

Ursachen und Erscheinungsformen von Informalität in Transformationsökonomien

Unabhängig von den gewählten konkreten Reformstrategien wurde in den mittel- und osteuropäischen Transformationsökonomien bereits in einer sehr frühen Phase des Transformationsprozesses versucht, die grundlegenden Rahmenbedingungen für eine funktionsfähige marktwirtschaftliche Ordnung zu schaffen. Obwohl dies in sehr unterschiedlichem Maße gelungen ist, kann heute davon ausgegangen werden, daß das Handeln der Wirtschaftsakteure inzwischen weitgehend von marktwirtschaftlich-kapitalistischen Kalkülen bestimmt wird (Csaba 1995). Die Dominanz von Gewinn- resp. Einkommenskalkülen in kapitalistischen Markt- und Geldwirtschaften führt jedoch keineswegs notwendigerweise zur Ausbildung formell geregelter, verrechtlichter Gesellschaftsstrukturen des OECD-Typs. Vielmehr läßt sich aus zwei wesentlichen Charakteristika marktwirtschaftlicher Gesellschaften der empirisch konstatierbare Umstand erklären, daß sich auch mehr oder weniger entregelte – vom OECD-Typ abweichende – Varianten einer kapitalistischen Entwicklung durchsetzen können.

Erstens gründen die wesentlichen Koordinations- und Entwicklungsmechanismen von kapitalistischen Marktwirtschaften darauf, daß arbeitsteilig vereinzelte ökonomische Akteure nach Entscheidungskalkülen handeln, die sie aus autonomen Signalen (insbesondere Preisen) sowie aus ihrer Kenntnis politisch-administrativ gesetzter Rahmenbedingungen generieren, und deren Erfolg sich an möglichen oder erwarteten Einkommen resp. Gewinnen mißt. Die Koordination dieser Einzelhandlungen – ihre tatsächliche Integration in einen arbeitsteiligen Reproduktionsprozeß – vollzieht sich auf der gesellschaftlichen Ebene über Märkte, auf denen die individuellen ökonomischen Akteure miteinander konkurrieren. Der tatsächliche Erfolg von zweckorientierten Handlungsstrategien erweist sich erst, indem sie über den Markt miteinander ins Verhältnis gesetzt werden. Das Handlungsergebnis erscheint als Resultante konkurrierender Einzelhandlungen, die sich quasi hinter dem Rücken der Akteure herstellt. Da also die Wirtschaftsakteure aus der Kenntnis der Rahmenbedingungen ihres Handelns zwar die Erfolgchancen abschätzen, aber gleichzeitig nicht sicher sein können, daß die angezielten Resultate auch eintreffen, sind sie gezwungen, alle ihnen jeweils zugänglichen, legalen wie illegalen Einflußfaktoren einzusetzen, um den möglichen Einkommenseffekt ihrer Unternehmungen zu erhöhen.

Daß die Akteure im Rahmen marktvermittelter Konkurrenzverhältnisse derart zweckbestimmte Verhaltensentscheidungen treffen,

macht ihre Aktivitäten überhaupt erst staatlicher Ordnungspolitik zugänglich. Zugleich bedingt die Interessenhomogenität innerhalb bestimmter Gruppen von Akteuren, daß sie ihrerseits versuchen, aktiv auf die seitens des Staates gesetzten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Einfluß zu nehmen. In der politischen Sphäre von Marktgesellschaften findet also über den Widerstreit konfliktierender Interessen ein Willensbildungsprozeß statt, dessen Ergebnis (politisch-administrative Entscheidungen) sich ebenfalls als Resultante unterschiedlich gewichtiger Einflußnahmen von Interessengruppen darstellt. Inwieweit die derart generierten ordnungspolitischen Entscheidungen auch zu den angezielten Ergebnissen führen, hängt wiederum davon ab, ob sich die Wirtschaftsakteure diesen Rahmenseetzungen entziehen können. Auch die realen Folgen wirtschaftspolitischer Entscheidungen sind in Marktgesellschaften also keineswegs notwendig identisch mit den Intentionen der Entscheidungsträger. *In kapitalistischen Marktwirtschaften ist die Vermittlung zwischen Politik und Ökonomie daher grundsätzlich unsicher – der rechtlich-formellen Regulation ihrer Entwicklung sind systemische Schranken gesetzt.*

Bezogen auf den Transformationsprozeß in Mittel- und Osteuropa bedeutet dies, daß es a priori nicht gerechtfertigt ist, davon auszugehen, daß sich die politischen Reformstrategien, Marktwirtschaften mit OECD-Profil zu gestalten, in die Realität umsetzen lassen. »Unsere Einsicht in die Wirkungsweise konkreter Mittel im Hinblick auf angestrebte Ziele scheint in Übergangsgesellschaften noch erheblich mehr als in den Fällen beschränkt zu sein, in denen ein stabiler institutioneller Rahmen gegeben ist« (Schüller 1992: 48).

Ein zweiter wesentlicher Umstand, der zu erheblichen Modifikationen in der Ausprägung marktwirtschaftlicher Strukturen führt, besteht im *historischen Charakter kapitalistischer Gesellschaften*. Diese historische Bestimmtheit besteht auf zwei Ebenen. Zum einen ist die Herausbildung von Marktwirtschaften historisch nicht voraussetzungslos. Damit sie sich überhaupt auf ihrer spezifischen industriellen Grundlage herausbilden und entfalten können, bedarf es bekanntlich einer Reihe von *Ausgangsbedingungen* vor allem in bezug auf die Entwicklung industrieller Technik und Arbeitsteilung sowie hinsichtlich der politisch-sozialen Ausdifferenzierung der gesellschaftlichen Verhältnisse. *Kapitalistische Marktgesellschaften gründen deshalb immer auf (regional)spezifischen Gesellschaftsformen, tradierten Verhaltensmustern, überhaupt mannigfach verschiedenen empirischen Gegebenheiten – Vermarktungspflichtigkeit ist immer pfadabhängig* (vgl. dazu auch North 1990) *und hat keineswegs die vollständige Beseitigung der vorgefundenen (»vorkapitalistischen«) Gesellschaftsstrukturen zur Voraussetzung.*

Zum anderen ist die Herausbildung von Marktwirtschaften immer in einen jeweils historisch konkret gestalteten Weltmarktzusammenhang eingebettet. Es hängt wesentlich von der Entfaltung und den dominierenden Funktionsmustern des kapitalistischen Weltmarkts und den sich daraus ergebenden Formen der Weltmarktintegration ab, welche Entwicklungsspielräume national und regional bestehen und welche wirtschaftspolitischen Strategien am erfolgversprechendsten erscheinen. *Die Attraktivität von Entwick-*

3 »Neben den Möglichkeiten, durch Gründung von legalen Unternehmen und Erwerb von Immobilien ihr Schwarzgeld rein zu waschen, haben die Schattenwirtschaftler die nie dagewesene Chance, über die Grenzen Rußlands hinaus aktiv zu werden. Das wurde durch die Liberalisierung des Außenhandels und die Freigabe des Rubel-Tauschkurses ermöglicht. Die halblegale, halbkriminelle Ausfuhr von Rohstoffen sowie die Spekulationen an der Währungsbörse lassen die Schattenwirtschaftler enorme Summen in harten Währungen verdienen. Diese Summen werden problemlos ausgeführt und risikofrei auf Konten westlicher Banken geparkt« (Saizew 1994: 192). Die monatliche Kapitalflucht aus Rußland beläuft sich auf ca. 1,5 bis 2 Mrd US-Dollar; am weitesten verbreitete ist der Verkauf von Rohstoffen unter dem Weltmarktpreis, wobei sich Käufer und Verkäufer den Gewinn teilen (Transition, 8(1997)2: 27).

*lungsmodellen, die von den weltwirtschaftlich dominierenden Staaten ausgeht und die die politische Strategiebildung in Richtung auf eine nachholende oder imitative Variante kapitalistischer Entwicklung lenkt, ist in ihrer Durchsetzbarkeit von äußeren – im Weltmarktzusammenhang verorteten – Restriktionen abhängig; gleichzeitig werden die weltmarktvermittelten Entwicklungsimperative im spontanen Prozeß der Ausformung marktwirtschaftlicher Strukturen im nationalen Raum gestaltungsmächtig.*³

Aus diesen grundlegenden Merkmalen der Herausbildung und Entfaltung kapitalistischer Verhältnisse lassen sich wichtige Einsichten in die Natur von Informalisierungsprozessen im Zuge der Systemtransformation in Mittel- und Osteuropa gewinnen.

Informalisierung ist zunächst eine unmittelbare Konsequenz des Systemzusammenbruchs und der proklamierten »Wende zu Marktwirtschaft und Konkurrenzdemokratie«. Sie resultiert aus dem in der Literatur bereits hinlänglich reflektierten Phänomen, daß sich die Umbrüche in den verschiedenen gesellschaftlichen Sphären unterschiedlich schnell vollziehen (vgl. u.a. Offe 1994). Mit dem politischen Systemwechsel und der Entregulierung planwirtschaftlicher Strukturen sind zwar Voraussetzungen für die Entstehung und Entfaltung privateigentümlicher Wirtschaftseinheiten und kapitalistischer Sozialstrukturen relativ rasch geschaffen worden. Der tatsächliche Umbruch in den gesellschaftlichen Grundstrukturen vollzieht sich jedoch erheblich langsamer und vor allem in Durchgangsstadien zwischen den verschiedenen sozialen und ökonomischen Formen gesellschaftlicher Verhältnisse. Vor allem die tiefgreifende Erschütterung und/oder weitgehende Auflösung der realsozialistischen Erwerbsstrukturen und sozialen Sicherungssysteme hat eine umfassende gesellschaftliche »Entsicherung« zur Folge. Für eine Vielzahl von Akteuren kann diese existenzbedrohliche Unsicherheit nur durch eine Kombination von »Überlebensstrategien« – das Festhalten an überkommenen interpersonellen Netzwerken (vgl. Brie 1995; Lavigne 1995: 41ff.), durch den partiellen Rückzug in die Selbstversorgungswirtschaft und/oder die Aufnahme von prekären Arbeitsverhältnissen (jenseits institutionalisierter Regulative) – einigermmaßen »beherrscht« werden.

Ein *erstes Moment von Informalität* im mittel- und osteuropäischen Transformationsprozeß ergibt sich daher aus der – administrativ zwar bekämpften, in der alltäglichen sozialen Realität aber reproduzierten – *Fortexistenz von überkommenen realsozialistischen Strukturen* in Kombination mit Formen der »Überlebensproduktion« (Selbstversorgung, ambulanter Handel, Prostitution etc.) und dem Eintritt in *prekäre Arbeitsverhältnisse* (tariflich ungeregt zu niedrigsten Lohnsätzen, oft ohne vertragliche Vereinbarung). Insgesamt sind derartige »informelle Überlebensstrategien« Ausdruck der Erosion des Staates und der Entsicherung reproduktiver Zusammenhänge. Diese Form von Informalisierung weist durchaus deutliche Ähnlichkeiten zu den für die südlichen Entwicklungsländer hinlänglich beschriebenen Formen des »informellen Sektors« auf.

Transformation erschöpft sich aber nicht in der Zerstörung staatssozialistischer Strukturen. In ihrem Verlauf sollen sich vor allem marktwirtschaftliche Verhältnisse herausbilden. Gerade um

die dazu notwendigen urkapitalistischen Bereicherungsinstinkte des Unternehmertums zu entfesseln, wurden nicht zuletzt radikale Liberalisierungs- und Deregulierungsmaßnahmen ins Werk gesetzt. Die ›historische Mission‹ des ›neuen Unternehmertums‹ wurde also durchaus in der Ausnutzung der sich bietenden außer-gewöhnlichen Chancen zu persönlicher Bereicherung durch Kapitalakkumulation gesehen, wodurch quasi nebenbei funktionierende marktwirtschaftliche Strukturen entstehen sollten. Unter den gegebenen historischen Ausgangs- und weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen bieten sich die größten Chancen zur Profitmaximierung allerdings durch eine eigenartige Verschmelzung von formellen und informellen Unternehmensaktivitäten (Kaufmann 1997; Tittenbrun 1992: 609). Während die formelle Seite der Unternehmung seine rechtliche Sicherstellung und die Ausnutzung staatlicher Fördermaßnahmen gewährleistet, erlaubt die Verlagerung der tatsächlich profitablen Aktivitäten in eine informelle Grauzone im Zusammenhang mit der Nutzung von Verflechtungsbeziehungen mit globalen Wirtschaftsstrukturen die Maximierung der Gewinne unter Ausschaltung staatlicher Zugriffsmöglichkeiten. Es ist weniger die oft als Begründungszusammenhang bemühte Flucht vor staatlicher Regulierungsdichte und Steuerbegehrlichkeiten (vgl. Weck, Pommerehne, Frey 1984) als vielmehr die profitsteigernde – in einigen Bereichen sicherlich auch erst profitsetzende – geschickte Ausnutzung von staatlichen Garantien einerseits und Kontrolldefiziten andererseits, die eine spezifische Form der Informalisierung des Unternehmenssektors hervorbringt.

Ein *zweites Moment von Informalität* im mittel- und osteuropäischen Transformationsprozeß bilden daher die gegen kollektive Gemeininteressen gerichteten *rigorosen Gewinnorientierungen* des ›neuen Unternehmertums‹, das entschlossen ist, alle verfügbaren Mittel der Profitsteigerung in Anschlag zu bringen. Dieser ausgeprägte *Anti-Staatsaffekt* (Dziewiecka-Bokun 1992), der in der Literatur vor allem als »free-rider-Phänomen« Beachtung gefunden hat (vgl. Gretschmann 1984; Karmann 1988), schließt natürlich die massenhafte Ausbreitung prekärer Arbeitsverhältnisse ein. Soziale Entsicherung und entfesselte Profitgier ergänzen sich so und generieren eine Art »informeller Ökonomie«.

Es ist allerdings fraglich, ob diese Form von Ökonomie mit dem pauschalen Attribut »informell« tatsächlich adäquat charakterisiert ist. Informalität heißt nicht nur Unsicherheit auf seiten der durch Selbstversorgung, Straßenhandel, illegale oder prekäre Beschäftigungsverhältnisse um die Aufrechterhaltung ihrer physischen Existenz bemühten Akteure, sondern auch auf seiten der Unternehmer, die sich oft weniger durch mögliche staatlich-rechtliche Eingriffe als durch das häufig gewaltförmige Vorgehen ihrer Konkurrenten bedroht sehen. Gerade die allgemeine ›Neuordnung‹ der gesellschaftlichen Machtverteilung im Zuge der Systemtransformation ist deshalb dadurch geprägt, daß die verschiedenen Akteursgruppen versuchen, nachhaltigen Einfluß auf die politischen Entscheidungsstrukturen zu erlangen, um die errungenen Positionen gegen die Begehrlichkeiten von Konkurrenten rechtsförmig, d.h. vor allem unter dem Schirm staatlich exekutierter Gewalt, abzusichern. Dort

wo dies mit Hilfe klassischer staatlicher (Gewalt- und Rechts)Instrumente nicht gelingt, wird nicht selten versucht, Kompensation dadurch zu schaffen, daß ›Ordnung‹ durch die Etablierung von quasi-rechtlichen privaten (Gewalt)Strukturen durchgesetzt wird (Aslund 1995: 160ff; Damaskin 1997; Kisunko 1996). »Informalisierung« schließt so eine Tendenz zur »Re-Formalisierung« ein. Allerdings heißt »Re-Formalisierung« keineswegs notwendigerweise die Ausprägung von gesellschaftlichen Institutionen des OECD-Typs. Möglich und wahrscheinlich ist vielmehr die Herausbildung von neuartigen – in gewisser Hinsicht »hybriden« – *Formen* gesellschaftlicher Regulation, die nur deshalb als »informelle« erscheinen, weil sie als Formen noch nicht positiv bestimmt sind.

Ein *drittes Moment von Informalität* im mittel- und osteuropäischen Transformationsprozeß stellen somit neuartige, »hybride« *Wirtschafts- und Regulationsformen* dar, die auf längere Sicht die marktwirtschaftlichen Strukturen Mittel- und Osteuropas charakterisieren werden und die daher in bezug auf die sich jeweils durchsetzende Variante von Marktwirtschaft (vgl. dazu auch Michel 1991) in gewisser Weise *typbildend* sind.

»Formelle« und »informelle« Strukturen in kapitalistischen Marktwirtschaften

Angesichts der fließenden Übergänge zwischen »formellen« und informellen« Formbestimmungen, die selbst nur der einigermaßen unbefriedigende Versuch sind, die realen gesellschaftlichen Verhältnisse auf den ›Begriff‹ zu bringen, stellt sich die Frage nach dem Verhältnis von »Formellem« und »Informellem« innerhalb von marktwirtschaftlichen Vergesellschaftungszusammenhängen überhaupt.

Aus dem Blickwinkel des gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozesses bilden beide Sphären offensichtlich eine in sich verflochtene Einheit von Produktionsformen, die insgesamt sowohl die Reproduktion der Wirtschaftsakteure in ihrer sozialen Position innerhalb der Gesellschaft als auch die Realisierung des Profitimperativs als hauptsächlichen Antrieb unternehmerischer Aktivität in Marktwirtschaften sichert. Insofern ist die Abgrenzung von zwei vermeintlich grundlegend verschiedenen Wirtschaftsbereichen auch hochgradig künstlich.

Die Unterscheidung von formellen und informellen Arbeitsformen ist unmittelbar mit dem Vordringen nationalstaatlicher Regulation in den Wirtschaftsprozeß und der damit einhergehenden Formalisierung, Verberuflichung und Kommerzialisierung von Arbeitsverhältnissen verbunden. »Das Dual formelle – informelle Wirtschaft ist selbst ein Produkt der Industriegesellschaft« (Gross 1988: 13). Der Begriff der Arbeit schrumpft in der öffentlichen Wahrnehmung tendenziell auf den vertragsrechtlich fixierten Erwerbsarbeitsbegriff zusammen. Parallel dazu entsteht eine »Arbeitsethik«, die alle Formen von informeller Wirtschaft – mit Ausnahme von Selbsthilfe und Eigenarbeit – als amoralisch, als Vergehen gegen das »Gemeinwohl« verurteilt.⁴ Das Problem der Unterscheidung von formellen und informellen Arbeitsformen verweist quasi nebenbei auf die Beschränktheit des Versuchs, alle reproduktiven Tätigkeiten in den Kategorien der marktökonomischen Geld-

4 »Bei der Benennung von unmoralischen Verhaltensweisen im Kontext der Schattenwirtschaft liegt ... der Schwerpunkt in einer mangelhaften Steuermoral. Moraltheologen gehen heute davon aus, daß der Staat ein Recht hat, Steuern zu erheben, da er es ist, der für die Wahrung und Förderung des Allgemeinwohls zu sorgen hat...« (Glatzel 188: 232).

sprache zu erfassen. Durch die Fixierung auf monetäre Größen und anerkannte »Erwerbsarbeitsformen« tritt in den »Schatten« gesellschaftlicher Kenntnisnahme zurück, daß die Wirtschaftsakteure in ihrem alltäglichen Handeln bewußt – aus ökonomisch wohl begründetem Kalkül – nicht nur in formelle – oft identisch mit offiziell anerkannte – Beziehungen zueinander eintreten.⁵

Auf *seiten der Unternehmen* durchdringen sich dabei zweit grundlegend widersprüchliche Interessenlagen. Einerseits bedürfen sie der Institution »Staat« und des mit ihr verbundenen Monopols auf die – notfalls gewaltförmige – Durchsetzung von Rechtstiteln, schon um die wesentliche Institution der Konkurrenz überhaupt auf Dauer im Wirtschaftssystem aufrecht zu erhalten⁶. Um ungleiche Belastungen durch das Aufbringen der zur Deckung der Kosten für den staatlichen Apparat notwendigen Mittel zu vermeinden, wird die Installation eines Aufbringungsmechanismus notwendig, der möglichst alle Nutznießer gleichmäßig beteiligt – das Steuersystem. Da jedoch Steuerausgaben Kosten darstellen, die den potentiell möglichen Unternehmensgewinn reduzieren, und zudem das Geflecht öffentlicher Institutionen auch dann noch vom einzelnen Unternehmer genutzt werden kann, wenn er seine fällige Kostenbeteiligung verkürzt, werden beständig systematisch-rationale Kalküle zur Umgehung rechtlicher Regelungen reproduziert, insbesondere dann, wenn Geschäftsoperationen außerhalb staatlicher Kontrolle außergewöhnlich hohe Profite abwerfen, während gleichzeitig noch die Protektion öffentlicher Institutionen in Anspruch genommen werden kann (Gross 1988: 39). Von daher bestehen in kapitalistischen Marktwirtschaften auf allen Ebenen und bei allen Größenordnungen von Unternehmensaktivitäten starke Anreize zur »Informalisierung« (Portes/Sassen-Koop: 38f.).⁷ Die Umgehung von Steuervorschriften gehört deshalb zum »kleinen 1 x 1« unternehmerischen Handelns in allen marktwirtschaftlichen Entwicklungsvarianten.⁸ Dazu gehören aber auch all jene Aktivitäten, die geeignet sind, den realisierbaren Gewinn noch zusätzlich zu steigern. Neben einer heute maßgeblich von den Unternehmen der Industrieländer ausgehend globalisierten »Kultur der Korruption« (Rügemer 1996) sind es vor allem der politische Lobbyismus und schließlich die Durchdringung des gesamten staatlichen Institutionengefüges mit mafiotischen Netzwerken, die profitsteigernd wirken. Die »Mafia« ist ihrem Wesen nach keine Institution der Untergrundökonomie, sondern ein interpersonelles Netzwerk zum Zweck der Erhöhung unternehmerischer Gewinne, das gerade die Verbindung zwischen allen Ebenen der formellen und der informellen Wirtschaft herstellt. Am »oberen« Ende der Mafia stehen hohe Politiker und Beamte sowie die weltweit agierenden Konzerne, deren Mittelsmänner nicht nur die nationale Wirtschafts- und Außenpolitik, sondern vor allem die Ausgestaltung von rechtlichen Regelungen und dabei insbesondere von Außenwirtschaftsgesetzen (Zoll- und Devisenbestimmungen, Handelsrestriktionen etc.) beeinflussen. Am »unteren« Ende rangieren verschiedene Formen der »kriminellen Wirtschaft« (Drogenanbau und -handel, Schmuggel, Schutzgelderpressung etc.), bei denen zum Teil außergewöhnliche Gewinne erzielt werden, zu deren Sicherung wiederum vor allem

5 Die Gegenüberstellung von formeller »Erwerbswirtschaft« und informeller »Schattenwirtschaft« ist selbst ein spezifisch historisches Phänomen, in dem die Doppelgesichtigkeit kapitalistischer Verhältnisse seinen Ausdruck findet. Aus der Sicht des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses ist es völlig gleichgültig, in welcher konkreten Formbestimmung Reproduktionsarbeit geleistet wird. Aus der Sicht der jeweils historisch spezifischen Ausprägungen kapitalistischer Marktwirtschaften entscheidet das Verhältnis von formeller und informeller Ökonomie allerdings sehr wohl mit darüber, welche Variante von kapitalistischer Gesellschaft sich herausbildet.

6 »Es ist also erforderlich, daß eine übergeordnete Autorität, der Staat, für den Schutz des Allgemeininteresses sorgt, ja selbst für das Weiterbestehen freier Märkte. Denn das spontane Bestreben der ökonomischen Akteure geht dahin, in eine beherrschende Position zu gelangen, das Spiel zu verderben, die Konkurrenz und die Konkurrenten zu unterdrücken, also die Privatinitiative aufzuheben.« (Gorz 1991: 63).

7 »Erfahrungsgemäß werden häufig Produktionsteile von ordnungsgemäß registrierten Betrieben der staatlichen Erfassung entzogen. Die Arbeit erfolgt regulär, ein Teil der Einnahmen wird unterschlagen. Beide Seiten profitieren davon, für den Produzenten ist das zwar niedrigere – aber weil abgabefreie – Entgelt höher, für den Konsumenten erfolgt die Arbeit billiger.« (Gross 1988: 24).

8 »Es ist gerade bei den Kleinhändlern und Kleinunternehmern eine eigentümliche Doppelzüngigkeit zu beobachten: offiziell, in den formellen Kontexten wie Versammlungen, Zeitungsartikeln etc. fordern sie eine Unterbindung und Bestrafung, informell sind viele, wenn nicht die meisten bereit, die Schwarzarbeit etwa ihrer Mitarbeiter nicht nur zu tolerieren, sondern auf Wunsch ihrer Kunden auch selber zu erbringen. (...) Was die Motivlage betrifft, könnte es auch sein, daß die Schwarzproduktion schlicht schneller, unumständlicher mit einem Minimum an Transaktionskosten erfolgen kann« (Gross 1988: 35). In diese Richtung wirkt auch der hohe Regulierungsdruck, der aus der Notwendigkeit des Eintreibens von Steuer- und Sozialabgaben resultiert (Gross 1988: 38f.).

9 Das hier häufig ins Spiel gebrachte Argument, daß durch Schwarzarbeit der Renten- und Arbeitslosenversicherung Beiträge entzogen würden, greift entschieden zu kurz. Vielmehr kann geltend gemacht werden, daß »der Schwarzarbeiter ... auf einen Lohnteil verzichtet (oder zu verzichten gezwungen ist – d.A.), der ihm eine Anwartschaft auf Ansprüche der Renten- und Arbeitslosenversicherung gewähren würde« (Gross 1988: 46). »Schwarzarbeit ist in bezug auf die Sozialversicherung kein Betrug, weil keine Ansprüche an die Sozialversicherung erhoben werden, die nicht gedeckt sind. Es werden nicht die höheren Beiträge bezahlt, aber auch nicht die erhöhten Ansprüche geltend gemacht«. (Koslowski 1988: 239).

die Korruption von regionalen und örtlichen Verwaltungen und Strafverfolgungsorganen sowie terroristische Gewaltakte angewandt werden (Couvrat/Pless 1993).

Auch auf seiten der unselbständig bzw. scheinselfständig Beschäftigten verflechten sich innerhalb marktwirtschaftlicher Strukturen beständig formelle und informelle Momente. Einerseits stellen arbeitsrechtlich verankerte Festlegungen über die tarifliche Lohnhöhe, Urlaubsansprüche, Sozialleistungen usw. für Beschäftigte, die durch unselbständige Arbeit ihre Reproduktion sichern müssen, wesentliche Errungenschaften dar, die ihnen einen historisch gewachsenen und gesellschaftlich akzeptierten Lebensstandard gewährleisten. Die für die institutionelle Absicherung dieser Ansprüche anteilig aufzubringenden Mittel sind zwar Objekt individueller »Vermeidungsstrategien«, die hierbei erreichten Größenordnungen sind aber kaum von Bedeutung, solange Arbeit innerhalb verrechtlichter Vertragsstrukturen verausgabt wird. Andererseits eröffnen sich zusätzliche Einkommenspotentiale, wenn es den Akteuren gelingt, neben ihren formellen, anspruchsrrechtlich gesicherten Einkommen weitere Quellen zu erschließen und die dabei erzielten Einkommen nicht zu versteuern. Es existieren daher auch auf der Seite der lohnabhängig Beschäftigten beträchtliche Anreize, Arbeitsverhältnisse einzugehen, die von Unternehmen zu irregulären, d.h. in der Regel gegen gesetzliche Regelungen verstoßende Bedingungen angeboten werden. Der größte Teil der in irregulären, ungesicherten Arbeitsverhältnissen Beschäftigten rekrutiert sich allerdings aus jener Gruppe von Individuen, die aus dem formellen kapitalistischen Produktionsprozeß ausgestoßen wurden und ohne oder nur mit sehr geringen Transfereinkommen ein Auskommen finden müssen.⁹ Sind die Transfereinkommen (Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Renten etc.) niedrig und/oder ihre Auszahlung unsicher – wie dies in einer Reihe von Transformationsländern der Fall ist –, wächst der Zwang zur Aufnahme von oft gering bezahlten, unsicheren oder gar von Strafverfolgung bedrohten Tätigkeiten in dem Maße, wie der Rückgriff auf reproduktive Eigenarbeit (z.B. landwirtschaftliche Selbstversorgung auf Kleinparzellen) eingeschränkt ist.

Neben der nur in bestimmten Regionen möglichen Reproduktion über Formen der Eigenversorgung, die nicht selten auch lokale »informelle« Märkte beliefern, oder über die Ausübung von meist handwerklichen Kleingewerben wächst gerade in Zeiten des massenhaften Zusammenbruchs industrieller Unternehmen die Zahl derer, die bereit sind, in *prekäre Arbeitsverhältnisse* einzutreten. Prekäre Arbeitsverhältnisse bilden somit eine wesentliche Struktur, über die der Übergang von formeller in informelle Arbeit vermittelt – systemisch erzwungen – wird. Hier findet die im Bereich der Unternehmen ohnehin stets latente Option, informelle – unterbezahlte, arbeitsrechtlich unregelmäßig, vertragslose – Arbeitsverhältnisse anzubieten¹⁰, ihre Entsprechung auf seiten des Arbeitskräfteangebots. Nur, während diese Form wirtschaftlicher Aktivitäten den Unternehmen in der Regel höhere Gewinne ermöglicht, hat sie auf der Seite der Arbeitnehmer genau den umgekehrten Effekt – mit derselben durchschnittlichen Arbeitsleistung werden oft

wesentlich niedrigere Einkommen erzielt (Portes/Sassen-Koop 1987).

Auch *auf seiten der staatlichen Institutionen* stellt sich das Verhältnis von formellen und informellen Wirtschaftsaktivitäten durchaus ambivalent dar. Einerseits müssen die Kosten von Verrechtlichung und Regulierung sowie für soziale Sicherungssysteme gedeckt werden, was vor allem die Einrichtung und Implementierung eines effizienten Steuersystems erfordert. Andererseits sollen die einheimischen Unternehmen aber auch wettbewerbsfähig bleiben bzw. werden, und müssen daher von Kosten entlastet werden. Dazu kommt noch, daß informelle Beschäftigung nicht nur die Arbeitskosten reduziert und die Realversorgung verbessert, indem spezifisch billige Konsumgüter und Dienstleistungen verfügbar gemacht werden. Auch die staatlichen Aufwendung für das Sozialbudget werden dadurch tendenziell gesenkt, daß ein Teil der Reproduktionsleistungen durch Eigenarbeit bzw. durch prekäre Arbeitsverhältnisse erbracht wird (Gretschmann 1984a; vgl. auch Gross 1988: 37-39; Karmann 1988: 106f.). Die in der Diskussion immer wieder anzutreffende Verkürzung des Problems »informelle Wirtschaft« auf möglicherweise auftretende Steuerausfälle (vgl. Schattenwirtschaft in Osteuropa 1997) und deren moralisch-ethischen Konsequenzen (Feld/Kirchässner 1995: 611, 614) beschreibt die mit der Informalisierung von Wirtschaft, Politik und Staat auftretenden Folgewirkungen deshalb nur unzureichend.

Insgesamt hat ein relativ hoher Anteil informeller Aktivitäten am gesamten Wirtschaftsprozeß vor allem schwer wiegende Konsequenzen für das Funktionieren und die Reichweite staatlicher Regulierungsformen und die Ausgestaltung staatlich garantierter Sozialsysteme. *In Gesellschaften, in denen ein großer Teil der Wirtschaftsaktivitäten informalisiert ist, kann kein tiefgestaffeltes staatliches System sozialer Sicherungssysteme ausgebildet bzw. aufrecht erhalten werden.*¹¹ Im Extremfall kann sogar die durch staatliche und intermediäre Institutionen zu erbringende Herstellung der allgemeinen systemtypischen Rahmenbedingungen marktwirtschaftlicher Effizienz mißlingen (vgl. Steffen 1994a: 351). Damit ist dann die Vermarktwirtschaftlichung einer sich transformierenden Ökonomie faktisch ausgeschlossen, da das Funktionieren von Marktwirtschaften grundsätzlich auf der Möglichkeit gewinnbringender unternehmerischer Aktivitäten beruht. Diese wiederum gründet auf einem Mindestmaß an gesamtgesellschaftlicher Durchsetzung allgemeiner Rentabilitätsbedingungen. Nur die Rentabilität vieler verschiedener Unternehmen in einer Reihe von Branchen sichert die Rentabilität des Einzelunternehmens. Kann diese »systemische Effizienz« nicht erreicht werden, erlischt der Anreiz für marktwirtschaftlich-kapitalistische, d.h. gewinnorientierte Aktivitäten, das gesamtwirtschaftliche Aktivitätsniveau reduziert sich faktisch auf Eigenarbeit und Selbstversorgung einzelner Produzentengruppen, die arbeitsteiligen Strukturen moderner Gesellschaften zerfallen, ernsthafte Armuterscheinungen und Existenz bedrohende Lagen nehmen rapide zu. Die Folge sind dann in der Regel soziale Unruhen, erzwungene Regierungswechsel bei gleichzeitiger Handlungsunfähigkeit der Politik (Unregierbarkeit), massenhafte Unternehmenszusammenbrüche – allgemeiner: eine

10 Da es sich hier um eine von den Unternehmen bewußt vorgenommene Verlagerung von Arbeitsplätzen in den Schattensektor handelt, kann folglich auch nicht davon gesprochen werden, daß Schwarzarbeit Arbeitsplätze im formellen Wirtschaftssektor vernichten würde. Besonders problematisch ist die diesem Argumentationszusammenhang oft latent anhaftende Unterstellung, die abhängig Beschäftigten würden durch ihre Bereitschaft, Schwarzarbeit zu verrichten, das Problem überhaupt erst schaffen. Es sind vielmehr in der Regel die Unternehmen, die die Produktion oder Teile von ihr unter Gewinnkälküllen informalisieren. Je größer das Marktwirtschaften systemisch zugehörige Heer der Arbeitslosen, Verarmten und Deklassierten ist, je prekärer die Arbeitsverhältnisse sind, umso eher werden sich auch die entsprechenden Arbeiter für »Schwarzarbeitsverhältnisse« finden.

11 »Ein übermäßiges Anwachsen der Schattenwirtschaft (bedroht) die Erhaltungsbedingungen der Sozialversicherung« (Koslowski 1988: 241).

Chaotisierung der Gesellschaft, wie sie zum Beispiel gegenwärtig in Bulgarien und Albanien beobachtet werden kann.

Modernisierung, Informalisierung und die gesellschaftliche Entwicklung in Mittel- und Osteuropa

Eine »erfolgreiche« Transformation zu Marktwirtschaften wird in der wissenschaftlichen Literatur nahezu durchgängig vom reformförderlichen Verhalten der verschiedenen wirtschaftlichen und politischen Akteursgruppen abhängig gemacht (Wagener 1993). Mitunter werden von diesen Gruppen für ein Gelingen der Transformation sogar vorauseilende Verhaltensweisen eingefordert, nämlich »... sofort so (zu) handeln, als ob eine Marktwirtschaft schon funktionsfähig sei« (Krug 1994: 55). Tatsache ist jedoch, daß gerade die Akteure im politischen und ökonomischen Bereich eine Reihe von spezifischen Verhaltensmustern zeigen, die für ihre konkrete Situation durchaus rational sind, jedoch kaum mit den eingeforderten »So-tun-als-ob-Verhaltensweisen« in Übereinstimmung gebracht werden können. Im Prozeß der Transformation, der einen tiefgreifenden Umbruch nicht nur aller sozio-ökonomischen Verhältnisse, sondern auch der bisherigen Verhaltensregeln einschließt, versuchen die Individuen, der »Entsicherung« des gesamten Sozialgefüges dadurch entgegenzuwirken, daß sie – soweit irgend möglich – auf die noch verbliebenen Ressourcen des alten Systems (z.B. »interpersonelle Netzwerke« – Brie 1995) zurückgreifen und gleichzeitig den neuen Verhältnissen adäquate Verhaltensmuster (z.B. »moralisch durchaus verwerfliche unternehmerische Praktiken« – Welter 1996) ausprägen. Auf diese Weise etablieren sich relativ stabile Verhaltensweisen, denen eine Mischung von überkommenen und neuen Normen zugrunde liegt. In diesem Sinne schließt Transformation durchaus »Modernisierungseffekte« ein. Die so entstehenden marktwirtschaftlichen Strukturen sind in bezug auf die Ressourcenallokation effizienter als Planwirtschaften, entsprechen aber nur höchst selten ihren westlichen Vorbildern. Sie sind von Beginn an durch eine Reihe von Besonderheiten geprägt, die nicht nur ihrer spezifischen Abstammung, sondern auch den besonderen (weltwirtschaftlichen) Rahmenbedingungen der Transformation geschuldet sind. Das Gros dieser Besonderheiten läßt sich in Ermangelung positiver Bestimmungen bisher nur als Zunahme von »Informalität« beschreiben. Die Behauptung, daß diese sich in Mittel- und Osteuropa herausbildenden besonderen Formen von Marktwirtschaft (geprägt durch eine starke vertikale Integration, Monopole, Marktsurrogate und ein relativ hohes Gewicht informeller Strukturen) weniger effizient als Marktwirtschaften des »OECD-Typs« sind, ist rein hypothetisch – diese Betrachtungsweise liegt den Akteuren fern. Als sicher kann indes gelten, daß derartige Wirtschaftsstrukturen auch spezifische Formen von sozialen Sicherungssystemen jenseits des »klassischen Sozialstaats«, einen viel höheren Grad der Informalisierung und Privatisierung von »klassisch« staatlichen Aufgaben und besondere Formen der regionalen und branchenmäßigen Verflechtung von Unternehmensstrukturen (Stark 1990) hervorbringen werden. Mittel- und Osteuropa befindet sich möglicherweise auf dem Weg zu

einer spezifisch osteuropäischen Variante des Kapitalismus – und einige der »unerwarteten« Transformationsresultate lassen den Schluß zu, daß es dabei schon ein beträchtliches Stück vorangekommen ist.

Literatur:

- Albert, Michel (1993): *Capitalism against Capitalism*, London.
- Altmann, Jörn (1990): Zur Theorie des informellen Sektors, in: *Jahrbuch für Sozialwissenschaft*, H. 1, S. 89-103.
- Altmann, Jörn (1991): Überleben im Schatten, in: *der überblick*, September, S. 5-10.
- Aslund, Anders (1995): *How Russia Became a Market Economy*, Washington D.C.
- Borchert, Jörg, Rürup, Bert (1988): Informelle Wirtschaft und öffentliche Unternehmen, in: Gross/Friedrich (Hrsg.): *Positive Wirkungen der Schattenwirtschaft?*, Baden-Baden, S. 108-122.
- Brie, Michael (1995): Rußland: Die versteckten Rationalitäten anomisch-spontaner Wandlungsprozesse, in: Rudolph, Hedwig (Hrsg.): *Geplanter Wandel ungeplante Wirkungen. Handlungslogiken und -ressourcen im Prozeß der Transformation*, WZB-Jahrbuch 1995, Berlin, S. 45-61.
- Csaba, László (1995): *The Capitalist Revolution in Eastern Europe. A Contribution to the Economic Theory of Systemic Change*, Aldershot.
- Chanduri, Tamal (1989): *A Theoretical Analysis of the Informal Sektor*, in: *World Development* 1989.
- Creutzburg, Diedrich (1996): Zu schwarz gesehen, in: *Die Zeit*, Nr. 43 (18. Oktober 1996), S. 37.
- Couvrat, Jean François, Pless, Nicolas (1993): *Das verborgene Gesicht der Weltwirtschaft*, Münster.
- Dallago, Bruno (1990): *The Irregular Economy: The »Underground« Economy and the »Black« Labour Market*, Dartmouth.
- Damaskin, O.W. (1997): Kriminologische Aspekte der Wirtschaftsgesetzgebung in Rußland, in: *Osteuropa*, 47(1997)1, S. 52-62.
- Die wirtschaftliche Lage Rußlands, in: *DIW Wochenbericht* 19/97 (vom 8. Mai 1997), S. 334-355.
- Dziewiecka-Bokun, Ludmilla (1992): Sozialpolitik im Leerraum postsozialistischer Entwicklung zu Demokratie und Marktwirtschaft, in: *Zeitschrift für Sozialreform*, H. 11/12, S. 697-709.
- Feld, Lars P., Kirchgässner, Gebhard (1995): Schattenwirtschaft und die Transformation osteuropäischer Länder, in: *NORD-SÜD aktuell*, Heft 4, S. 604-617.
- Gábor, István (1991/1992): Schattenwirtschaft in Ungarn. Geschöpf der alten oder Hoffnung der neuen Ökonomie?, in: *Transit*, Heft 3, Winter, S. 159-168.
- Glatzel, Norbert (1988): Grenzen zwischen Erwerbs- und Schattenwirtschaft aus ethischer Sicht, in: Gross/Friedrich (Hrsg.): *Positive Wirkungen der Schattenwirtschaft?*, Baden-Baden, S. 227-233.
- Gretschmann, Klaus, Heinze, Rolf G., Mettelsiefen, Bernd (Hrsg.) (1984): *Schattenwirtschaft. Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Aspekte, internationale Erfahrungen*, Göttingen.
- Gretschmann, Klaus (1984a): *Wohlfahrtseffekte schattenwirtschaftlicher Aktivitäten?*, in: Gretschmann/Heinze/Mettelsiefen (Hrsg.): *Schattenwirtschaft. Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Aspekte, internationale Erfahrungen*, Göttingen S. 97-129.
- Goetz, André (1991): *Und jetzt wohin?*, o.O.
- Götz, Roland (1991): *Illegal und unverzichtbar. Die Schattenwirtschaft in der Sowjetunion*, in: *der überblick*, September, S. 42-44.
- Gross, Peter (1988): Zur gesellschaftlichen Bedeutung und Bewertung der Schattenwirtschaft, in: Gross/Friedrich (Hrsg.): *Positive Wirkungen der Schattenwirtschaft?*, Baden-Baden, S. 9-49.
- Gross, Peter, Friedrich Peter (Hrsg.) (1988): *Positive Wirkungen der Schattenwirtschaft?*, Baden-Baden.
- Heinrich, Andreas, Pleines, Heiko (1997): Die Drogenmafia in der GUS, in: *Osteuropa*, 47(1997)1, S. 63-70.
- Herr, Hansjörg, Westphal, Andreas (1993): *Transformation in Mittel- und Osteuropa. Makroökonomische Konzepte und Fallstudien*, Frankfurt/M., New York.
- Jeffries, Ian (1993): *Socialist Economies and the Transition to the Market*, London.
- Juchler, Jakob (1994): *Osteuropa im Umbruch. Politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen 1989-1993*, Zürich.
- Hölscher, Jens et al. (Hrsg.): *Bedingungen ökonomischer Entwicklung in Zentralosteuropa*, 5 Bde., Marburg 1993-1996.
- Karmann, Alexander (1988): Größe und Formen der Schattenwirtschaft und ihr Verhältnis zur Wirtschaft, in: Gross/Friedrich: *Positive Wirkungen der Schattenwirtschaft?*, Baden-Baden, S. 87-107.
- Kaufmann, Daniel (1997): *Desparately Seeking Economic Recovery*, in: *Transition*, April 1997, pp. 5-8.
- Kisunko, Gregory (1996): *Economic Crime in Russia*. In: *Transition*, July-August, S. 13-16.
- Kolesnikow, Wadim, Sidorow, Sergej (1994): Reformen in Rußland auf dem Weg zum korrupten Markt? in: *Osteuropa*, 44(1994)4, S. 353-366.
- Kornai, János (1992): *The Socialist System. The Political Economy of Communism*, Princeton.
- Koslowski, Peter (1988): Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft als Krisensymptome des gegenwärtigen Sozialstaats? In: Gross/Friedrich (Hrsg.): *Positive Wirkungen der Schattenwirtschaft?*, Baden-Baden, S. 234-243.
- Krug, Barbara (1991): Die Transformation der sozialistischen Volkswirtschaften in Zentral-europa: Ein Beitrag der Vergleichenden Ökonomischen Theorie von Institutionen, in: Wagener, H. J. (Hrsg.): *Anpassung durch Wandel. Evolution und Transformation von*

- Wirtschaftssystemen, Berlin, S. 39-60.
- Lavigne, Marie (1995): *The Economics of Transition*, London.
- Münkner, Hans H. (1990): Der »informelle Sektor«, in: *Internationales Afrikaforum*, H. 4, S. 345-352.
- Narr, Wolf-Dieter, Schubert, Alexander (1994): *Weltökonomie. Die Misere der Politik*, Frankfurt/M.
- Nitsch, Manfred (1995): Geld und Unterentwicklung: Der Fall Lateinamerika, in: Schelkle/Nitsch (Hrsg.): *Rätsel Geld*, Marburg, S. 77-105.
- North, Douglass C. (1990): *Institutions, Institutional Change and Economic Performance*, Cambridge.
- Offe, Klaus (1994): Das Dilemma der Gleichzeitigkeit. Denokratisierung, Marktwirtschaft und Territorialpolitik in Osteuropa, in: ders.: *Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten*, Frankfurt/M., New York, S. 57-80.
- Pries, Ludger (1996): Kurze Geschichte eines angekündigten – und nie eingetretenen – Todes: Der Informelle Urbane Sektor in Lateinamerika, in: *Peripherie*, Nr. 62 (August), S. 7-28.
- Portes, Alejandro/Sassen-Koob, Saskia (1987): Making It Underground: Comparative Material on the Informal Sektor in Western Market Economies, in: *American Journal of Sociology*, H. 1, S. 30-61.
- Rügemer, Werner: (1996) *Wirtschaften ohne Korruption?*, Frankfurt/M.
- Saizew, Sergej A. (1994): Das neue russische Unternehmertum, in: *Osteuropa-Wirtschaft*, H. 3, S. 184-200.
- Schattenwirtschaft in Osteuropa: Das Beispiel der Ukraine, in: *DIW Wochenbericht 18/97* (vom 1. Mai 1997), S. 334-340.
- Schelkle, Waltraud, Nitsch Manfred (Hrsg.) (1995): *Rätsel Geld*, Marburg.
- Scherr, Matthias: Geheimregierung am Gashahn, in: *stern*, 15/1997, S. 168.
- Schiel, Tilmann (1987): Suche nach Sicherheit und Sehnsucht nach Geborgenheit. »Dualwirtschaft« und »informeller Sektor« als Phänomen und Fiktion, in: *Zeitschrift für Soziologie*, H. 2, S. 92-105.
- Schrage, Horst (1987): *Theoretische Grundlagen der Schattenwirtschaft*, Frankfurt/M.
- Schüller, Alfred (1992): Ansätze einer Theorie der Transformation, in: *ORDO – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft*, Bd. 43, Stuttgart, Jena, New York, S. 35-63.
- Senghaas, Dieter: Von Europa lernen. Entwicklungsgeschichtliche Betrachtungen, Frankfurt/M. 1982.
- Shelley, Louise I. (1997): The Price Tag of Russia's Organized Crime, in: *Transition*, 8(1997)1, pp. 7f.
- Soto, Hernando de (1989): *The Other Path. The Invisible Revolution in the Third World*, New York.
- Stark, David (1990): Privatization in Hungary; from Plan to Market or from Plan to Clan, in: *East European Politics and Societies*, H. 3, S. 351-392.
- Steffen, Olaf (1994a): Zur Kritik der »Schocktherapie« in Rußland. Die ursprüngliche postsozialistische Akkumulation des Kapitals als Voraussetzung und der russisch Markt-Transformations-Prozeß (Teil I), in: *Osteuropa*, 44(1994)4, S. 338-352.
- Steffen, Olaf (1994b): Zur Kritik der »Schocktherapie« in Rußland. Die ursprüngliche postsozialistische Akkumulation des Kapitals als Voraussetzung und der russische Markt-Transformations-Prozeß (Teil II), in: *Osteuropa*, 44(1994)6, S. 547-565.
- Steffen, Olaf (1995): Konzepte und Perspektiven der Privatisierung in Rußland. Zur Kritik der »Schocktherapie« (Teil III), in: *Osteuropa*, 45(1995)2, S. 135-149.
- Tittenbrun, Jacek (1992): Der polnische Weg zum Kapitalismus, in: *PROKLA*, Nr. 89 (Dezember), S. 604-621.
- Tschajanow, Alexander (1987): *Die Lehre von der bäuerlichen Wirtschaft*, Frankfurt/M. (Nachdruck der Originalausgabe Berlin 1923).
- Thomas, James J. (1992): *Informal Economic Activity*, New York – London.
- Wagener, Hans-Jürgen (eds.) (1993): *The political economy of transformation*, Heidelberg.
- Weck, Hannelore, Pommehene, Werner W., Frey, Bruno (1984): *Schattenwirtschaft*, München.
- Welter, Friederike (1996): Unternehmer in Osteuropa, in: *Berliner Debatte INITIAL*, (1996)3, S. 100-107.
- Zapf, Wolfgang (1996): Die Modernisierungstheorie und unterschiedliche Pfade der gesellschaftlichen Entwicklung, in: *Leviathan*, Heft 1, S. 63-77.

JÖRG ROESLER

Zwischen High-Tech und Mezzogiorno. Ostdeutschlands ungewisse Zukunft

Jörg Roesler – Jg. 1940,
Prof. Dr., Berlin.
Studium der Wirtschaftsge-
schichte an der Humboldt-
Universität zu Berlin;
Forschungen zur Wirtschafts-
geschichte der DDR und der
osteuropäischen Länder.

Henning Krumrey:
Aufschwung Ost. Märchen
oder Modell, Frankfurt/Main
1992, S. 174-178, 211.

Die Diskussion am Runden
Tisch über die Wirtschafts-
und Währungsunion: »In der
Diskussion warnte Minister
Gerd Poppe (Initiative Frie-
den und Menschenrechte)

Die Vision von der High-Tech-Provinz Ostdeutschland stammt m. W. von dem bekannten Bonner Wirtschaftsjournalisten Henning Krumrey. Zwei Jahre nach der Wiedervereinigung Ostdeutschlands mit der Bundesrepublik veröffentlichte er ein Buch über die Transformation der ostdeutschen Planwirtschaft in die westdeutsche »Soziale Marktwirtschaft«. Das Buch trug den Titel »Aufschwung Ost« nach dem gerade angelaufenen Regierungsprogramm. In ihm sagte er voraus, daß im Ergebnis der Privatisierung des ostdeutschen Volkseigentums an westdeutsche und andere westliche Unternehmen in Ostdeutschland umfangreiche Investitionen getätigt würden. Diese privaten Investitionen würden der Rekonstruktion vorhandener und der Errichtung neuer Betriebe dienen. Dadurch würden im Laufe der nächsten Jahre im Osten Deutschlands hochmoderne Anlagen in Betrieb genommen. Das sei zwangsläufig so, da nur die auf die modernste Art und Weise hergestellten Erzeugnisse eine Chance hätten, auf dem freien Markt erfolgreich mit den Erzeugnissen westdeutscher oder westeuropäischer Unternehmen zu konkurrieren.

Für das Jahre 2010 sagte Krumrey voraus: »Im Osten gibt's nur High-Tech«. (S.211) In die westdeutschen Betriebe werde dagegen vergleichsweise weniger investiert werden. Sie wären nach ein bis zwei Jahrzehnten nicht mehr so modern wie die ostdeutschen. Sie wären auch weniger konkurrenzfähig. Da in Krisenzeiten die älteren Betriebe zuerst geschlossen werden, wäre die Zahl der Arbeitslosen in Westdeutschland in Zeiten der Wirtschaftskrise höher als in Ostdeutschland. Kurz: In Ostdeutschland läge die wirtschaftliche Zukunft der Nation. Ähnlich wie Krumrey hat sich eine ganze Reihe von Wirtschaftswissenschaftlern aus den alten Bundesländern geäußert.

Die Vision vom deutschen Mezzogiorno

Im gleichen Jahr wie der Wirtschaftsjournalist Henning Krumrey aus Bonn veröffentlichte die Wirtschaftsprofessorin Christa Luft aus Ostberlin ein Buch über die Transformation der ostdeutschen Wirtschaft. In ihrem Buch analysierte sie die Privatisierungspraktiken der Treuhand. Das war die gigantische Behörde in Berlin, die die staatlichen Betriebe der ehemaligen DDR an private Unternehmer im Westen verkaufte. Sie sprach die Befürchtung aus, daß sich Deutschland im Osten ein neues Mezzogiorno schaffen würde, falls keine Trendwende in der Privatisierungspolitik gelingt. In dem

Kapitel »Das Mezzogiorno-Gespenst« zählte Christa Luft auf, wohin die Fortsetzung der Entwicklung von 1990 bis 1992 führen könnte: Entindustrialisierung, Verödung der Forschungslandschaft, Mangel an bodenständigem Unternehmertum, Degradation von Betrieben zu verlängerten Werkbänken westdeutscher Konzerne, Massenarbeitslosigkeit mit Demotivierungserscheinungen und Resignationstendenzen bei den betroffenen Menschen. Außer Christa Luft, die in der DDR-Regierung während der Wende – vom Herbst 1989 bis zum Frühjahr 1990 – auch Wirtschaftsministerin war, haben 1991/92 auch andere prominente Wirtschaftswissenschaftler aus dem Osten und dem Westen vor dem Mezzogiorno-Gespenst gewarnt.

Die Mezzogiornovision ist eine Horrorvision. Wirtschaftlich und sozial besagt sie genau das Gegenteil der High-Tech-Variante: Während die High-Tech-Vision davon ausgeht, daß eines Tages die neuen Bundesländer die alten im Wirtschaftsniveau erreichen und teilweise sogar überholen, geht die Mezzogiornovariante für Ostdeutschlands Zukunft davon aus, daß die neuen Bundesländer wirtschaftlich und sozial dauerhaft hinter den alten Bundesländern zurückbleiben.

Welche Vision wird Ostdeutschlands Zukunft bestimmen?

Eine Antwort soll nicht so sehr auf der Grundlage makroökonomischer Statistiken versucht werden, sondern die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Ostdeutschlands wird ausgehend von der dort neu entstandenen Betriebsstruktur, der bereits vollzogenen und den sich noch vollziehenden mikroökonomischen Wandlungen analysiert.

Betriebstypen in Ostdeutschland nach der Privatisierung

Die Treuhand privatisierte die ostdeutschen Staatsbetriebe zwischen 1990 und 1994. Ende 1994 wurde diese Behörde aufgelöst. Schon vorher wurde die neue Betriebsstruktur der ostdeutschen Industrie erkennbar. Nimmt man als Klassifizierungsmerkmale der Betriebstypen die Herkunft des Eigentümers (regional oder von außerhalb der Region), die technologische Betriebsorganisation (fordistisch oder postmodern) und die Absatzsituation (regional oder überregional), dann kann man inzwischen in den neuen Bundesländern vier Betriebstypen unterscheiden, die in größerer Zahl real existieren.

Der Typ, über den man in deutschen Zeitungen und Zeitschriften am häufigsten etwas lesen kann, wenn diese über die ostdeutsche Wirtschaft schreiben, ist *der postmoderne Betrieb*.

Er ist vor allem in der Automobilindustrie, der Werftindustrie und der Elektronikindustrie zu finden. Sie wurden mit Milliardenaufwand und Milliardensubventionen erbaut bzw. werden z. Z. noch errichtet. Ihre Eigentümer sind multinationale Konzerne, vor allem aus den alten Bundesländern und den USA. Zu diesem Betriebstyp gehören Werke wie die Automobilfabriken von Opel bzw. General Motors in Eisenach und von Volkswagen in Mosel, die norwegische Kvaerner Werft in Rostock und die von Siemens bzw. dem amerikanischen Konzern AMD errichteten Fabriken für Mikroelektronik in Dresden. Siemens produziert am Dresdener Standort bereits hochintegrierte Speicher. AMD will in Dresden Mikroprozessoren herstellen. Jeweils handelt es sich um die modernsten Modelle.

Im Unterschied zur Mikroelektronik geht es in der Automobilindustrie nur um vergleichsweise kleinere technische Verbesse-

davor, daß die DDR bei einer raschen Währungsunion »eine Art Sizilien der Bundesrepublik« werden könnte«.

Der Tagesspiegel vom 20.2.1990.

Christa Luft: Treuhandreport, Werden, Wachsen und Vergehen einer deutschen Behörde, Berlin/Weimar 1992, S. 168-173.

Bis die westlichen Bundesländer eingeholt werden, sind wir alle tot... Man muß das in dieser Brutalität sagen, weil unsere Politik der Wirtschaftsintegration nicht nur alle Fehler der italienischen Mezzogiorno-Politik wiederholt, sondern weil sie noch ein paar weitere obendrauf setzt. Wolfram Engels: Über die Integration der neuen Bundesländer, in: WirtschaftsWoche vom 1. 11. 1996, S.106.

Froh lobt Bundeswirtschaftsminister Möllemann, »der von einigen zu Beginn der Vereinigung befürchtete Mezzogiornoeffekt eines technologisch zweitklassigen Industriestandortes tritt nicht ein.« Statt dessen zeigten die Ansiedlungen, daß »nicht nur der Technologiestandort der alten Bundesrepublik erreicht wird, sondern Ostdeutschland mit modernster Infrastruktur und Industrie ausgestattet wird.« Henning Krumrey: Aufschwung Ost, Frankfurt/Main 1992, S. 177.

Wolfgang Zank: Noch ein Mezzogiorno? Neue Bundesländer: Ökonomen über die Zukunftsaussichten uneinig, in: Die Zeit vom 12.11. 1993, S. 31.

Statt blühender Landschaften droht den neuen Bundesländern das Schicksal des Mezzogiorno, des armen,

vom Norden ausgehaltenen Südtalien.

Heinz Blüthmann, in: Die Zeit vom 16.8.1996, S. 18.

Die Aufholjagd der neuen Länder ist gescheitert. Jetzt kann man nur auf langsames Heranrobben hoffen, damit sie nicht zum deutschen Mezzogiorno werden. Thomas Hanke: Dornige Landschaften, in: Die Zeit vom 24.10. 96, S. 32.

Opel AG: »Eisenach bleibt Automobilstadt«, in: Horizont, 42/92, S. 114.

Thoma J. Bencard: Japanisch in Thüringen (Opel Eisenach), in: Inge-nieur Digest 9/93, S. 54-55.

Das wird alles grüne Wiese.(VW Mosel), in: Der Spiegel 24/94, S. 107-111.

rungen. Aber auch in der Automobilindustrie vollzieht sich eine Revolution. Es ist die Betriebsorganisation, die revolutioniert wird.

Das Opel-Werk von General Motors in Eisenach wurde Anfang der neunziger Jahre auf der grünen Wiese neben einer veralteten Autofabrik aus DDR-Zeiten erbaut. Von Anfang an wurden dort nach den weltweit neuesten Methoden Autos montiert. Lean production, Toyotismus, »just in time«, Teamwork sind die Schlagworte, die eine neue Form der Produktionsbeziehungen und Produktionsorganisation in den Automobilfabriken charakterisieren. Im Ergebnis ist das Eisenacher Werk der produktivste Autohersteller Europas und die Nr. 5 oder 6 in der Welt. Heute werden in den Opel-Werken im ostdeutschen Eisenach pro Schicht deutlich mehr Autos hergestellt als im Stammbetrieb der Opel-Werke, im westdeutschen Rüsselsheim. Bereits Mitte der neunziger Jahre dauerte die Montage eines Autos der Marke »Astra« in Eisenach 20 Stunden, in Rüsselsheim dagegen 31 Stunden. Ähnlich wie Opel in Eisenach hat das Volkswagenwerk in Mosel bei Zwickau ein neues Werk aufgebaut, das die Nachfolge des VEB Sachsenring, des Trabant-Herstellers, angetreten hat. Heute wird dort der »Passat« hergestellt. Das geschieht auch mit den modernsten Montagemethoden. Ferdinand Piech, der für seine Schonungslosigkeit bekannte VW-Manager, nennt Mosel »einen unserer produktivsten Standorte« und fügte hinzu: »VW Sachsen ist unser geliebtes Kind, und wir tun alles, damit es weiter wächst«.

Moderne Anlagen brauchen nicht viel Personal für ihre Bedienung. Die Automobilwerke Zwickau gaben mehr als 5.000 Menschen Lohn und Brot. »VW Sachsen« hatte im Frühjahr 1997 3.000 Beschäftigte. Woanders gingen mehr Arbeitsplätze verloren, z.B. bei den Opel-Werken in Eisenach. Das Werk ist an Stelle des VEB Automobilwerk Eisenach, des Produzenten des »Wartburg« getreten. Mit der Herstellung des »Wartburg« waren 9.300 Belegschaftsmitglieder beschäftigt. Im modernen Opel-Werk arbeiten nur noch 2.000 Mann. Auf ein Bruchteil, verglichen mit DDR-Zeiten, ist auch die Beschäftigtenzahl im Volkswagenwerk Mosel (ein Viertel) oder in der Schiffswerft Kvaerner (ein Drittel) abgesunken. Für die nicht wieder Eingestellten ergibt sich daraus eine schwierige soziale Situation.

Aber stellt man die Frage, ob sich die Vision des Wirtschaftsjournalisten Krumrey von der High-Tech-Provinz Ostdeutschland in Eisenach und Dresden und an einigen anderen Standorten postmoderner Betriebe bereits verwirklicht hat, so muß man doch unbedingt mit »Ja« antworten.

Eine Antwort auf die Frage, wem die Zeit recht geben würde, den Anhängern der High-Tech-Vision oder der Mezzogiorno-Vision ist damit bereits gegeben. Aber dies ist nicht die endgültige Antwort. Denn die Zahl der postmodernen Großbetriebe im Osten Deutschlands ist gering. Die Orte, an denen sie entstanden sind, kann man an beiden Händen abzählen.

Häufiger ist ein zweiter Betriebstyp in den neuen Bundesländern vertreten, *das moderne fordistische Unternehmen*.

Diese Art von Unternehmen gehört zu den Stiefkindern der Medien. Es sind in der Regel keine Vorzeigebetriebe wie die postmodernen

Unternehmen. Nach der Beschäftigtenzahl waren sie früher bedeutend und sind heute auf ein Viertel bis ein Zehntel der früheren Beschäftigtenzahl »gesund geschrumpft« worden. Sie sind häufig im Bereich der Bekleidungs-, Textil- und elektrotechnischen Industrie, in der Metallwarenherstellung und der chemischen Industrie zu finden. Als Beispiel sei ein Konfektionsbetrieb in Falkensee bei Berlin vorgestellt. Der Konfektionsbetrieb der Damenmode im VEB Kombinat Oberbekleidung Berlin wurde vom westdeutschen Textilproduzenten Helsa gekauft. Zu DDR-Zeiten hatte er ein breites Sortiment von Damenoberbekleidung hergestellt. Der neue Besitzer verzichtete auf die traditionelle Produktion vollständig. Die Produktionsausrüstung des Unternehmens wurde erneuert und auf die Massenproduktion von Schulterpolstern, einer ziemlich einfachen textilen Zulieferung für Damenoberbekleidung, umgerüstet. Alle Vormaterialien erhält der Betrieb nunmehr aus dem Westen Deutschlands. Die fertigen Schulterpolster gehen in die westdeutschen Unternehmensbetriebe als Komplettierungsteile zurück. Der westdeutsche Stammbetrieb übermittelt seine Produktionsziele täglich elektronisch und überwacht die korrekte Erfüllung von Zahl und Qualität der angeforderten Komponenten.

Bei dem Betrieb der Helsa handelt es sich um einen zugespitzten Fall der »verlängerten Werkbank«. Damit ist ein Betrieb gemeint, der nicht viel mehr ist als eine Produktionsaußenstelle des Stammunternehmens, das sich an einem anderen Ort, im Falle des ostdeutschen Betriebes in der Regel in Westdeutschland, befindet. In der »verlängerten Werkbank« werden wesentliche Leitungsfunktionen, die normalerweise zu einem Betrieb gehören, nicht mehr wahrgenommen. Im Falle des Helsa-Unternehmens kann eigentlich auf alle qualifizierten Stellen oberhalb der Meisterebene verzichtet werden. Anders ausgedrückt: Es fehlen in dem Ort, wo das Werk arbeitet, die entsprechend gut verdienend, die Kaufkraft des Ortes positiv beeinflussende, kulturell interessierte Schicht von höheren Angestellten. Aber auch sonst sind die Beziehungen zur näheren Umgebung gering. Örtliche Zulieferer benötigt man nur teilweise oder überhaupt nicht. Gebraucht werden an sich nur einige Handwerker aus dem Ort, die die modernen Anlagen warten. Damit werden die verlängerten Werkbänke zu »Kathedralen in der Wüste«. Das aber ist ein typisches Mezzogiorno-Merkmal.

Ein dritter Betriebstyp sind die *für den regionalen Bedarf arbeitenden Betriebe*. Diese Gruppe umfaßt Unternehmen der Lebensmittel- und Genußmittelindustrie (fleisch- und milchverarbeitende Industrie, Süßwarenindustrie, Zigarettenhersteller) und Kosmetikunternehmen. Bei ihnen handelte es sich schon vor der Privatisierung nur um mittelgroße Betriebe. Sie stellen die größte Zahl der von der Treuhandanstalt privatisierten Unternehmen dar. Ungeachtet ihres »Mittelmaßes« erfreut sich diese Gruppe von Betrieben in den Printmedien einer beträchtlichen Popularität. Das hängt weniger mit ihrer – eben nur regionalen – Bedeutung zusammen als damit, daß die von ihnen hergestellten Konsumgüter bei der ostdeutschen Bevölkerung bekannt, ja beliebt sind und die Reporter auf einen breiten Widerhall ihres Berichtes bei der Leserschaft rechnen können. Unzählige Reportagen sind bereits über die

Des Schneiders neue Kleider. Kombinat Oberbekleidung Berlin, in: *Kombinate*. Was aus ihnen geworden ist. Reportagen aus den neuen Ländern, Berlin/München 1993.

Des weiteren wurden Befragungen in einem Thüringer Betrieb durchgeführt, der ein reines Produktionswerk einer westlichen GmbH darstellt und über keine eigene Produktionsleitung und -steuerung, sondern nur über fertigungsdurchführende qualitätssichernde und Wartungs- und Instandhaltungsbereiche verfügt. Die Fertigungssteuerung erfolgt aus dem Hauptwerk, über welches das thüringische Zweigwerk via Satellit angeschlossen ist. Kerstin Nawroth/Gerhard Kullmann: Die Bedeutung und Veränderung von sozialen Bindungen in den Gruppenstrukturen der Produktionsbelegschaften in den neuen Bundesländern, Dresden 1993, S. 16.

Wo die Würstchen aus der Dose erfunden wurden. Ein Traditionsunternehmen aus Halberstadt kann sich bereits auf dem europäischen Markt behaupten, in: Die Wirtschaft 3/94, S. 31.

Dietmar H. Lamparter: Creme für den Osten. Der ehemals größte DDR-Kosmetikerhersteller ist wieder wer, in: Die Zeit vom 7.1.1994.

Wässerchen für den Zaren. Schilkin GmbH & Co KG, in: Privatisierte. Was aus ihnen wird. Reportagen aus den neuen Ländern, Berlin/München 1994, S. 413-416.

Freyburger Sektfabrik, die die Marke »Rotkäppchen« herstellt, erschienen. Nicht weniger beliebt sind Berichte über die Fabrik, wo die »Halberstädter Würstchen« entstehen, über die Dresdener Kosmetikfirma »Florena« oder den Ostberliner Spirituosenhersteller Schilkin. Den Betrieben, die für den regionalen Markt arbeiten, ist gemeinsam, daß die Maschinen und Anlagen nach der Privatisierung gründlich rekonstruiert wurden. Im Unterschied zu dem modernen fordistischen Betriebstyp blieb aber ihr Produktionsprogramm erhalten. Denn die geschmacklich anerkannten Erzeugnisse, die einen sicheren lokalen Markt besaßen, waren ja der Grund, warum diese Betriebe überhaupt aufgekauft und weitergeführt wurden. Wegen der Kenntnis der lokalen Märkte bzw. des spezifischen Know-How's, wie man z.B. Würstchen einer ganz bestimmten Geschmacksrichtung erzeugt, sind in diesen Betrieben Führungskräfte aus dem Osten oft auch noch in gehobenen Positionen zu finden. Währenddessen sind die oberen Leitungsetagen der postmodernen Unternehmen und der modernen fordistischen Unternehmen, soweit letztere überhaupt noch über Leitungsetagen an Ort und Stelle verfügen, vorwiegend von Managern aus dem Westen bevölkert. Die Entlassungen haben in den für den regionalen Bedarf arbeitenden Betrieben nicht das Ausmaß erreicht, das für die postmodernen und modernen fordistischen Unternehmen typisch ist. Die Betriebe beschäftigen noch ein Drittel bis zur Hälfte der in der DDR-Zeit arbeitenden.

Die Betriebe des regionalen Bedarfs wird man gewiß nicht den Mezzogiorno-Typ zuordnen können. Zu den High-Tech-Unternehmen gehören sie aber ebenfalls nicht. Nur ganz wenige von ihnen, dazu gehören die beiden genannten Fabriken für »Rotkäppchen« Sekt und »Halberstädter Würstchen«, waren in der Lage, sich auch in Westdeutschland Marktanteile zu sichern.

Der vierte Betriebstyp sind die sogenannten *ostdeutschen Mittelstandsunternehmen*. Sie entstanden erstens aus *Management-Buy-Outs* der Treuhandanstalt. Nach anfänglichem Zögern gestattete die Treuhandanstalt, daß Angestellte der ostdeutschen Staatsfirmen, die privatisiert werden sollten, die ostdeutschen Unternehmen selbst aufkauften. Gemessen an der Beschäftigtenzahl der privatisierten Unternehmen sind nur 5 Prozent der Industriekapazität an Ostdeutsche privatisiert worden. Zweitens entstanden neue ostdeutsche Unternehmen als sogenannte *Ausgründungen* aus Kombi-natsbetrieben. Bei den Ausgründungen handelt es sich um eine Form der Privatisierung, durch die ehemalige Betriebsteile bzw. Abteilungen der VEB, die nicht zum »Kernbereich« gehörten, einzelne an frühere Leiter oder Mitarbeiter der Abteilungen verkauft wurden. Ihre Zahl ist beträchtlich, da schon jeder mittlere VEB bestimmte Betriebsabteilungen ausgründete: Instandhaltung, Rationalisierungsmittelbau, Projektierung und Konstruktion, spezielle Fertigungen, Transport, Bauabteilungen, Recyclingabteilungen, Energie- und Wasserversorgung, Aus- und Weiterbildung, Ferienheime, Kindereinrichtungen und Kantinen. Drittens entstanden ostdeutsche Mittelstandsbetriebe durch die *Reprivatisierung von Unternehmen*, die 1972 gegen Entschädigung enteignet worden waren. Dabei handelte es sich um mehr als 10.000 Unter-

nehmen. Vielfach haben die früheren Eigentümer jedoch die Produktion nicht weitergeführt, sondern die wiedergewonnene Immobilie verkauft. Viertens konnten sich private Handwerksfirmen, von denen es zu DDR-Zeiten insgesamt 83.000 gab, vergrößern und beginnen industriell zu produzieren. Allerdings sind diesen Weg nur die wenigsten Handwerker gegangen.

Zustande gekommen sind auf dem Wege des Management-Buy-Outs und der Ausgründungen Unternehmen, die in der Regel zwischen 10 und 50 Beschäftigte haben, selten bis 100 und kaum mehr als 100 Belegschaftsmitglieder zählen. D. h. es handelt sich in der Mehrzahl um Kleinbetriebe. Gemeinsam ist ihnen, daß sie unter ständigem Kapitalmangel leiden. Denn das Geld, was vorhanden war, plus die Gelder aus der Mittelstandsförderung gingen zum Kauf bzw. zur Rekonstruktion der Unternehmen drauf. Die Betriebe stehen im ständigen Kampf ums Überleben, denn sie sind oft gerade auf jene Art größerer Produktionsbetriebe angewiesen, die durch den Umbau zu modernen fordistischen Unternehmen kaum mehr in der Lage sind, eine Zusammenarbeit mit ihrer geographischen Umgebung zu entwickeln. Soweit diese Betriebe aus Forschungs- und Entwicklungsabteilungen von Großunternehmen hervorgegangen sind, produzieren sie auf Grund von eigenen Patenten, in technologischen Nischen. Trotzdem die Chefs der Management-Buy-Outs und der Ausgründungen oftmals aus der Schicht der kaufmännischen Angestellten bzw. der Entwicklungsingenieure kommen, müssen diese Firmen aus finanziellen Gründen auf Ausgaben für Marketing und für Forschung und Entwicklung verzichten. Obwohl sie fast alle ihre Arbeitskräfte deutlich unter Tarif bezahlen, die Lohnkosten drücken, leben sie von der Hand in den Mund und haben keine Möglichkeit, für ihre Zukunft zu investieren. Sie arbeiten in der Regel für eine begrenzte Zahl von ihnen bekannten Abnehmern. Sich auf dem westdeutschen Markt zu etablieren oder gar ins Ausland zu exportieren, sind sie nicht in der Lage. Diesen finanziellen und materiellen Aufwand, der sich auf die Dauer sicher lohnen würde, können sie sich nicht leisten.

Die prekäre Situation dieser mittelständischen Kleinbetriebe spiegelt sich wider in der Insolvenzenstatistik. In den neuen Bundesländern ist zwischen 1991 und 1995 die Zahl der Neugründungen (Gewerbeanmeldungen) auf fast die Hälfte (58 Prozent) zurückgegangen. Gleichzeitig stieg aber die Zahl der Gewerbeabmeldungen (Firmenaufgaben) um fast ein Drittel (31 Prozent). Im Ergebnis reduzierte sich der Nettozuwachs an privaten Unternehmen von 123.000 (1991) auf 31.000 (1996). Die Zahl der Insolvenzen war 1996 in den ostdeutschen Ländern doppelt so hoch (z.B. beim Vergleich Thüringen – Hessen) bzw. dreimal so hoch (z.B. Brandenburg – Nordrhein-Westfalen) wie in den alten Bundesländern.

In den Tageszeitungen und den Fachzeitschriften werden diese Zahlen auch abgedruckt. Wenn über die neuen Bundesländer berichtet wird, dann nehmen allerdings einen weitaus größeren Raum Reportagen über ostdeutsche Angestellte ein, die zu cleveren Kapitalisten geworden sind und inzwischen Millionen umsetzen und investieren. Allerdings repräsentieren derartige Fälle nicht den Durchschnitt sondern stellen die Ausnahme beim vierten

Die Zerstückelung ostdeutscher Großbetriebe ist wirklich ein Problem. Denn so sind oft Unternehmensgrößen entstanden, die nicht mehr in der Lage sind, größere Aufträge zu übernehmen.

Klaus von Dohnanyi
(Interview): Noch 25 Jahre?,
in: Neues Deutschland vom
19.12.1996.

Die Wertschätzung, die Manager aus dem Westen Führungskräften im Osten entgegenbringen, ist gering. Dies hat eine Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach unter Führungskräften ergeben. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30.8. 1991.

In der Charakteristik und Bewertung des ostdeutschen Managements befinden wir uns derzeit in einem Dilemma. Einerseits überwiegen in den Unternehmen diejenigen Führungskräfte, die auch in der DDR schon Leiter waren. Andererseits herrschen in der Literatur und in der öffentlichen Meinung häufig gerade ihnen gegenüber eine Negativsicht und Skepsis vor. Sie stimmen mit der ostdeutsche Realität nicht (mehr) überein. Peter Glotz: Sächsische Manager und Unternehmer in der Transformation von der Plan- zur Marktwirtschaft, Beitrag zur Konferenz »Unternehmer in Sachsen«, Leipzig, 10.-12. 4. 1997, S. 6-7.

Betriebstyp dar. Man muß vielmehr bei der Analyse der Situation der sogenannten Mittelstandsbetriebe in den neuen Ländern zu der Schlußfolgerung kommen, daß gerade in den rein ostdeutschen Unternehmen, d.h. jenen Unternehmen, in denen Eigentümer, Management und Arbeiter fast durchgängig aus den neuen Bundesländern kommen, das Mezzogiorno-Gespenst umgeht.

Fassen wir unsere Erkenntnisse über die vier nach der Privatisierung entstandenen ostdeutschen Betriebstypen zusammen, so stellen wir fest, daß ein Typ, das postmoderne Unternehmen den Anforderungen an die High-Tech-Provinz Ostdeutschland entspricht, während ein anderer Typ, die sogenannten ostdeutschen Mittelstandsbetriebe typische Mezzogiorno-Merkmale aufweisen. Die beiden anderen Typen – die modernen fordistischen Unternehmen und die für den regionalen Bedarf arbeitenden Betriebe – sind aus verschiedenen Gründen strukturell nicht befähigt, den Anschluß der neuen Länder an das westdeutsche industrielle und Lebensniveau herzustellen.

Versuchen wir eine Zwischenbilanz der ostdeutschen Entwicklung zu ziehen, um herauszubekommen, in welche Richtung die Entwicklung geht – Richtung High-Tech-Provinz oder Mezzogiorno –, so müssen wir feststellen, daß sich eine technologisch und wirtschaftlich, regional und sozial völlig unausgewogene Mischung aus beiden Tendenzen herauszubilden scheint.

Da die Vision vom High-Tech-Ostdeutschland wie auch die Horrorvision von den neuen Bundesländern als Deutschlands Mezzogiorno mit Blick auf Westdeutschland beschrieben wird, bleibt noch festzustellen, inwieweit sich die Betriebsstruktur Ostdeutschlands, wie sie sich im Ergebnis der Einführung der Marktwirtschaft und der Privatisierung herausgebildet hat, von der heutigen Unternehmensstruktur Westdeutschlands unterscheidet.

Die Betriebsstrukturen der alten und neuen Bundesländer im Vergleich

Natürlich gibt es die von uns beschriebenen Betriebstypen nicht nur in Ostdeutschland, sondern auch in der alten Bundesrepublik und vermutlich auch in jedem anderen marktwirtschaftlich organisierten Land. Natürlich gibt es auch in Westdeutschland verlängerte Werkbänke multinationaler Konzerne. Natürlich gibt es auch Kleinbetriebe, die sich im tagtäglichen Überlebenskampf befinden. Die Unterschiede liegen vor allem in den Proportionen zwischen den Typen. Und dabei handelt es sich nicht nur um quantitative, sondern durchaus auch qualitative Unterschiede.

Was in Ostdeutschland bis heute, acht Jahre nach dem Ende der Planwirtschaft, fehlt, das sind Unternehmen, auf deren große Zahl man in den alten Bundesländern besonders stolz ist: Industriebetriebe von mittlerer Größe, marktnah, flexibel in der Erzeugnisstruktur, auf die Förderung von Erfindung und Entwicklung bedacht und innovationsfreudig. Bei den ostdeutschen sogenannten Mittelstandsbetrieben handelt es sich aber tatsächlich fast ausschließlich um Kleinbetriebe. Wie in vielfachen Innovationsstudien aber bereits nachgewiesen und in einem gerade veröffentlichten

Bericht der Berliner Industrie- und Handelskammer noch einmal bestätigt wurde, »scheitert in diesen Unternehmen die notwendige Erneuerung häufig an zu hohen Kosten und Personalengpässen«.(ND. 11.2.1997). Dieses Innovationsdefizit, das bestätigt die Berliner Studie auch noch einmal, kann nicht allein durch die Großbetriebe ausgeglichen werden, die in ihrer Mehrzahl »ständig Produkterneuerung betrieben«.

Die Vision von einem High-Tech-Ostdeutschland muß also schon aus diesem strukturellen Grund als kaum realisierbar erscheinen.

Es gibt aber noch einen zweiten Grund: Die Großbetriebe im Osten sind fast durchgängig verlängerte Werkbänke. Nach Aussagen von Lothar Späth, früher baden-württembergischer Ministerpräsident und jetzt Leiter von Jenoptik, des größten High-Tech-Unternehmens in den neuen Bundesländern, gibt es in Ostdeutschland nur ein einziges Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten, in dem alle Funktionen eines Unternehmens an Ort und Stelle zu finden sind: die Jenoptik GmbH selbst.

Zu denjenigen Funktionen, die zuerst in den Stammbetrieb des Unternehmens außerhalb Ostdeutschlands konzentriert wurden, gehörten aber die Forschungs- und Entwicklungsabteilungen. Forschungsingenieure wurden im Privatisierungsprozeß fast noch schneller entlassen als Arbeiter. Das kaufmännische Personal der VEB galt sowieso als strukturell unfähig, unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten einen Betrieb zu leiten. Wenn die ehemaligen Leiter auch noch in einer Übergangsphase als Stellvertreter ihrer westdeutschen Chefs die Umstellung des Betriebes – und die Massenentlassungen – bewerkstelligen durften, so reduziert sich ihre Zahl mehr und mehr. Die gewiß mühevollen Lektüre des Handelsregisters der regionalen Tageszeitungen in den neuen Bundesländern gibt Auskunft darüber, daß die in den ersten Jahren der Privatisierung an ostdeutsche Manager verliehene Prokura nach und nach wieder aufgekündigt wird. Durch die Umwandlung fast aller größeren Unternehmen in verlängerte Werkbänke sind auch in diesem Falle in Ostdeutschland Strukturen entstanden, die eine eigenständige bzw. auf breiter Basis stehende Entwicklung von neuen Technologien sehr erschweren. High-Tech-Inseln, die ihre Innovationsimpulse von außen erhalten, sind strukturell nicht in der Lage, den Übergang zu einer High-Tech-Region, von der Krumrey und andere geträumt haben, zustande zu bringen.

Wenn die Chancen für ein High-Tech-Ostdeutschland schlecht stehen, müssen dann zwangsläufig die neuen Länder zum Mezzogiorno Deutschlands werden? Ein Muß besteht nicht. Es gibt in dieser Hinsicht keine absolute Zwangsläufigkeit. Aber wie an den modernen fordistischen Unternehmen und besonders an den sogenannten ostdeutschen Mittelstandsunternehmen zu erkennen, ist in dem heutigen unausgewogenen Gemisch von Betriebstypen die Mezzogiornoversion strukturell angelegt, das Mezzogiornogespenst in den neuen Bundesländern auch acht Jahre nach dem Übergang zur Marktwirtschaft keineswegs gebannt.

Wir dürfen nicht davon ausgehen, daß der Aufbau Ost eines Tages mit Sicherheit gelingen wird. Denn wenn wir jetzt nicht das Richtige mit der notwendigen Energie tun, kann es passieren, daß sich dieses entindustrialisierte Gebiet nicht erholt. Klaus von Dohnanyi (Interview), in: ND vom 19.12.1996.

DANYEL REICHE, CARSTEN KREBS

Ökologische Steuerreform – Ein Schritt zu einer nachhaltigen Entwicklung

Nachhaltigkeit ist als Ziel kein kurzfristig zu erreichender Zustand, davor steht ein Prozeß. Prozeßhaftes Denken kommt in der Debatte jedoch vielfach zu kurz. Doch es muß zu einer Verständigung über erste kleine Schritte kommen, die Voraussetzung für letztlich radikale Brüche sind. Ein solcher Schritt auf dem schwierigen Weg vom Leitbild zur Umsetzung wäre eine Ökologische Steuerreform, die große Teile der politischen Linken in der Bundesrepublik inzwischen als Herzstück einer alternativen Strategie entdeckt haben.

Hintergründiges zur Debatte um eine Ökologische Steuerreform

Was steckt hinter der Idee? So wie der Markt per se keine soziale Gerechtigkeit hervorgebracht hat, ist er auch ökologisch blind. Die Politik muß aktiv eingreifen und einen Handlungsrahmen abstecken, um der Marktwirtschaft auch das Attribut ökologisch anhängen zu können. Der Grundgedanke einer Ökologischen Steuerreform ist denkbar einfach: Er stammt bereits aus den zwanziger Jahren und basiert auf der Überlegung, die Umweltnutzung über den Preis zu beeinflussen¹.

Zwei Kernelemente lassen sich herausstellen: Einerseits die Verteuerung des Umweltverbrauchs, die externen (Umwelt)Kosten werden in den Preisen internalisiert – durch eine langfristig angekündigte und schrittweise eingeführte Veränderung der Kosten soll nachhaltiges Wirtschaften, insbesondere ein bewußterer Konsum und damit geringerer Verbrauch von Umweltgütern angeregt werden.

Andererseits soll das Aufkommen aus Umweltabgaben zur Verminderung der Steuer- und Abgabenlast genutzt werden. Insbesondere Einkommens- und Unternehmenssteuern sowie Sozialversicherungsbeiträge sollen gesenkt oder – in einigen wenigen Konzepten – Mittel für ökologische Investitionen sowie soziale Transferleistungen bereitgehalten werden.

Voraussetzungen für den Diskurs einer Ökologischen Steuerreform

Historisch und theoretisch betrachtet, beruht die Ökologische Steuerreform auf der wohlfahrtsökonomischen Theorie externer Effekte. Arthur Cecil Pigou war der erste (1920), der das Finanzsystem in eine verursachergerechte Anlastung externer Effekte umstrukturieren wollte (Internalisierung). Unter externen Effekten sind Auswirkungen auf Dritte zu verstehen, die nicht in direkter oder indirekter Beziehung zum Agierenden stehen, und die daher nicht über Märkte abgegolten werden.

Danyel Reiche

Die Autoren sind Sozialwissenschaftler und Doktoranden am Institut für Politische Wissenschaft in Hannover und haben das Buch »Der mühsame Weg zu einer Ökologischen Steuerreform« (Frankfurt/Main 1996) verfaßt.

1 Vgl. Pigou, Arthur Cecil: The Economics of Welfare, London 1920.

Erstens soll die nach Pigou benannte Steuer auf das umweltzerstörerische Gut in Höhe der externen Effekte erhoben werden. Da sich diese Effekte aber schwer ermitteln lassen, haben andere Umweltökonomien die Pigousche Idee in den noch heute gebräuchlichen Standard-Preis-Ansatz verfeinert. Danach legt der Staat den gewünschten Umweltstandard und dann den entsprechenden Steuersatz fest. Wissenschaftler fordern deshalb griffig: ›Die Preise müssen die ökologische Wahrheit sagen‹. Allen Konzepten zu einer Ökologischen Steuerreform liegt dieses theoretische Fundament zugrunde.

Zweitens: Trotz der theoretischen Erkenntnisse hat die bundesdeutsche Umweltpolitik einen anderen Weg eingeschlagen – und hat sich so in eine Sackgasse manövriert. Seit Anfang der siebziger Jahre, als Umweltpolitik nach und nach zu einem eigenständigen Politikfeld wurde, bis in die heutige Zeit operieren die Regierungen mit rechtlichen Verfahren, dem Umweltrecht. Durch Auflagen in Form von Ge- und Verboten wollten die politischen Akteure die Umweltsituation verbessern. Es entstand in der Folge ein schwer durchschaubares Geflecht von Umweltvorschriften². Dies führte zwar zu beachtlichen Erfolgen im additiven Umweltschutz und einer Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch, doch die Umweltsituation hat sich nicht grundsätzlich verbessert. Die andere negative Konsequenz ist ein flächendeckendes Vollzugsdefizit. Starre Vorschriften schränken zudem die Handlungsfreiheit der Unternehmen ein, flexibel auf Chancen und neue Erfordernisse des Marktes zu reagieren, und verursachen oft unnötig hohe Kosten im Umweltschutz. Auch bieten Auflagen nach Erreichen der vorgeschriebenen Umweltschutzziele keinen Anreiz mehr, neue Anstrengungen zu unternehmen – alte Techniken werden konserviert.

Doch nicht nur historische Grundlagen und praktische Probleme führten *drittens* zu einem Wandel der bundesdeutschen Umweltpolitik, auch erste fiskalische Instrumente (Abgaberegelungen) zeigen, daß – trotz partieller Erfolge – eine durchgreifende Transformation hin zu einem nachhaltigeren Umgang mit Ressourcen ausgeblieben ist. Abhängig von politischen Mehrheitsverhältnissen hat sich in einzelnen Bundesländern ein Netz unterschiedlich ausgestalteter Umweltabgaben etabliert. Mit Abfall- und Sondermüll-, Grundwasser- und Naturschutzabgaben haben dabei nachweislich ökologische Lenkungseffekte eingesetzt. Trotzdem kann dies nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich der Einsatz von Umweltabgaben im bundesdeutschen Kontext nur fragmentarisch vollzieht und keiner bewußt eingesetzten Strategie folgt. Somit ist auch dies ein Faktor, nach einer abgestimmten Konzeption – wie bei einer Ökologischen Steuerreform – zu suchen.

Viertens erlebte der Diskurs zur Ökologischen Steuerreform den entscheidenden Durchbruch schließlich aber erst durch konkrete Vorschläge zu einer Ökologisierung des Steuersystems. Das Umwelt- und Prognose-Institut Heidelberg (UPI) legte 1988 eine erste Studie vor. Aufgrund fehlender ökonomisch-haltbarer Bezüge verschwand sie aber – bedingt auch durch die deutsche Vereinigung – wieder in den Schubladen. Sechs Jahre später berechnete das aner-

Carsten Krebs

2 Derzeit sind in der Bundesrepublik 800 Umweltgesetze, 2770 Umweltverordnungen und rund 4690 Verwaltungsvorschriften in Kraft – vgl. Kommunale Umwelt-Aktion; Rathaus und Umwelt – Informationsdienst für Kommunen; Heft 5/95, S. 70.

3 Vgl. Umwelt- und Prognose Institut Heidelberg: Ökosteuern als marktwirtschaftliches Instrument – Vorschläge für eine ökologische Steuerreform, UPI-Bericht Nr. 9, April 1988; Ökosteuer-Vorschlag des UPI Instituts: Reaktionen; Argumente, Diskussionen, UPI-Bericht Nr. 13, Februar 1989; Greenpeace-Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung: Ökosteuer – Sackgasse oder Königsweg? Berlin 1994; Görres, Anselm, Ehringhaus, Henner, von Weizsäcker, Ernst Ulrich: Der Weg zur ökologischen Steuerreform, München 1994.

4 Binswanger, Hans-Christoph: Arbeit ohne Umweltzerstörung, Frankfurt 1983, S. 271ff.

5 Das UPI-Konzept sieht zwölf neue Steuern auf 35 Produkte – unter anderem von der Plastiktüte bis zu Tropenholz und Waschpulver – vor.

6 UPI geht von einer Geltungsdauer von bis zu acht Jahren aus, FÖS peilt sechs und das DIW 16 Jahre an.

7 Die Regierung setzt sich aus Sozialdemokraten, Zentrumsdemokraten, Sozialliberalen und der Christdemokratischen Volkspartei zusammen.

8 Der Anteil der Einkommensteuer sinkt nach Berechnung des dänischen Finanzministeriums von 33 Prozent (1993) auf 15 Prozent (1998), Umweltabgaben steigen von zehn auf 15 Prozent.

kannte Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung aus Berlin (DIW) und der von Ernst Ulrich von Weizsäcker aus der Taufe gehobene Förderverein Ökologische Steuerreform (FÖS) erstmals die makroökonomischen Auswirkungen einer Ökologischen Steuerreform³. Die Grundlage dafür lieferte der Schweizer Umweltökonom Hans-Christoph Binswanger, der erstmals 1983 seinen Vorschlag zu einer Ökologischen Steuerreform publizierte⁴.

Dem UPI-Konzept merkt man an, daß es schon einige Jahre alt ist. Es will einen umfassenden Katalog verschiedener Steuern erheben⁵. Damit soll drastisch vor Augen geführt werden, wie dringend notwendig ein umfassender Wandel in Politik, Konsum und Produktion ist. Das DIW – das sein Konzept im Auftrag von Greenpeace erstellt hat – und FÖS streben hingegen allein die Besteuerung von Energie an. Der Energieverbrauch sei die entscheidende Schnittstelle, die die ökologischen Problemfelder miteinander verbindet, heißt es dort.

UPI und FÖS haben ihre Ökologische Steuerreform erst einmal für einen kürzeren Zeitraum, das DIW langfristig konzipiert⁶. Zu den Steigerungsraten seines Steuerkataloges macht UPI keine Angaben. Die DIW-Studie sieht hingegen eine jährliche Erhöhung der Energiesteuer von sieben, FÖS von nur fünf Prozent vor. Alle Vorschläge fordern die Einführung einer aufkommensneutralen Steuerreform im nationalen Alleingang. Bei allen Unterschieden im Detail waren damit die wissenschaftlichen Grundlagen gelegt, die dem Thema auch auf politisch-administrativer Ebene den nötigen inhaltlichen und konzeptionellen Rückhalt gaben.

Diese vier Faktoren befruchteten die Debatte zur Ökologischen Steuerreform nicht nur in Deutschland, sondern auch europaweit. Die Ökologische Steuerreform wurde zu einem Begriff, der das Bedürfnis nach einem umweltverträglichen Umbau der Industriegesellschaft auf sich vereint.

Fallbeispiel Dänemark

Besonders skandinavische Länder wurden zu Vorreitern einer fortschrittlichen Umweltpolitik. Dänemark hat sich dabei besonders hervor getan und eine Neuorientierung der Umweltpolitik nicht nur formuliert, sondern auch in Regierungshandeln umgesetzt. Das dänische Parlament beschloß Mitte 1993 – geführt durch eine neue Mitte-Links-Regierung⁷ – nach nur fünfmonatiger Amtszeit eine Ökologische Steuerreform. Sie trat zum Jahresbeginn 1994 in Kraft. Kernpunkt sind neue Abgaben (CO₂-Abgabe) auf begrenzte Ressourcen wie Benzin, Elektrizität, Kohle, Wasser. Überdies wurden Abfall und Plastiktüten verteuert. Von 1994 bis 2000 sollen die Abgaben jährlich gesteigert werden. Die Ernsthaftigkeit der Ökologischen Steuerreform läßt sich an der gezielten mittelfristigen Strukturänderung des Steueraufkommens ablesen: Der Anteil der Einkommensteuer sinkt und die Einnahmen aus »grünen Abgaben« steigen⁸.

Die Industrie wurde in der ersten Stufe weitgehend von den Abgabenbelastungen ausgenommen. Lediglich Privathaushalte, die öffentliche Hand und nicht mehrwertsteuerpflichtige Betriebe hatten die volle Abgabe zu zahlen. Inzwischen, seit dem 1. Januar 1996, hat die Regierung aber eine Wende vollzogen – und damit

die zweite Phase der Ökologischen Steuerreform eingeleitet. Nachdem Industrie und Gewerbe anfangs bei Energiesparmaßnahmen nahezu vollständig entlastet wurden, sind auch sie mittlerweile von der neuen Abgabe betroffen.⁹ Zwar gibt es noch immer durch zeitliche Staffelungen, Differenzierungen nach Branchen und verhandelbare freiwillige Vereinbarungen die Möglichkeit, die Kosten für Industrie und Gewerbe zu minimieren. Doch breite Ausnahmeregelungen wurden radikal verringert. Den Grund dafür stellten jüngste Berechnungen dar, die anzeigten, daß die angepeilte CO₂-Reduktion mit den bisherigen Maßnahmen nicht im erforderlichen Maß zu erreichen sein würde. Deshalb wurden nun auch energieintensive Unternehmen mit einbezogen¹⁰.

Der Hauptteil des Steueraufkommens wird befristet zur Investitionsförderung für Effizienzmaßnahmen im Industriebereich (Aufbau der industriellen Kraft-Wärme-Kopplung) eingesetzt. Vom Jahr 2000 an wird das Aufkommen dann vollständig zur Senkung der Lohnnebenkosten eingesetzt. Dabei wird auch deutlich, wo die politischen Differenzen zur Bundesrepublik bzw. Stärken der dänischen Steuerreform liegen. Ausgangspunkt war eine Klimaschutzpolitik, die die Reduktion von CO₂-Emissionen als politisch prioritäre Aufgabe ansah. Nachdem ein 1990 verabschiedeter »Energieplan 2000« drei Jahre später nicht die angestrebten Ergebnisse zeitigte, bestand weitgehender politischer Konsens, mit neuen Maßnahmen das selbstgesteckte Klimaziel zu erreichen – die Geburtsstunde der Ökologischen Steuerreform.

Wichtig erscheint an der dänischen Variante einer Ökologischen Steuerreform somit zweierlei: einerseits das politische Einführungsverfahren mit Einbeziehung der Wirtschaft. Im September 1993 wurde ein interministerieller Ausschuß eingesetzt, dessen Aufgabe es war, den erhöhten Einsatz neuer Umweltabgaben für die Wirtschaft und Modelle für die Rückführung des Aufkommens zu prüfen. Neun Ministerien wurden in diesem Querschnittsausschuß zusammengeführt¹¹. Nach knapp zweijähriger Diskussion mit zum Teil heftigen Widerständen der Wirtschaftsverbände wurde dann das verschärfte Steuerpaket 1995 geschnürt. Und andererseits ist der politische Wille der Regierung, durch eine Ökologische Steuerreform das Klimaschutzziel zu erreichen, beispielhaft. Klimaschutzpolitik wurde zur nationalen Aufgabe erhoben, dem sich andere Politikfelder unterzuordnen und gesellschaftliche Institutionen anzupassen hatten. Damit hat sich Dänemark – in Verfahren wie Programmatik – zum Vorreiter für eine »neue Ernsthaftigkeit« im ökologischen Diskurs gemacht.

Zwar lassen sich heute noch nicht alle wirtschaftlichen Auswirkungen beurteilen. Aber die ersten Ergebnisse sprechen für sich: Die Ökologische Steuerreform hat zu den höchsten Wachstumsraten unter den OECD-Ländern seit 1994 beigetragen und die Arbeitslosigkeit von mehr als zwölf Prozent auf acht sinken lassen. Zudem weist die Außenhandelsbilanz einen Überschuß aus.

Kritik »von links«

Die Kritiker einer Ökologischen Steuerreform in der Bundesrepublik sitzen vor allem in den Reihen derjenigen, die den Markt zum

9 Mez, Lutz: Ökologische Steuerreform in Dänemark, in: IÖW/VÖW – Informationsdienst; Nr. 2; 1994.

10 Vgl. dpa-Meldung: Dänemark verschärft Ökologische Steuerreform vom 5. April 1995.

11 Im Ausschuß waren folgende Ministerien vertreten: Finanzen, Wirtschaft, Energie, Äußeres, Landwirtschaft, Fischerei, Steuern, Verkehr und Industrie.

Dogma erheben. In der Umweltpolitik wollen Bundesregierung und die großen Dachverbände der Industrie ihre ehernen Grundsätze jedoch nicht gelten lassen. Konkretes Handeln wird dort nur auf freiwilliger, kooperativer, zumeist unverbindlicher Ebene akzeptiert. Alles andere, heißt es in der Logik der Standortdebatte, könne nur europa-, besser aber noch OECD-weit geregelt werden, um nicht die nationale Wettbewerbsfähigkeit aufs Spiel zu setzen.

Kritik am neuen Lieblingskind alternativer Wirtschaftspolitik kommt aber auch von links. Ein Einwand dabei ist die These, eine Ökologische Steuerreform in den Industrieländern gehe zu Lasten der erdölexportierenden Länder. Dem ist entgegenzuhalten, daß der Süden nur dann eine Chance auf eine eigenständige Entwicklung hat, wenn er seine Abhängigkeit vom Raubbau an den Naturschätzen und deren Export abbauen kann. Die Funktion als Rohstofflieferant besteht seit Ende des klassischen Kolonialismus unvermindert fort und unterbindet den Aufbau einer unabhängigen Volkswirtschaft. Geringere Erlöse aus dem Ölgeschäft müßten keineswegs ganze Völker ausbügeln. In Nigeria etwa, Afrikas bevölkerungsreichstem Land, profitiert wie anderswo nur eine kleine Elite von den großen Summen, die zwischen den Kontinenten bewegt werden. Und der Profit wird auch dazu verwandt, kritische Bevölkerungsgruppen, wie die Ogoni, brutal zu unterdrücken.

Vor einem ähnlichen Hintergrund wird behauptet, daß eine Senkung des Energieverbrauchs in den Verbraucherländern zu einer Senkung des Rohölpreises in den Erzeugerländern führen kann. Letzere könnten das Rohölangebot so lange erhöhen, bis der durch eine Energiesteuer gestiegene Gesamtpreis wieder auf ein Niveau sinkt, welches ausreichende Ölexporte garantiert. Dies klingt schlüssig, blendet aber die Tatsache aus, daß der Weltmarktpreis bereits ein sehr niedriges Niveau erreicht hat und nicht weiter beliebig gesenkt werden kann. Der befürchtete Preissenkungsmechanismus stößt vor allem dann auf Grenzen, wenn, wie bei einer Ökologischen Steuerreform vorgesehen, die Energiepreise in den Verbraucherländern nicht nur einmalig, sondern kontinuierlich ansteigen.

Ein dritter zentraler Kritikpunkt »von links« ist die Befürchtung, eine Ökologische Steuerreform könnte soziale Disparitäten weiter vertiefen. Die Mehrzahl der Konzepte sieht aber eine Erhöhung sozialer Transferleistungen oder Ausgleichszahlungen vor, etwa einen neu zu zahlenden Öko-Bonus (Greenpeace-/DIW-Konzept). Dennoch kommt das Mißtrauen von Sozialpolitikern nicht von ungefähr. Aus der Feder von Bundeswirtschaftsminister Rexrodt stammt etwa das Konzept für eine CO₂-/Energiesteuer¹², nach dem allein die Verbraucher von der neuen Abgabe betroffen sind. Wirtschaft und Verkehr als Umweltsünder Nummer 1 blieben verschont. Das Steueraufkommen soll zu einer Senkung der Lohnnebenkosten verwandt werden. In der Rexrodt-Variante verkommt eine Ökologische Steuerreform damit zu einem Instrument der Standortsicherung. Das Kapital wird entlastet, die Umverteilung von unten nach oben fortgesetzt, dieses Mal auf dem Öko-Ticket. Gleiches würde die immer mal wieder diskutierte Einführung eines dritten Mehrwertsteuersatzes auf Energie bedeuten, der allein die Verbraucher treffen würde.¹³

12 Rexrodt, Günter:
Konzept für eine CO₂-/
Energiesteuer und eine
ökologische Weiterentwick-
lung des Steuersystems,
Bonn vom 15. August 1995.

13 Vgl. Der Spiegel:
Bonner Schmu, 2/ 1997.

Ein weiterer Einwand lautet, bei einer Ökologischen Steuerreform werde es nicht hier und jetzt, sondern erst langfristig über die Nachfrage zu Energieeinsparungen kommen. Diese Argumentation verkennt, daß erfahrungsgemäß allein bereits die Ankündigung neuer Abgaben zu Anpassungsreaktionen führt. Ein solcher Effekt dürfte sich durch die Tatsache, daß eine Abgabe nicht nur einmalig, sondern langfristig und schrittweise eingeführt wird, weiter verschärfen.

Das Konzept für eine Ökologische Steuerreform

Vier Elemente erscheinen uns für einen Einstieg in eine Ökologische Steuerreform wesentlich:

Erstens sollte es sich bei der neuen Steuer um eine allgemeine Energieabgabe handeln. Eine kombinierte CO₂-/Energieabgabe, wie von der Mehrzahl der Befürworter neuer Umweltabgaben präferiert, lehnen wir ab. Jede Form einer CO₂-Besteuerung bevorzugt die CO₂-freie Atomenergie. Wegen der Gefahr eines Reaktorunglücks, der Umweltgefahren durch Radioaktivität, der ungelösten Entsorgungsfrage sowie eines möglichen militärischen Mißbrauchs ist diese Art der Energiegewinnung jedoch nicht verantwortbar. Bündnis 90/Die Grünen versuchen in ihrem Steuermodell einer CO₂-/Energieabgabe, eine mögliche Bevorzugung der Kernenergie durch einen »Gefährdungszuschlag« zu kompensieren. Ein sympathisches, verfassungsrechtlich aber fragwürdiges Unterfangen. Eine kombinierte CO₂-/Energieabgabe ist auch deshalb abzulehnen, weil sie sich einseitig auf Kohlendioxid fokussiert und andere klimaschädigende Treibhausgase wie Methan und Distickstoffoxid (Lachgas) ausklammert.

Zweitens muß von der Höhe der neuen Abgabe eine klare ökologische Lenkungswirkung ausgehen. Auf den Streit um konkrete Geldbeträge soll an dieser Stelle verzichtet werden. Wichtiger erscheint uns der Einstieg ins Prinzip, eine langfristige Festlegung über mindestens zwei parlamentarische Legislaturperioden sowie der Verzicht auf großzügige Ausnahmeregelungen, die das Ziel eines ökologischen Strukturwandels konterkarieren könnten.

Drittens kann die neue Abgabe aus umweltpolitischen Gründen nur ein Teil einer allgemeinen Energiebesteuerung sein. 70 Prozent des CO₂-Ausstoßes kommen nach dem Enquete-Bericht zum »Schutz der Erdatmosphäre« aus den Bereichen Verkehr, Haushalte, Dienstleistungen, die nur über eine Anhebung der Mineralölsteuer erfaßt werden können. Da für den motorisierten Verkehr als größten Umweltverschmutzer ein weiteres Wachstum prognostiziert wird, sollten auch ordnungsrechtliche Flankierungen wie ein Tempolimit und Vorschriften für einen Treibstoff-Höchstverbrauch das Umsteigen auf kleinere Fahrzeuge sowie vor allem auf Bahn und Öffentlichen Nahverkehr vorantreiben.

Viertens darf es bei der Verwendung des Steueraufkommens nicht nur darum gehen, die Lohnnebenkosten zu senken. Um die Wirkungen des freien Marktes zu begrenzen, muß unteren Einkommensgruppen ein Ausgleich für die höheren Umweltabgaben gezahlt werden.

Wir halten es zudem für unabdingbar, daß ein Teil der Einnah-

men für ökologische Investitionen verwendet wird. Die Hoffnung, den »Öko-Umbau« über den notwendigen Abbau umweltschädlicher Subventionen finanzieren zu können, wird sich als Trugschluß erweisen. Freiwerdende Mittel werden auf absehbare Zeit keineswegs in andere Bereiche investiert, sondern dafür eingesetzt, die Neuverschuldung des Staates abzusenken und die Krise der öffentlichen Haushalte zu entschärfen.

Für Alternativen sind allein im Verkehrsbereich unzählige Milliarden für einen verbesserten Öffentlichen Nahverkehr sowie eine »Eisenbahnrevolution« nötig, die ländliche Regionen erschließt und bestehende Verbindungen ausbaut. Im Energiebereich geht es darum, regenerativen Energien, besonders der Sonnenstrahlung als Zukunftsenergiequelle, zum Durchbruch zu verhelfen. Noch kostet eine Kilowattstunde Solarenergie etwa das Zehnfache des üblichen Strompreises. Allein eine Ökologische Steuerreform, die nicht-regenerative Energie schrittweise und langfristig verteuert, garantiert jedoch keine Wende. Um die Markteinführung der Technik zu beschleunigen, sind staatliche Anschubfinanzierungen unverzichtbar. Werden photovoltaische Zellen in Massen produziert, sinkt ihr Preis, und die Förderung kann auslaufen.

Die Förderung regenerativer Energien ist auch deshalb so wichtig, weil es bei einer Ökologischen Steuerreform eben nicht nur darum gehen kann, die vielbeschworene »Effizienzrevolution« auf den Weg zu bringen. Eine Lösung unserer Umweltprobleme ist nämlich erst dann erreicht, wenn wir von unserer derzeitigen Energie- und Rohstoffbasis wegkommen.

Faktoren des Niedergangs und Ansätze einer neuen Strategiedebatte

Die Ökologische Steuerreform ist derzeit tot, und zwar mausetot – zumindest bis zu den nächsten Bundestagswahlen im Herbst 1998. Was vor genau zwei Jahren noch die politischen Gemüter erhitzte, hat sich auf absehbare Zeit ins Nichts verflüchtigt. Auch wenn die Bundesregierung im Zuge der »großen Steuerreform« die Idee einer Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes auf den Verbrauch von Energie aus der Tasche zog, hat dies der Grundidee, die Rohstoffpreise schrittweise und langfristig zu erhöhen, mehr geschadet denn genutzt. Da weniger die Produzenten, sondern die Konsumenten von der höheren Mehrwertsteuer betroffen sind, gibt es unter dem Strich keine ökologischen Effekte. Das Modell kompensiert die Steuergeschenke an Industrie und Wirtschaft – und dies auf dem Öko-Ticket. Nein, es gilt in die Tiefe zu gehen! Warum ist die wirkliche Öko-Steuerdebatte von der politischen Agenda verschwunden? Und wie kann der Ökosteuer-Diskurs wieder ins öffentliche Bewußtsein gelangen?

Erstens: Um die Jahreswende 1994/1995 schien der Einstieg in eine Ökologische Steuerreform greifbar nahe. Nachdem das Bundesverfassungsgericht den Kohlepfennig für obsolet erklärt hatte, manifestierte sich bei Kommentatoren und Parteienvertretern die Überzeugung »Strom darf nicht billiger werden«. Als Verfechter einer neuen Energiesteuer galten damals auch der Vorsitzende der Unionsfraktion, Schäuble, und sein Stellvertreter Repnik. Doch

dann kam alles anders. Die FDP taumelte von einer Niederlage zur nächsten und flog aus insgesamt 13 Landtagen heraus. Ein neues Image mußte her. Da kleideten die »Erneuerer« um den heutigen Generalsekretär Westerwelle die FDP endgültig in ein neo-liberales Gewand. Sie wollten es dabei nicht bei Deregulierungen belassen, sondern vor allem die »Abgabenlast« zurückführen. In dieses neue Bild der »Steuersenkungspartei« paßte nicht das Konzept einer Ökologischen Steuerreform, weil sie den Ruch einer zusätzlichen Belastung habe, unabhängig von ihrer tatsächlichen Ausgestaltung und Auswirkung. Da störte es kaum, daß die Liberalen noch Mitte 1995 selbst Konzepte für eine Ökologische Steuerreform präsentierten, namentlich der Bundeswirtschaftsminister und wenig später auch die FDP-Bundestagsfraktion.

Unter dem Druck des drohenden politischen Aus ihres Koalitionspartners knickte die Unionsspitze ein und legte die erwogene Energieabgabe zu den Akten. Aufgeschoben sei nicht aufgehoben, hieß es. Doch daß in den Wochen nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts eine vielleicht historische Chance auf einen vorsichtigen Einstieg in eine Ökologische Steuerreform vertan wurde, weiß man erst heute, da das Thema von der politischen Agenda weitgehend verschwunden ist.

Zeitgleich trug auch die Selbstverpflichtungserklärung einiger Industrieverbände dazu bei, die Einführung einer Energiesteuer zu stoppen. Kurz vor dem Klimagipfel im April 1995 unterbreiteten sie das Angebot, »auf freiwilliger Basis (...) ihre spezifischen CO₂-Emissionen bzw. den spezifischen Energieverbrauch bis zum Jahr 2005 (Basis 1987) um bis zu 20 Prozent zu verringern«¹⁴. Im Gegenzug verlangte die Industrie von der Bundesregierung den Verzicht auf Energiesteuern sowie auf die Wärmenutzungsverordnung. Und obwohl im Koalitionsvertrag der christlich-liberalen Regierung 1994 festgeschrieben wurde, die Partner wollten sich auf europäischer Ebene für die Einführung einer Energiesteuer einsetzen¹⁵, nahmen sie das Junktim der Industrie an und die Steuerlösung verschwand in den ministeriellen Schubladen.

Ein weiterer Grund für den Niedergang der Debatte – neben dem politisch-administrativen Erklärungsmuster – ist das von der wirtschaftlichen Negativentwicklung geprägte gesellschaftliche Klima. Die Massenarbeitslosigkeit auf Rekordniveau, fehlende Wachstumsschübe, die Forderung nach Senkung der Lohnnebenkosten und Abgabenlast der Arbeitgeber und -nehmer haben jeden Ansatz für politische Alternativkonzepte verdrängt. Für den letzten Dolchstoß sorgte der niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Schröder (SPD). Eine Ökologische Steuerreform passe nicht in unsere Zeit, formulierte der wirtschaftspolitische Sprecher forsch und läutete damit das Totenglöckchen. Der mühsam konstruierte Kompromiß innerhalb der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion wurde damit der Lächerlichkeit preisgegeben, ebenso wie damit die verbale Unterstützerfront aus SPD und Bündnis'90/Die Grünen zerbrach.

Und auch die Wissenschaft trug ihr Scherflein zum Absturz der Ökologischen Steuerreform bei. Ein Gutachten des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI), als Gegen-

14 Vgl. Erklärung der deutschen Wirtschaft zur Klimavorsorge vom 10. März 1995, Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Köln.

15 Vgl. Das Parlament: Das vereinte Deutschland zukunftsfähig machen, Nr. 47/1994.

gutachten der von Greenpeace in Auftrag gegebenen Studie des DIW gedacht, ordnete die positive Stimmung (300.000 bis 800.000 neue Arbeitsplätze laut DIW) wieder in die klassische neo-liberale Wirtschaftsdeologie ein: »Ökologische Steuern vernichten Arbeitsplätze, und zwar im großen Stil« war die griffige Botschaft. Einmal mehr verfestigte sich die Ansicht, eine Ökologische Steuerreform bleibt eine »Schönwetter-Aufgabe«, die einer wirtschaftlichen Krisensituation und dem medialen Standort-Dauerbeschuß nicht standhält.

Als letzter Faktor, der die bereits verschwundene Öko-Steuerdebatte zusätzlich ruiniert, sind die jüngsten Vorschläge der Bundesregierung zur »großen Steuerreform« zu nennen. Da die gewünschte Debatte über Netto-Steuerentlastungen durch die geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer, Besteuerung von Sonn-, Nacht- und Feiertagszuschlägen und deren ungleich verteilten sozialen Auswirkungen überdeckt wird, scheint aus dem »großen Wurf« (Kohl) eher eine Steueratrappe geworden zu sein. Für den Diskurs um eine Ökologische Steuerreform ergibt sich daraus das Problem, daß der Begriff »Steuerreform« besetzt ist – und das negativ. Der politische Flurschaden ist deshalb so enorm, da die Idee einer wie auch immer gearteten Reform des Steuersystems sich bereits als Begriff disqualifiziert und das positive Image einer Ökologischen Steuerreform gleichsam negativ (mit)gewendet wurde.

Dabei könnte das Konzept einer Ökologischen Steuerreform eine wertvolle Innovation sein. Die neoliberal-konservative Antwort auf die vielbeklagte »Globalisierung« jedenfalls ist wenig überzeugend. Über weitere Deregulierungen und Steuersenkungen den Wettbewerb mit Schwellen- und Entwicklungsländern aufzunehmen, ist ein aussichtsloses Unterfangen. Höhere Energiepreise hingegen könnten einen Beitrag zur Regionalisierung von Produkten leisten. Solche Absurditäten wie etwa im Falle der Firma Fielmann, die ihre Brillengläser in Weißrußland schleifen läßt, sind nur aufgrund lächerlich geringer Transportkosten möglich.

Zweitens: Was ist nun zu tun? Noch einmal von vorne anzufangen, setzt das Eingeständnis voraus, die erste Runde verloren zu haben. Nach der Einschätzung, daß bis Ende 1998 die Diskussion über altbekannte Fachzirkel nicht hinauskommt, sollte 1997 zum »Jahr der Information« auserkoren werden. Untersuchungen zeigen, daß besonders bei geringverdienenden und in der Produktion tätigen Arbeitnehmern das Thema auf breite Ablehnung stößt. Grund ist das »Negativ-Image des Draufzahlens« und des bloßen Stopfens von Haushaltslöchern. Nur wenn es gelingt, a) die »wahre« Grundidee zu vermitteln und b) die Auswirkungen einer Ökologischen Steuerreform auf Heller und Pfennig vor Augen zu führen (d.h. spezifische Untersuchungen der Haushaltstypen) sowie c) die Bereitstellung sicht- und greifbarer Alternativen im Energie- und Verkehrsbereich voranzutreiben, wird es auch gelingen, dort höhere Akzeptanz zu erringen. Besonders wichtig ist hierbei der Schulterschluß mit den Gewerkschaften. Ohne die Gewerkschaften und deren Draht zu den besonders Skeptischen wird eine Informationskampagne fehlschlagen.

Dieses muß einhergehen mit dem Schmieden eines breiten

gesellschaftlichen Bündnisses. Die Diskussion der vergangenen Jahre hat eine überraschend große Zahl von Befürwortern zutage gefördert. Einzelgewerkschaften, fortschrittliche Unternehmerverbände, Forschungsinstitute, Umweltverbände, Parteien und die potentiellen »Gewinnerbranchen« sollten sich an einen Tisch setzen. Ohne die jeweiligen facettenreichen Unterschiede zu überdecken, müßte die Forderung »Einstieg ins Prinzip einer Ökologischen Steuerreform« als kleinster gemeinsamer Nenner gesucht und präzisiert werden.

Dies Bündnis muß offensiv die politische Machtfrage stellen. Ökologische Steuerreform ist das Herzstück alternativer Wirtschaftspolitik, das Gegenkonzept zur Politik der Bundesregierung, die gefangen im neo-liberalen Kerker, staatliche Steuerungs- und Planungsprozesse marginalisiert und den »Markt« zum Allheilmittel überhöht. Gerade auch im Vorfeld der Bundestagswahl 1998 muß ein solcher Zusammenschluß höchste Priorität haben, zumal – wie bei kaum einem anderen Thema – breite politische Querverbindungen über altbekannte Allianzen hinaus möglich sind.

Angesichts der Massenarbeitslosigkeit und einer rapiden Veränderung unserer Arbeitsgesellschaft wird auch eine argumentative Akzentverschiebung bezüglich der Ökologischen Steuerreform notwendig werden. Das Problem besteht darin, daß das produzierende Gewerbe zahlreiche Beschäftigungsverhältnisse verliert, die nicht gleichzeitig vom expandierenden Dienstleistungssektor aufgefangen werden können¹⁶. Die Schere dieser Entwicklung läuft immer weiter auseinander. Dort könnte nun die Ökologische Steuerreform als wertvolle Innovation beschleunigt neue Arbeitsplätze schaffen. Um nicht mißverstanden zu werden, wir gehen nicht blindlings davon aus, damit sei der Königsweg aus der Krise der Arbeitsgesellschaft gefunden, mitnichten, aber zumindest leichte positive Effekte dürften nach Analyse der (auch der widersprüchlichsten) Studien erwartet werden. Diese vorsichtige, aber doch optimistische Argumentation sollte verstärkt in den Mittelpunkt gerückt werden, auch wenn damit der eigentliche Ausgangspunkt, die Verbesserung der Umweltsituation und die Wegbereitung hin zu einem nachhaltigen Konsum- und Produktionsmuster, noch weiter an den Rand gedrängt wird.

Zur wirtschaftswissenschaftlichen Klärung der makro- und mikroökonomischen Auswirkungen einer Ökologischen Steuerreform wird ein neues aktualisiertes und die Kritikpunkte einbeziehendes Gutachten vonnöten sein. Nur so kann dem Argument, die Zahlen der DIW-Studie von 1994 seien veraltet und überholt, frühzeitig begegnet werden. Um dem Gutachten mehr Gewicht zu verleihen, sollte der Auftrag an einen Verbund von Forschungsinstituten vergeben werden. Das Münchner ifo-Institut, das Kölner Finanzwirtschaftliche Forschungsinstitut und das Berliner DIW kämen – trotz der Konkurrenzsituation – für solch einen gemeinsamen Auftrag in Frage. Eigentlich müßte das Bundesumweltministerium ein solches Gutachten finanzieren. Da dies kaum zu erwarten ist, müssen die großen Umweltverbände einen entsprechenden Topf einrichten – verbunden mit dem Vorteil, der Öffentlichkeit erneut die eigene Gestaltungskraft zu demonstrieren.

16 Im vierten Quartal 1996 schrumpfte die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse im verarbeitenden Gewerbe um 4,5 Prozent, während sie im Dienstleistungsbereich nur um 2,5 Prozent zunahm. – Vgl. Konjunkturbericht der Süddeutschen Zeitung vom 21./22. Dezember 1996.

Die Ergebnisse und Auswirkungen der Ökologischen Steuerreform in Dänemark müssen von Deutschland aus begleitet werden. Die dort gezogenen Erkenntnisse müssen auch in den bundesdeutschen institutionellen Politikprozeß integriert werden. Die Konzepte von SPD und Bündnis'90/Die Grünen für eine Ökologische Steuerreform müssen somit ständig fortentwickelt werden, dürfen nicht als unangreifbar in den Schubladen versauern. Kleinkarierte Fehden über Prozentsätze bei der Besteuerung müssen – des gemeinsamen Zieles willen – in den Hintergrund treten.

Schließlich muß die europäische Ebene verstärkt ins Blickfeld gerückt werden. Im Zuge der Wirtschafts- und Währungsunion wird die Debatte über die Harmonisierung von Umweltstandards eine Neuauflage erfahren; dies trifft zusammen mit dem Beschluß der Europäischen Kommission von 1995, im Jahr 2000 erneut eine EU-weite Energiesteuer zu beraten¹⁷. Da ein gesamteuropäischer Einstieg ohnehin einen größeren Beitrag für ein besseres Weltklima leistet, gilt es verstärkt, europäische Initiativen zu initiieren.

Wer die skizzierte Strategie enttäuscht als »halbherzig und nicht weitreichend« bezeichnet, hat verglichen mit der Intensität des Diskurses von vor zwei Jahren recht, zugleich hat er/sie aber noch nicht realisiert, wie tief das Thema in den politischen Koordinaten-Keller gerutscht ist. Jetzt muß gelten: Gewinnt eine oben skizzierte breite Allianz für das Leitbild einer Ökologischen Steuerreform die Herzen der Menschen, haben die ökologischen Reformpläne bei der Durchsetzung wieder bessere Karten.

Ökologische Steuerreform in grüne Marktagenda einbetten

Gemessen am Status quo wäre eine Ökologische Steuerreform ein großer Schritt. Gemessen am Notwendigen, kann es nur ein Anfang sein. Dabei muß es zunächst darum gehen, das Thema Ökologische Steuerreform in eine neue »grüne Marktagenda« einzubetten. In Anlehnung an die Studie »Zukunftsfähiges Deutschland« heißt dies, neben einer Ökologischen Steuerreform muß es das Ziel sein, *erstens* eine ökologisch orientierte Subventionspolitik zu betreiben. Danach werden umweltschädliche Subventionen abgebaut¹⁸, berechnete Subventionen wie etwa für den Wohnungsbau ökologisch umgestaltet und neue Fördermittel etwa für regenerative Energieträger bereitgestellt. *Zweitens* muß eine Haftpflicht für Großrisiken wie Kernkraftwerke eingeführt werden. Würden Risikoprämien realistisch angesetzt, wäre der Vorteil der Kostengünstigkeit dahin, die Atomkraft würde unwirtschaftlich werden. Und drittens müssen die monopolistischen Strukturen im Energiesektor zugunsten einer ökologisch orientierten Wettbewerbspolitik aufgebrochen werden. Kernpunkt dabei ist, weniger den Stromabsatz, als vielmehr nachgefragte Leistungen zu befriedigen und gleichzeitig systematisch ökologische Formen der Energieerzeugung zu fördern.¹⁹

Aber auch eine »grüne Marktagenda« kann nur eine Etappe zu einer nachhaltigen Entwicklung sein. Auf dem Weg zu einem anderen Gesellschaftskonzept reicht es letztlich nicht aus, allein den Markt ökologisch aufzupeppen. Wer dies jedoch als Teil eines Prozesses und nicht als Antwort begreift, kann auch in einen Diskurs über die nächsten Zwischenschritte treten.

17 Europäische Kommission: Geänderter Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Einführung einer Steuer auf Kohlendioxidemissionen und Energie, Brüssel vom 12. Mai 1995, S. 1.

18 Das Institut für Wirtschaftsforschung (ifo) hat im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums ökologisch kontraproduktive Subventionen untersucht. Durch Abschaffung der untersuchten Vergünstigungen im Verkehrssektor, in der Landwirtschaft und in der Industrie könnten danach 1498 Mio. DM eingespart werden. – Vgl. Steuern und Umweltschutz – Umweltpolitisch kontraproduktive Einzelregelungen innerhalb des deutschen Steuerrechts, ifo-Schnelldienst 36 /94.

19 Zum Thema »Eine grüne Marktagenda« siehe ausführlicher die Studie »Zukunftsfähiges Deutschland« vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie (Basel 1996). Eine grüne Marktagenda wird darin als eines von acht Leitbildern für eine nachhaltige Entwicklung genannt (S. 169-189).

ROBERT KATZENSTEIN

Krise in der Steinkohle und Solidarität mit den Kumpeln? Widersprüche und Gegensätze

Robert Katzenstein – Jg. 1928, Dr. oec. habil, 1956 bis 1970 an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, nach 1970 freiberuflich als Lehrbeauftragter am Fachbereich Politische Wissenschaft der FU Berlin tätig.

»Man muß ... konstatieren, daß die Verwendung des Begriffs Strukturkrisen in der marxistischen Literatur bis heute ziemlich große Unterschiede aufweist. Darunter werden Industriezweigkrisen, Agrarkrisen, die Energie-, die Rohstoff-, die Ernährungskrise, die Währungskrisen, die Krise der Staatsfinanzen, der Infrastruktur, der Städte usw. verstanden. Einige Autoren sprechen von einer ›Krise der Reproduktionsstruktur‹ in ihrer Gesamtheit.«

Autorenkollektiv (u.Ltg. von Lutz Maier): Strukturwandel und Strukturkrisen im gegenwärtigen Kapitalismus, in: IPW-Forschungshefte, 4/1983, S. 13.

Einen Hinweis auf zweierlei Ursachen für Wirtschaftskrisen, Überproduktion und Fehlstrukturen, finden wir schon bei Marx. Bis ins letzte Viertel des 20. Jahrhunderts hat jedoch nur die Überproduktion Aufmerksamkeit als Krisenursache gefunden. Selbst unter Marxisten wurde die Strukturkrise zwar erwähnt, aber nicht wirklich untersucht. Erst im Gefolge der stürmischen technischen Entwicklung, deren soziale Folgen den Interessenantagonismus von Kapital und Lohnarbeit erneut zu schärfen und den bemerkenswerten sozialen Konsens in der Bundesrepublik während der vergangenen Jahrzehnte zu zerstören drohen, rückten die Strukturkrisen in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit.

Überproduktionskrisen zu bekämpfen, ihre sozialen Folgen zu mildern bzw. abzuwehren, war relativ einfach. Für den Sozialismus ohnehin, aber auch die Wirtschaftspolitik in den kapitalistischen Ländern hat Mittel und Wege gefunden, um Überproduktionskrisen wirksam zu bekämpfen. Es ging dabei eigentlich immer nur darum, vorhandene gesellschaftliche Bedürfnisse mit Geld auszustatten, um sie als Nachfrage wirksam werden zu lassen. Die Nachfrage, einmal kräftig angeschoben, wurde dann von allein zur Grundlage eines neuen, kräftigen Wachstumsprozesses. Noch Ende der sechziger Jahre genügte in der Bundesrepublik eine staatliche Spritze von 9 Mrd DM, um die Konjunktur wieder in Schwung zu bringen. Heute kann man sich kaum noch vorstellen, daß mit dieser Summe überhaupt etwas Bewegung in die wirtschaftlichen Kreisläufe eines Landes zu bringen ist; schon gar nicht, wenn sie nach dem Gießkannenprinzip verteilt wird.

Das Problem sind die Strukturkrisen. Seit jeher war jede Krise, auch jede Überproduktionskrise, und jeder ihr folgende, einigermaßen bedeutsame Wachstumsprozeß Auslöser von Produktivitätsentwicklungen, die ihrerseits wiederum wirtschaftliche und als deren Folge auch soziale Strukturen veränderten und so für einzelne Zweige und die darin Beschäftigten zur Grundlage struktureller Krisen wurden. Das alles war früher aber zwerghaft im Vergleich zu den strukturellen Verwerfungen, die durch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt heute ausgelöst werden. Früher konnte der auf die Krise folgende Wachstumsprozeß die Arbeitslosen schnell wieder aufsaugen, die die Krise zuvor auf die Straße geworfen hatte. Heute sind die Produktivitätsfortschritte so gewaltig, daß selbst Zweige mit enormer Ausdehnungskraft nur relativ begrenzt Arbeitskräfte anziehen; meist beginnen sie sogar schon

nach relativ kurzer Zeit damit, Arbeitskräfte wieder abzustößen.

Auch die Folgen der die Strukturkrisen begleitenden sozialen Krisen sind schwerwiegender als die der Überproduktionskrisen. Vor allem der Übergang zu völlig neuen Techniken und Produkten ist von großer sozialer Brisanz; Arbeitskräfte werden von einer Wirtschaftskrise nicht nur auf den Arbeitsmarkt geworfen, auch ihre Qualifikation wird meist vernichtet. Mit solchen Arbeitskräften kann die modernere Produktion kaum mehr etwas anfangen, es sei denn als ungelernete oder angelernte Arbeitskräfte. Ungelernte Arbeitskräfte aber finden nur schwer Arbeit und der Markt dafür verengt sich in der Tendenz immer noch weiter; und es bedarf auch erst weiterer technischer Entwicklungen, ehe die neue Technik einmal soweit ist, auch den längerfristigen Einsatz un- bzw. angelernter Arbeitskräfte zu erlauben. Selbst bei Fortschritten in dieser Hinsicht bleiben die Chancen der aus dem Erwerbsleben ausgeworfenen Arbeitskräfte begrenzt, es sei denn, sie besäßen eine höhere Allgemeinbildung, die es ihnen ermöglicht, die technische Entwicklung auch außerhalb ihres engeren Tätigkeitsbereiches in ihren naturgesetzmäßigen Grundzügen laufend zu verfolgen und nachzuvollziehen. Dann würde es ihnen nicht weiter schwer fallen, sich das notwendige Spezialwissen auch auf bisher berufsfremden Gebieten anzueignen.

Die mit dem technischen Fortschritt verbundenen sozialen Probleme waren meiner Meinung nach auch eine der wesentlichen Ursachen für das Scheitern des Frühsozialismus. Es entwickelte sich ein scharfer Widerspruch zwischen seinem sozialem Anspruch und den sozialen Folgen der technischen Umwälzungen, für den er keine Lösungen fand. Vielleicht wurde nicht einmal rechtzeitig danach gesucht. Seine Eigentumsformen erleichterten es ihm, in einem Maße »Profits of Scale« zu realisieren, daß er produktivitätsmäßig auch auf der gegebenen technischen Basis lange Zeit mit der Produktivitätsentwicklung im Kapitalismus, die schon in weit höherem Maße die neue Technik nutzte, Schritt halten konnte. Das scheinen mir die beiden wesentlichen Gründe dafür zu sein, daß in den frühsozialistischen Ländern bei erweiterter Reproduktion weitgehend die alte, wenig veränderte Technik gegenüber der neuen, modernen Technik bevorzugt wurde.

Freilich ist auch der Kapitalismus mit diesen sozialen Problemen nicht fertig geworden. Obwohl in ihm – dank gewerkschaftlicher Kämpfe – Ansätze dazu entwickelt worden sind: in Form von Arbeitszeitverkürzungen, Arbeitsförderungsmaßnahmen, Umschulungen usw. Bis zu wirklichen Lösungen konnten sich diese Ansätze aber nie entwickeln. Sie sind, wegen der Kosten, relativ schnell an die Grenzen der betriebswirtschaftlich orientierten gesellschaftlichen Strukturen gestoßen. Ein gesellschaftliches Interesse an der Lösung dieser Probleme ist zwar vorhanden, stößt aber in der kapitalistischen Marktwirtschaft scharf an die Grenzen des privaten Profitinteresses, das solche Probleme lieber als Motor des sozialen Dumpings nutzt. Deshalb sind solche Lösungen nicht ohne soziale Auseinandersetzungen denkbar.

Seit dem Zusammenbruch des Frühsozialismus können Sozialdumping und Kapitalwanderung in Billiglohn-Länder bzw. Ar-

»Es ist möglich ..., daß das durch die Vermehrung der Produktivität frei gewordene Kapital sowohl wie frei gewordene lebendige Arbeitsvermögen beide brachliegen müssen, weil sie nicht in den Proportionen vorhanden sind, unter denen die Produktion auf der Grundlage der neu entwickelten Produktivkräfte stattfinden muß.«

Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 42, S. 357.

»Asien hat gleich zwei Wettbewerbsvorteile: durch die teure und übereingebundene Arbeit des toyotischen Japans und durch die taylorisierte und unglaublich unterbewertete Arbeit der blutigen Taylorisierung in den neuen Entwicklungsschüben der NICs. Hierdurch kann es sich die amerikanischen und europäischen Märkte ›unter den Nagel reißen«. Der Zugang von riesigen vorkapitalistischen (des ländlichen Indien) oder sozialistischen Massen (China, Vietnam) zur kapitalistischen Handelsökonomie schafft selbst eine gewaltige Nachfrage für eine – sogar extensive Akkumulation.«

Alain Lipietz: Die Welt des Postfordismus, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus, 7-8/97, S. 37

beitskräfte-Importe aus solchen Ländern im sozialen Leben der Bundesrepublik in der Tat auch eine zunehmend gewichtige Rolle spielen. Wie differenziert man die Konkurrenz der Billiglohn-Länder auch betrachten mag, die Angst der Arbeiterschaft vor dem dadurch ausgeübten Druck auf ihre Lebenslage ist selbst dann berechtigt, wenn es Faktoren gibt, die solchen Formen des Sozialdumpings entgegenwirken und wenn auch die technischen Möglichkeiten zur Einsparung von lebendiger Arbeit für den Druck auf die Lebenslage der Lohnabhängigen nach wie vor die überragende Bedeutung haben. Globalisierung ist kein leeres Wort, weder im Hinblick auf die Verflechtungen der nationalen Produktionsstrukturen, die Notwendigkeit technischen Fortschritts oder auch nur als Damoklesschwert im Tarifstreit. Ihre sozialen Auswirkungen sind auch dann nicht zu unterschätzen, wenn der Globalisierungsprozeß differenziert verläuft und ihm auch Anregungen für positive regionale wirtschaftliche Entwicklungen entspringen. Auch bei den sozialen Folgen der Globalisierung fragt es sich also, genau wie bei der Veränderung der wirtschaftlichen Strukturen, wie sie zu bekämpfen sind. Und da tritt auf einer viel konkreteren Ebene zutage – in viel unmittelbarerem Zusammenhang als noch bei Marx –, daß die Eigentumsverhältnisse für die Gestaltung des sozialen Lebens in der Tat eine ganz zentrale Rolle spielen. Marx ist zu früh totgesagt worden. Eher scheint mir ein Neo-Marxismus vor der Tür zu stehen, ein Marxismus, der die praktischen Erfahrungen des Frühsozialismus wie auch des revitalisierten Kapitalismus aus der Kenntnis der Marxschen Theorie heraus verarbeiten wird, denn die leichteste, wirksamste und vielversprechendste Möglichkeit, um den sozialen Folgen solch gravierender wirtschaftlicher Prozesse entgegenwirken oder sie gar ausschalten zu können, scheint mir wohl in der Tat eine Veränderung der Eigentumsverhältnisse zu sein; wenn auch, aus den Erfahrungen des Frühsozialismus heraus gesehen, in anderen Zeiträumen, Übergängen und Formen als in den ehemals sozialistischen Ländern.

Heute liegen die praktischen Erfahrungen des frühen Sozialismus mit dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln vor und ebenso die der Wiedereinführung des Privateigentums nach dem Zusammenbruch des Frühsozialismus. Es hat sich gezeigt, daß das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln nicht per se nur positive Auswirkungen hat. Schon gar nicht in den Formen, wie es im frühen Sozialismus genutzt wurde. Im Gegensatz zu den theoretischen Vorstellungen hat es die Entwicklung der produktiven Kräfte der Gesellschaft keineswegs zu befördern vermocht; es ist vielmehr in halbfeudale Formen gepreßt worden, in denen die Produktivkraftentfaltung fast zum Erliegen kam. Auf der anderen Seite hat die Wiedereinführung des Privateigentums an den Produktionsmitteln deutlich werden lassen, daß es schwerwiegende, geradezu lebensbedrohende, in der sozialistischen Gesellschaft zwar nicht unbekannt aber doch begrenzte und zurückzudrängende Konflikte in die Gesellschaft bringt, und zwar nicht nur in die gesamtgesellschaftliche Sphäre, sondern bis in den familiären Bereich hinein. Der Zerfall der Sowjetunion und Jugoslawiens, die plötzlich aufbrechenden Kriege und Bürgerkriege zwi-

schen und in den aus diesem Zerfall entstandenen Ländern, die Fehden in den Dörfern und den Familien, heben diese Wirkungen des Privateigentums in ein helles Licht. In den Dörfern und Familien begann sich statt der Eintracht Zwietracht zu verbreiten und mit der nunmehr entstandenen Möglichkeit zu privatem Eigentum an den materiellen Grundlagen des gesellschaftlichen Reichtums und seiner individuellen Nutzung begannen heftige Kämpfe um die Anteile am Grund- oder Industriebesitz, an der Beherrschung von Rohstoffquellen und Transportwegen etc. Im Gewand nationaler, ethnischer oder religiöser Differenzen begannen ganze Völker in Kriegen ihr eigenes, in 50 vorausgegangenen Friedensjahren geschaffenes Aufbauwerk zu zerstören. Infolge einer rapiden Verelendung organisierte sich schnell und in großem Maßstab das Verbrechen. Wie die Seeräuberei, der Finanzwucher u.ä. in den Geburtsstunden des frühen Kapitalismus, wurde es sogar zu einer der Grundlagen für die fehlende Konzentration von Geldkapital in privater Hand, ohne die kapitalistische Entwicklung nicht möglich ist; Geldwäsche ist nur die Form, in der sich verbrecherisch erworbenes Vermögen in ehrbares Kapital verwandelt und zur Basis der Ausbildung einer Schicht eigenständiger nationaler Kapitalisten wird.

Die frühsozialistischen Erfahrungen zeigen auf der anderen Seite, daß aus gesellschaftlichem Eigentum an den Produktionsmitteln nur sehr begrenzt persönliche Ausbeutungspotenzen und Reichtum entstehen. Das ist zwar eine Erfahrung, deren Reichweite noch nicht ausgelotet ist. Hinweise auf Korruption etc. deuten darauf hin, daß hier noch geeignete Formen gesellschaftlichen Eigentums gefunden werden müssen. In unserem Zusammenhang – Lösung der sozialen Krisenfolgen – bedarf es jedoch keiner großen Überlegung, um die Bedeutung des gesellschaftlichen Eigentums in dieser Hinsicht zu erkennen: kein Kapitaleigentümer würde andere Arbeitskräfte einstellen oder sein Kapital auf Wanderschaft schicken, wenn er sich dadurch selbst einer der Quellen seines Einkommens berauben würde. Wie sollte also ein Lohnabhängiger, so er selbst Eigentümer der von ihm in Bewegung gesetzten Produktionsmittel ist, durch Einstellung eines fremden Lohnabhängigen oder durch eine von ihm selbst losgelöste Wanderung seines Kapitals, die ihn selbst hilflos vor Ort zurückläßt, aus der Nutzung seines Eigentums vertrieben werden? Selbst wenn man bedenkt, daß lohnabhängige Eigentümer es keineswegs auf Anhieb verstehen werden, solche neuen Eigentumsformen auch wirklich zu nutzen, sind Verdrängungsprozesse dieser Art kaum denkbar. Warenmarktbedingte Verdrängungsprozesse wird es dagegen zunächst weiter geben müssen. Aufgehoben wird nur der Arbeitsmarkt; das wird auch höchste Zeit, denn die Notwendigkeit für Nichteigentümer, ihre eigene Arbeitskraft auf dem Markt feilbieten zu müssen, ist vom gesellschaftlichen Entwicklungsstand her gesehen eigentlich gar nicht so weit entfernt von Sklaverei und Leibeigenschaft, wie es zivilisatorisch heute machbar und wünschenswert ist. Der Warenmarkt wird dagegen noch nicht verschwinden können. Die Erfahrungen in den sozialistischen Ländern haben erkennen lassen, daß der Frühsozialismus nicht gescheitert ist, weil die Arbeitskraft aus dem Markt genommen wurde, sondern weil er versucht hat,

»Das sowjetische Plansystem mit seinem Außenhandelsmonopol war nichts anders als ein zunächst recht effizientes Modell nachholender Industrialisierung mit Importsubstitution im nationalen Raum, also mit einer bewußten Dissoziation vom kapitalistischen Weltmarkt. Genau darin – hohe wirtschaftliche Wachstumsraten, Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit, Verteilungsgerechtigkeit – bestand ja lange Zeit die Attraktivität des Modells, die es aber einbüßte, als die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sich änderten und den weltmarktoffenen Ländern Vorteile gegenüber den anderen »geschlossenen Gesellschaften« verschafften. (...) Als die Öffnung zum Weltmarkt unvermeidlich wurde, konnte das nationale Projekt des Sozialismus nicht mehr aufrechterhalten werden.«
Elmar Altvater: Operationsfeld Weltmarkt oder: Vom souveränen Nationalstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat, in: PROKLA, Nr. 97 (4(1994), S. 521/522.

sich auch hinsichtlich seiner Erzeugnisse den Marktgesetzen zu entziehen. Offensichtlich ist auch im Sozialismus, zumindest im frühen Sozialismus, der Druck des Marktes notwendig, um immer wieder die Tatsache ins Bewußtsein zu heben, daß die Quellen des gesellschaftlichen Reichtums nur dann sprudeln, wenn sich die hergestellten Waren auch auf dem Markt verkaufen lassen. Auch für werktätige Produktionsmitteleigentümer gilt, daß sie nur in geringem Maße Selbstverbraucher ihrer Erzeugnisse sind. Auch ihre Waren müssen den Bedürfnissen fremder Verbraucher genügen und sich verkaufen, wenn ihr Einkommen, gleichgültig in welcher Proportion es sich in Lohn- und Kapitaleinkommen teilt, nicht austrocknen soll. Bei arbeitsteiliger Produktion und beim heutigen Entwicklungsstand der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse gleicht das Wertgesetz immer noch einem Naturgesetz; später, unter anderen Bedingungen, mag sich diese Abhängigkeit mildern.

Die sozialen Folgen der wirtschaftlichen Prozesse auf dem heutigen technischen Entwicklungsstand zeigen meines Erachtens also, daß eine Veränderung der Eigentumsverhältnisse hin zum gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln einfach notwendig werden wird. Grundsätzlich scheint mir das keine Frage zu sein. Fraglich ist nur, in welchen Formen sich dieses Eigentum manifestieren muß und wie, in welchen Schritten sich dieser Formwandel des Eigentums vollziehen wird. Es würde zu weit führen, dies hier zu durchdenken. Einige denkbare Formen, wie das halbstaatliche Eigentum oder aus Lohnzuwächsen aufzubauende, gewerkschaftlich zu managende Investmentfonds etc. sind schon bekannt bzw. angedacht worden. Hier wäre weiterzudenken und dabei zugleich in Betracht zu ziehen, wie weit die klassenmäßige Polarisierung der Gesellschaft heute diesen eigentumsmäßigen Wandlungsprozeß befördern kann. Bei dieser Fragestellung ist es besser, man rückt die eigentumsmäßige Wandlung mehr in den Hintergrund, denn sie wird das notwendige, schließliche Ergebnis des Prozesses sein, nicht sein Anfang. Die frühsozialistischen Erfahrungen legen ja auch nahe, daß die Zielstellung gesellschaftlicher Veränderungen nur die soziale Gestaltung der Entwicklung sein kann und muß, nicht die Veränderung der Eigentumsverhältnisse. Letztere sind, obwohl sie die gesellschaftlichen Verhältnisse prägend beeinflussen, die abhängige Variable. Bestehende Eigentumsverhältnisse unterliegen der Veränderung nur, wenn sie für die Mehrheit der Bevölkerung zum unerträglichen sozialen Ärgernis werden. Dieser Situation scheinen wir uns zu nähern, aber für jedermann klar erkennbar ist der Zusammenhang zwischen den Eigentumsverhältnissen und den sozialen Problemen noch nicht; schon deshalb nicht, weil auch Kapital und Kapitalisten von der Veränderung der wirtschaftlichen Strukturen betroffen werden.

Betroffen wird von den sozialen Folgen des Wandlungsprozesses – wenn auch in unterschiedlichem Grade – fast die gesamte Bevölkerung, die Frau ebenso (und schlimmer noch) wie der Mann, der lohnabhängige Ingenieur genauso wie der Handarbeiter, der Selbständige genau wie der von dem Wohlergehen der Region abhängige Kapitalist. Die sozialen Krisen bringen also vielfältige Kräfte zum Brodeln und gebündelt dürften sie zu einer

»Die Krise des dominanten Lohnverhältnisses der Nachkriegszeit – des Fordismus – hat vielfältige Verläufe in den entwickelten Staaten verursacht. Die einen haben die ›Flexibilisierung‹, die anderen die ›Mobilisierung der Humanressourcen‹ bevorzugt. Die ›neu entwickelten Staaten‹ (NIC) akzentuierten ihre Wettbewerbsfähigkeit und differenzierten sich aus. Daraus resultiert ein umfassender Umbau der Hierarchie in der Weltökonomie.«
Alain Lipietz: Die Welt des Postfordismus, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus, 7-8/97, S. 1.

richtungsbestimmenden gesellschaftlichen Kraft werden.

Hier ist ein Einschub nötig. Es fragt sich doch, welche Klasse oder Schicht diesen notwendigen Wandlungsprozeß der gesellschaftlichen Verhältnisse trägt? Früher war das keine Frage. Noch in den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Arbeiterklasse als das Subjekt gesellschaftlicher Veränderungen begriffen. Aber heute, in den hochindustrialisierten Ländern? Meines Erachtens ist sie es jedoch auch heute noch. Es kommt da wohl auf die Definition des Begriffs an. Es scheint zwar die Meinung vorzuherrschen, daß Marx' Ableitung der Polarisierung der Gesellschaft in Kapital und Arbeit und damit auch des entsprechenden Interessengegensatzes falsch gewesen sei..In der Gesellschaft scheint vorwiegend eine Differenzierung stattzufinden, bei der die Arbeiterklasse sich im Mittelstand aufzulösen scheint. In der Tat haben sich die Lebensverhältnisse der verschiedenen gesellschaftlichen Klassen und Schichten, eben auch der Lohnabhängigen, in nicht erwartetem Maße verändert. Von einer homogenen, klar umgrenzten Arbeiterklasse kann man nicht mehr sprechen. Ein breiter lohnabhängiger Mittelstand ist entstanden, und ein solcher Mittelständler unterscheidet sich nicht weniger von einem einfachen Handarbeiter wie früher ein selbständiger Mittelständler. Auch die Handarbeiterschaft selbst ist in sich differenzierter als früher. Diese Differenzierung scheint mir aber nur eine, ebenfalls dem technischen Fortschritt geschuldete, Seite des Polarisierungsprozesses zu sein. Mit dem technischen Fortschritt wuchs auch der Bedarf des Kapitals an höher gebildeten Arbeitskräften. Ingenieure und Kaufleute waren gefordert – und die waren, da sie sich damals auch noch selbständig machen konnten, nur mit entsprechendem Einkommen zu bekommen. Daher war der Lohn des abhängigen Mittelstands zunächst annähernd so hoch wie der des selbständigen Mittelstandes. Der Lohn dieser Arbeitskräfte ist jedoch genau wie der jedes anderen Lohnabhängigen den Gesetzen des Arbeitsmarktes unterworfen. Sobald das Angebot die Nachfrage in ausreichendem Maße übersteigt, wird er vom Kapital gedrückt; diese Phase scheint erreicht worden zu sein; mit einem durch die Produktivkraftentwicklung und die Existenz des Sozialismus bewirkten Aufschub. Meines Erachtens ist es daher nicht richtig, wegen des Lohnes – »hoch oder niedrig« (wie Marx so schön sagt) – die Art der Arbeit, Hand oder Kopf, oder den Lohn bzw. die Lebensumstände des Arbeiters zum Kernpunkt der Definition des Begriffs »Arbeiterklasse« zu machen. Dieser Kernpunkt ist die Lohnabhängigkeit, sie prägt die Grundinteressen der Werktätigen. Ein lohnabhängiger Ingenieur ist genauso betroffen wie ein einfacher Arbeiter, wenn ihm das Kapital unter dem Hintern wegwandert. Die vom technischen Fortschritt ausgelöst und durch die Konkurrenz vorangetriebenen sozialen Probleme treffen ihn genauso. Gewiß, für den Ingenieur ist es leichter, für sich eine individuelle Lösung der Probleme zu finden. Er kann immer noch den Handarbeiter aus seinem Job verdrängen etc. Getroffen wird aber auch er. Bei aller Differenzierung: die Grundinteressen der lohnabhängigen Handarbeiter und des lohnabhängigen Mittelstands sind gleichgelagert.

Natürlich ist die Beschränkung auf die Grundinteressen nur ein

»Tatsächlich begeht die marxistische Tradition den gleichen theoretischen Irrtum, dessen Marx selbst Hegel geziehen hat: Indem sie konstruierte Klassen, die als solche nur auf dem Papier existieren, gleichsetzt mit wirklichen Klassen in Gestalt mobilisierter, absolutes und relationales Selbstbewußtsein besitzender Gruppen, verwechselt die marxistische Tradition die Sache der Logik mit der Logik der Sache. (...) Eine ›Klasse‹, sei es eine soziale, eine ethnische, eine Geschlechts- oder sonstige Klasse, existiert genau dann, wenn es Akteure gibt, die sich anderen als autorisiert, offiziell an ihrer Stelle und in ihrem Namen zu sprechen und zu handeln, aufzudrängen vermögen.« Pierre Bourdieu: Wie eine soziale Klasse entsteht, in: Ders.: Der Tote packt den Lebenden, Hamburg 1997, S. 112, 127.

grobes Raster. Die Interessenlagen sind viel differenzierter, als daß die Richtung gesellschaftlicher Bewegungen allein durch die Grundinteressen bestimmt werden könnten. Die Folgen der modernen – namentlich auch der globalen – Marktprozesse treffen ganze Wirtschaftszweige und Regionen. Die Trennung von Kapitaleigentum und Kapitalfunktion schafft in gewissem Maße dadurch selbst Interessengegensätze zwischen den Kapitalisten, denn nur das von der Kapitalfunktion losgelöste Kapitaleigentum ist weltweit mobil. Hier bestimmt das »shareholder-interest«, das Profitinteresse in absoluter Form, die Kapitalbewegung. In den von den Strukturveränderungen selbst betroffenen Zweigen oder dort, wo das Kapital selbst von der regionalen Wirtschaftsentwicklung abhängig ist, verschmelzen die Interessen von Kapital und Lohnabhängigen häufig miteinander, denn beide, Lohnabhängige und Unternehmer, sowohl die des niedergehenden als auch die anderer, indirekt betroffener regionaler Wirtschaftszweige, werden von dieser Entwicklung tangiert. Da jedoch nur die Lohnabhängigen nicht von einer Veränderung der Eigentumsverhältnisse betroffen werden, die einer Lösung der sozialen Folgen des wirtschaftlichen Strukturwandels entgegenstehen, dürften sie tatsächlich immer noch der entscheidende Träger eines solchen Wandlungsprozesses sein. Die Erfahrungen mit den halbstaatlichen Betrieben in der ehemaligen DDR zeigen zugleich, daß sogar Schichten des mittelständischen Kapitals in den Wandlungsprozeß von Eigentumsverhältnissen eingebunden werden können.

Es fragt sich also, wie die, von den Lebensumständen aus gesehen, so sehr unterschiedlichen Interessen der verschiedenen Schichten so zu bündeln sind, daß sie als gesellschaftliche Kraft in Richtung sozialer Lösungen wirksam werden.

In diesem Zusammenhang ist es sicherlich richtig, wenn Wolfram Adolphi den Parteien und Gewerkschaften vorwirft, daß sie neuen Lösungsansätze für die sozialen Probleme der Gegenwart zu wenig Raum widmen (Editorial von »UTOPIE kreativ« Heft 78). In der Tat läßt sich Politik nur einsichtig machen, wenn sie einsichtige Lösungsansätze für anstehende Probleme bietet, nur dann ruft sie das politische Engagement der Menschen hervor. Sein Beispiel – der Vorschlag von Hermann Scheer, die Subventionen für die Steinkohle lieber in die Erforschung alternativer Energietechniken zu stecken, weil dies hochqualifizierte und zukunftsträchtige Arbeitsplätze schaffe – greift jedoch zu weit. Die Umschichtung der gesellschaftlichen Mittel auf die Erforschung neuer Techniken ist zwar notwendig, aber die Probleme der Werktätigen in den notleidenden Zweigen löst sie nicht. Die Wirkung dieser Art Umstrukturierungen von Subventionen ist auch viel zu langfristig angelegt, um alle möglichen gesellschaftlichen Kräfte wirklich zu bündeln und für solche Lösungen zu mobilisieren. Um das zu erreichen, müßten die Lösungen unmittelbar an den sozialen Problemen ansetzen und dort Abhilfe schaffen. Deshalb hat Adolphi auch unrecht, wenn er die Forderung nach neuen Lösungsansätzen der Solidarität mit dem Kampf der Kumpel an Ruhr und Saar entgegenstellt. Natürlich wissen auch die Lohnabhängigen im Stahlrevier und im Kohlebergbau, daß die Verlängerung der Subventionen für ihre Zweige keine dauerhaften Arbeitsplätze schaffen kann. Sie

haben längst begriffen, daß heute kein Werktätiger mehr damit rechnen kann, sein ganzes Berufsleben auf ein und demselben Arbeitsplatz zu verbringen. Sie wären auch zum Wechsel bereit. Ihr Kampf richtet sich nicht gegen das Mehr an Mobilität, das ihnen abgefordert wird, sondern dagegen, daß das mit Hilfe der Subventionen wieder mobil gewordene Kapital sie – wie die amortisierten Anlagen – einfach auf dem Schrottplatz stehen läßt. Dagegen richten sich die Streiks. Völlig zu Recht! Sie fordern von Staat wie Kapital ein, daß sie ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden. Der Kern ihrer Forderungen war der Ruf nach sozialen Lösungen für die anstehenden Probleme des strukturellen Wandels. Deshalb verdienen sie volle Solidarität.

Solche Lösungen zu erarbeiten und anzubieten, ist in der Tat auch Aufgabe der sozialistischen Parteien wie auch der Gewerkschaften. Nur so können sie, da hat Adolphi völlig recht, die Mehrheiten gewinnen und zur Kraft formen, die notwendig sind, um Politik und Wirtschaft auf eine soziale Schiene zu bringen. Nur so läßt sich die neoliberale Deregulierungspolitik überwinden, die die Bundesrepublik – wie übrigens auch die neuen Bundesländer nach der Wende – in die Krise geführt hat. Wenn die Wirtschaft in Bewegung kommen soll, ist eine aktive Regulierungspolitik notwendig. Im Selbstlauf geht das heute nicht mehr.

Nicht erst seit heute, sondern schon seit jeher mußten bestimmte Bedingungen gegeben sein, von der Bereinigung der Überkapazitäten einmal abgesehen, um die Wirtschaft in Bewegung kommen zu lassen: Die technische Entwicklung mußte einsatzfähige Innovationen bereitgestellt haben. Für diese Innovationen mußte ein Markt, d.h. ein zahlungsfähiges gesellschaftliches Bedürfnis, vorhanden sein. Konkurrenzdruck mußte die Einführung befördern. Und, last not least, die Innovation mußte den Absatz bzw. die Produktivität so stark erhöhen, daß vorzeitiger Verschleiß alter Anlagen mehr als ausgeglichen wurde. Dies alles war Voraussetzung dafür, daß Geldkapital sich statt in Finanzkapital in produktives Kapital umsetzte. Heute genügen diese Voraussetzungen nicht mehr. Für privates Risikokapital sind der notwendige Kapitaleinsatz und die notwendigen Anlaufperioden zu hoch bzw. zu lang und darüber hinaus bremsen oligopolistische Verhältnisse den Druck der Konkurrenz ab.

Ein typisches Beispiel ist hier der Öko-Kühlschrank. Im Bereich der Hausgeräteindustrie waren alle der erwähnten Bedingungen gegeben, die früher genühten, um Kapital in Bewegung zu setzen. Trotzdem rührte sich nichts. Erst als die finanziell starke, ökologisch engagierte, Non-Profit-Organisation Greenpeace mit dem in Bedrängnis geratenen ostdeutschen Foron-Werk in Schwarzenberg kooperierte und das notwendige Risikokapital zur Verfügung stellte, wurde der Öko-Kühlschrank nicht nur von Foron produziert, sondern nach kurzer Zeit gab es dann, durch den so entstandenen Konkurrenzdruck, auf dem Markt der Bundesrepublik nur noch umweltfreundliche Kühlgeräte. Ohne einen solchen Anschub kommt heute kaum noch ausreichend Bewegung in die Wirtschaft. In aller Regel wird dieser Anschub vom Staat kommen, also durch die politischen Parteien auf den Weg gebracht werden müssen. Privates Non-Profit-Vermögen ist dazu meist nicht stark genug, oft

»Während die Analyse noch mit den Mitteln der Wissenschaft ohne Rücksicht auf politische Interessen und Bewußtseinsformen geschehen kann, ist (die Suche nach Lösungen) nur möglich, wenn den sozialen und politischen Trägheiten, den ökonomischen Interessen, den sozialen Gegensätzen, der Ungleichverteilung der Macht und den konkurrierenden Gegenwartsinterpretationen Rechnung getragen wird. Ein politisches Programm zum Zwecke der Problemlösung zu entwerfen, ist daher nicht nur zu viel verlangt, sondern überflüssig und vielleicht sogar schädlich, weil es Eindeutigkeit suggeriert, wo Ungewißheit herrscht und Konflikte ausgetragen werden müssen. Was not tut, ist vielmehr eine Diagnose der Zeit und eine Aktivierung all jener sozialen Kräfte, die aus dieser Diagnose politische Konsequenzen zu ziehen in der Lage und bereit sind. Theoretische Arbeit wird also als politisches Projekt konzipiert und umgekehrt: Wer politisch aktiv sein will, muß sich theoretisch anstrengen.«
Elmar Altvater, Birgit Mahnkopf: Grenzen der Globalisierung, Münster 1996, S. 575.

»In schneidenden Widersprüchen, Krisen, Kämpfen drückt sich die wachsende Unangemessenheit der produktiven Entwicklung der Gesellschaft zu ihren bisherigen Produktionsverhältnissen aus. Gewaltsame Vernichtung von Kapital, nicht durch ihm äußere Verhältnisse, sondern als Bedingung seiner Selbsterhaltung, ist die schlagendste Form, worin ihm advice gegeben wird, to be gone and to give room to a higher state of social production.«
Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 42, S. 642.

auch nicht unbedingt willens, und profitorientiertes Kapital orientiert sich eben am Profit und nicht an gesellschaftlichen Bedürfnissen.

Um zum Abschluß zu kommen. Außer in dogmatischen neoliberalen Kreisen dürfte es heute schon weithin einsichtig sein, daß die Deregulierungspolitik eine sozial unerträglich werdende Sackgasse ist. Eine anschiebende, strukturell orientierte Wirtschaftspolitik ist nötig, um den Wandlungsprozeß in Gang und in die richtige Richtung zu bringen. Was aber ist die richtige Richtung und woran orientiert man sich, damit die wirtschaftliche Bewegung auch in diese Richtung läuft und ihren sozialen Charakter behält?

Die sozialen Probleme selbst, die den strukturellen Wandlungsprozeß begleiten, liefern die Antwort auf diese Frage. Das beginnt mit der, den Lohnabhängigen vorgeworfenen, mangelnden Mobilität. Wenn die Menschen mobiler werden sollen, brauchen sie eine höhere Allgemeinbildung, bessere Spezialausbildungen, Möglichkeiten ständiger Weiterbildung und Umschulung, um sich den wechselnden Erfordernissen ihres Arbeitslebens besser anpassen zu können. Man muß sie wie das Kapital mit der Fähigkeit ausstatten, sich eine neue, den gegebenen Bedingungen adäquate Qualifikation anzueignen – und das heißt letzten Endes, diese kaufen zu können. Die notwendige Qualifikation bzw. die Einrichtungen zu ihrem Erwerb müssen auf dem Markt angeboten werden und die Lohnabhängigen müssen mit der Zeit und den Mitteln ausgestattet werden, sie zu erwerben.

Sozial gesehen werden also von der wissenschaftlich-technischen Revolution an den Bildungsbereich ganz neue Anforderungen gestellt. Aus diesen sozialen Anforderungen der technischen Revolution, aus den notwendigen Reformen und Anpassungen unseres Bildungssystems an die durch die Schnelligkeit und das Ausmaß des technischen Fortschritts hervorgebrachten neuen gesellschaftlichen Bildungs- und Weiterbildungsbedürfnisse ergeben sich auch Lösungsansätze für das Arbeitslosenproblem. Pflichtschule bis zum Abitur, neue Bildungseinrichtungen zur Weiterbildung und Umschulung usw., das heißt, wenn es umgesetzt wird, einerseits Verkürzung der Lebens- und der beruflichen Arbeitszeiten und andererseits mehr Arbeitsplätze im Bildungsbereich und, über die Folgeeffekte, ebenso auch in anderen Bereichen. Das ist noch keine Lösung des Arbeitslosenproblems, aber das ist ein Lösungsansatz, der durch weitere Formen ergänzt werden muß, aus dem sich aber, im Zuge der Umsetzungspraxis, auch weitere Lösungsformen ergeben werden. Zumal wir an einem Scheideweg sind.

Im Moment bewegt sich die Bundesrepublik hin zum »zweiten Arbeitsmarkt«. Zumindest drängt die Politik der Regierungskoalition sie in diese Richtung eines Billig-Lohn-Marktes. Die steuerlich geförderte Öffnung des Bereichs der privaten Haushalte für zusätzliche Beschäftigung zeigt, daß das Ziel der staatlichen Arbeitsförderung in der Bundesrepublik die Erschließung von Billig-Arbeitsplätzen für unqualifizierte Arbeitskräfte und nicht die Bereitstellung qualifizierter Arbeitskräfte für höhere Anforderungen ist. Die Entlastung der Betriebe über den Abbau der Sozialkosten, die Förderung von Zeitjobs ohne Sozialversicherungs- oder Steuerpflicht, das Bestreben, die Arbeitszeit zu verlängern und die Schul-

zeit zu verkürzen etc., bestätigen diese Tendenz. Den »Standort Deutschland« will die Regierung, anstatt durch höhere allgemeine Qualifikation der Arbeitskräfte, durch Elitebildung auf speziellen Bildungswegen sichern. Gewiß, auch das ist ein Weg in die Dienstleistungsgesellschaft. Aber eben zugleich auch eine Bewegung in die Richtung zu der unschönen, überwunden geglaubten Dienstboten-Gesellschaft, mit tieferer Armut auf der einen und größerem Reichtum auf der anderen Seite. Übrigens ein langdauernder Prozeß, die berufstätige Generation der Gegenwart bleibt außen vor. Ich glaube kaum, daß wir wieder in dieser Gesellschaft des 19. Jahrhunderts ankommen werden. Aber das Tempo des im Gange befindlichen Sozialabbaues zeigt doch, daß der Weg in diese Richtung ganz schön abschüssig werden kann.

Der soziale Lösungsansatz zeigt den Weg in die Gegenrichtung, zu höher qualifizierter, allen Anforderungen gewachsener Arbeitskraft. Die Bewegung in diese Richtung bewirkt natürlich, mit der Steigerung der Qualifikationen, auch eine Steigerung der Einkommen, führt also eher zu einer durchaus erstrebenswerten Nivellierung der Einkommensunterschiede. Daß dies, aus ökologischen Gründen, nicht eine bloße Erweiterung des Verbrauches in seiner gegebenen Struktur bedeuten darf, sich höhere Einkommen also nicht in größerem Verschleiß unserer Lebensgrundlagen niederschlagen dürfen, ist eine andere Frage. Es würde zu weit führen, sie hier zu behandeln, aber die Hinwendung der Gesellschaft zu erweiterter Bildung ganz allgemein und die Ausdehnung der entsprechenden Dienstleistungsbereiche läßt erkennen, daß dieser Weg – anders als die Illusion von der heilenden Wirkung steigender Wachstumsraten – in eine Richtung weist, in der die Lösungsformen des Arbeitslosenproblems nicht unbedingt mit den Anforderungen ökologischer Lösungen kollidieren müssen. Im Gegenteil, der zunehmende Zwang zu ökologischer Umsicht, verbunden mit dem höheren Nationaleinkommen der High-Tech-Länder und dem höheren Bildungsgrad der Menschen, eröffnet ganz neue Lösungsmöglichkeiten für ökologische Probleme, aus denen ebenfalls neue Arbeitsplätze erwachsen. Es gibt also eine politische Schiene, auf der sich Aussichten auf neue Arbeitsplätze in einem Ausmaß eröffnen, das heute noch gar nicht zu überblicken ist. Es gilt aber die Weiche zu stellen, die auf diese Schiene führt!

Wir stehen heute vor der Frage: Gehen wir in Richtung des zweiten Arbeitsmarktes, des Billig-Lohn-Marktes oder machen wir die Menschen fit für die wechselnden Ansprüche ihres Berufslebens; gehen vorwärts in Richtung auf die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts, mit modernen, gebildeteren Menschen, fähig, die Probleme ihres Arbeitslebens zu meistern, einer Gesellschaft mit mehr Gleichheit zwischen den Menschen. Ohne kräftigen gesellschaftlichen Druck wird diese Weiche nicht positiv zu stellen sein. Sicherlich kann und muß man dabei auch Kompromisse eingehen, wenn das hilft, die dazu notwendigen Kräfte zu bündeln. Aber die Richtung muß stimmen! Die Ziele des Bergarbeiterstreiks hätten gewiß keine Lösung des Problems Kohlebergbau gebracht, aber die Richtung stimmte: Für die Krisen der Moderne sind soziale und nicht shareholders-value-Lösungen zu suchen.

DIETRICH STARITZ

Über Jochen Czerny: Restbourgeoisie und Staatskapitalismus in der DDR

Dietrich Staritz – Jg. 1934, Prof. Dr., geboren in Berlin; studierte nach einer Banklehre Wirtschaftswissenschaften, Politologie und Soziologie in Berlin (u.a. an der Humboldt-Universität); war Redakteur beim »Spiegel«, habilitierte sich, war Professor für Politische Wissenschaft an der Freien Universität Berlin und später Geschäftsführender Leiter des Arbeitsbereiches Geschichte der DDR am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung der Universität Mannheim. Lebt heute in Karlsruhe. Zahlreiche Veröffentlichungen zur politischen und sozialen Entwicklung der DDR und zum Parteiensystem der Bundesrepublik, u.a.: »Sozialismus in einem halben Lande« (1976), »Das Parteiensystem der Bundesrepublik« (Hrsg., 2. Auflage 1980), »Geschichte der DDR« (erw. Neuausgabe 1996).

Jochen Czerny:
Restbourgeoisie und Staatskapitalismus in der DDR. Mit einem Nachwort von Jörg Roesler, trafo verlag dr. wolfgang weist Berlin 1996, 116 S.

Auch Forschungen zur Sozialgeschichte, speziell wenn sie dem eigenen Lande galten, hatten es bekanntlich nicht leicht in der DDR. Wollten sie mehr als eine affirmative Rekonstruktion des von der SED organisierten Aufbaus der »entwickelten sozialistischen Gesellschaft«, so stießen sie bis 1989 stets auf politisch definierte Grenzen. Die wurden zwar nicht immer gleichermaßen rigide kontrolliert und waren seit Beginn der achtziger Jahre so durchlässig, daß zuweilen sogar nach denen gefragt werden konnte, die in den Umwälzungen der Vierziger und Fünfziger den »Siegern der Geschichte« hatten weichen müssen. Einige, wenn auch nicht viele Forschende hatten seither die Chance, in Archiven nach ihren Spuren zu suchen, Datensammlungen und Akten einzusehen sowie (freilich vorab sorgsam ausgewählte) Quellen zu gesellschaftspolitischen Entscheidungsprozessen anzuschauen. Eine durchgängige Evaluierung des im wesentlichen von ihr induzierten sozialen Wandels ließ die »Partei der Arbeiterklasse« bis zu ihrem Ende aber nicht zu und erst gar nicht eine wissenschaftliche Analyse der sozialen Substanz ihres Führungsanspruchs. So beschränkten sich die wenigen Arbeiten über Klassen und Schichten entweder auf Entwicklungen in überschaubaren Regionen oder, wenn sie auf die »Arbeiterklasse« zielten, auf spezielle Aspekte ihrer sozialen Strukturen. Zudem: Das Gros dieser Recherchen war unzugänglich. Selbst wenn sie inhaltlich zu den geplanten Resultaten geführt worden waren, transportierten sie doch fast immer sozialstatistische Daten, und die waren aus der Sicht der Wissenschaftslenker in aller Regel schutzbedürftig. Den wenigen publizierten fehlte deshalb zumeist eine breite empirische Basis, sie bogen sich vielmehr unter der Last legitimatorischer Überbauhetorik. Das galt auch für die meisten historiographischen Arbeiten zur »Intelligenz«, zu deren Analyse im letzten DDR-Jahrzehnt jedoch Soziologen (wie Ingrid und Manfred Lötsch) manches Erhellende veröffentlichten. Größere Freiräume schufen sich oder hatten anscheinend ebenfalls die Agrarsoziologen. Doch was sie, so weit es nachzulesen war, zusammentrugen, eignete sich allenfalls als Rohmaterial für eine Sozialgeschichte des ländlichen Raumes.

Für die alten städtischen Mittelschichten im Handwerk, Handel und der privaten Industrie wurde – diesen Eindruck vermittelten jedenfalls die wenigen Lektüreangebote – noch nicht einmal dieses geleistet. Offenbar forderte ihre soziale Karriere im Arbeiter- und Bauern-Staat zu heftiger wissenschaftlicher Nachfrage kaum heraus.

Tatsächlich boten sie auch nur wenig Material für die gewünschte richtige Rückschau (samt ihrer zumindest intentional immer auch zukunftsweisenden Botschaft) auf ein gleichsam immerwährendes »Werden und Wachsen« und eine ebenso ziel- wie situations- und methodenbewußte, wissenschaftliche Politik. Das galt speziell für die Gruppe der mittleren und kleinen industriellen Unternehmer sowie ihre mithelfenden Angehörigen, die nach den Umbrüchen der frühen Nachkriegsjahre übriggeblieben waren, die Verdrängungspolitik in der ersten Hälfte der Fünfziger überstanden hatten, sich seit 1956 zu Leitern »halbstaatlicher« Betriebe wandeln mußten und 1972 schließlich enteignet wurden – teilschädigt wenigstens, der einzige Fall in der DDR-Geschichte. Wie schwierig es für die Forschung war, die mit den Jahren wechselnden Bewertungen dieser Schicht und die unterschiedliche Politik ihnen gegenüber als kontinuierlich zu interpretieren, lernte Ende 1971 ein Wirtschaftswissenschaftler. Er hatte in seiner nahezu abgeschlossenen Dissertation über die Rolle der halbstaatlichen Betriebe in den damaligen VVB-Strukturen zu Recht und zudem zeitgemäß ihre Anpassungs- und Leistungsfähigkeit herausgearbeitet und mußte sich deshalb Anfang 1972 ein neues Thema suchen. Nun, nach der Verstaatlichung, verlangte sein Untersuchungsgegenstand eine ganz andere Würdigung. Er war unter ökonomischen Gesichtspunkten nicht mehr als flexibler Leistungsträger mit sicherer Zukunft »einzuschätzen«, sondern als schlußendlich liquidierte Brutstätte einer »Rekapitalisierung« der DDR.

Auch vor dem Hintergrund der differierenden Aufgaben der Geschichtspropaganda – eines der hübschesten DDR-Wörter – verdient der von Jochen Czerny vorgelegte Band Beachtung. Er enthält zwei Kapitel, die zwischen 1983 und 1987 geschrieben wurden, einen 1995 verfaßten kommentierenden Bericht über die seit der Wende gewonnenen Erkenntnisse sowie ein Nachwort von Jörg Roesler zum Ende von »Restbourgeoisie« und »Staatssozialismus«. Der älteste, 1983/84 niedergeschriebene Text referiert Czernys damalige Konzeption für die geschichtswissenschaftliche Analyse bürgerlicher Schichten, der jüngere, 1986/87 entstanden, eine Studie über »Privatindustrie und Unternehmer 1949 bis 1956«. Erarbeitet für einen (nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik nicht mehr veröffentlichten) Studienband des AdW-Zentralinstituts für Geschichte zur Sozialgeschichte der frühen DDR, widerspiegeln beide zu einem Gutteil die Aufbruchstimmung von Historikern in der Hochzeit des neuen »Erbe«-Verständnisses. Damals schien es manchen (über den Blick auf Luther oder Preußen hinaus) auch hinsichtlich der DDR-Geschichte angezeigt, nicht bloß die Sequenzen und Konstellationen aufzuarbeiten, die als traditionsstiftend galten, sondern sich (wie etwa die Bismarckforschung) dem ganzen »Erbe« zuzuwenden, Untergegangenem ebenso wie Unabgeholtem. Als zulässig empfanden es jetzt einige, in historischen Prozessen mehr als die Resultate von Gesetzmäßigkeiten zu sehen, und einzelne begannen, nach Handlungsalternativen oder konkurrierenden Optionen zu fragen – politische Entscheidungen also nicht mehr als rundum zwangsläufig und legitimiert darzustellen. Derlei Fragen an die DDR-Ge-

schichte wurden damals freilich so selten öffentlich gestellt, daß man sie leicht überhörte oder als eher schüchternen Beginn einer längst überfälligen Modernisierung des kanonisierten Historischen Materialismus wahrnahm. Und tatsächlich: Weit vorangekommen war die ostdeutsche Zeitgeschichtsschreibung zur DDR bis 1990 ja auch nicht.

Gleichwohl ist es für einen Außenstehenden doch überraschend, jetzt zu lesen, daß Czerny in seiner Forschungskonzeption 1983/84 festhielt, die bis dahin geleisteten Arbeiten hätten einerseits weder die materielle oder mentale Situation dieser sozialen Gruppe ernsthaft berücksichtigt noch ihre Interessen »für sich genommen«, andererseits aber die Kontinuität der SED-Politik »überbetont«, obwohl doch die »Bündnispolitik« gerade auf diesem Felde ein »unaufhörlicher Lernprozeß« gewesen sei, der sich »streckenweise in trial and error vollzogen« habe. (S. 15f.) Wollte man, schrieb er, die in der Zwischenzeit gewonnenen Maßstäbe auf seinen Untersuchungszeitraum »zurückprojizieren«, dann ließe das die Politik der Partei als partiell »widersinnig, mitunter chaotisch erscheinen...«, und er warb um Verständnis für das auf diesem Politikfeld noch ungenügend entwickelte Problembewußtsein, »ohne damit jedes Manöver und jede Dummheit der fünfziger Jahre erklären und rechtfertigen zu können«.

Für ihn war es daher 1986/87 – so zeigt es seine knappe »Studie« (S. 20-68) – denn auch keineswegs ausgemacht, daß alle Weichenstellungen der Parteiführung zwischen 1949 und 1955 den aktuellen ökonomischen bzw. den übergreifenden politisch-ideologischen Zielen gemäß oder wenigstens in sich schlüssig waren. Auch wenn er sich mit der Partei den Sozialismus selbst mit einer bloß restlichen Bourgeoisie offenbar nicht wirklich denken mochte, so zeichnete er doch ihre ökonomisch wie kulturell höchst problematische Marginalisierung vergleichsweise einfühlsam nach, fragte nach den Ursachen für den 1949 erfolgten Verzicht auf die rasche Enteignung, und konstatierte, daß nach dem Aufschieben der Verstaatlichung die Steuern in das »Zentrum des Klassenkampfes« rückten, ein Versuch, die »Eigentumsfrage« durch Steuererhöhungen und rigides Steuerneintreiben, aber auch das neue Wirtschaftsstrafrecht zu entscheiden.

Die industriellen Unternehmer und ihre mitarbeitenden Angehörigen waren unter den 1953 gezählten 192.000 (1955 = 185.780) Selbständigen (samt mitarbeitendem Anhang) nur eine relativ kleine Gruppe. Czerny bezifferte sie für Ende 1953 auf (gerundet) 16.200, für Ende 1955 auf 16.000 Personen. Sie verwalteten jedoch 1950 fast drei Viertel (17.500) der Industriebetriebe, und in denen waren 24,3 Prozent der Industrierwerktätigen beschäftigt, die 23,5 Prozent des industriellen Bruttoprodukts erwirtschafteten. 1955 wurden noch 13.800 Unternehmen gezählt, etwa 70 Prozent des Bestandes, in denen ein Sechstel der industriell Tätigen ein knappes Siebtel des Bruttoprodukts herstellte. Zwischen 1953 und 1955 arbeitete rund die Hälfte der Lohnabhängigen dieses Sektors in Betrieben mit weniger als 50 Mitarbeitenden, und in diese Größenklasse gehörten damals rund 83 Prozent der Privatunternehmen, nur 0,1 Prozent beschäftigten mehr als 500 Menschen.

Die noch in den Achtzigern herrschenden Deutung, die zwischen Sozialisierungsideologie und ökonomischem Pragmatismus schwankende Politik – erst Enteignung, dann Verdrängung oder Indienstnahme, schließlich Kooperation – sei im wesentlichen Antwort des Staates auf den sich verschärfenden politischen Widerstand (»Klassenkampf«) der Bourgeoisie gewesen, ließ er nicht gelten: Ein Urteil darüber, in wievielen Fällen die behauptete bewußte Schädigung des Staates tatsächlich Ergebnis »zielstrebig(er) staatsfeindlicher Tätigkeit« gewesen sei, »entzieh(e) sich der Kenntnis des Historikers«; er jedenfalls gehe davon aus, daß es sich in der »sozialgeschichtlich relevanten Masse der Fälle« von Gewinnverschleierung, Steuerhinterziehung, Spekulation etc. um Praktiken gehandelt habe, »die in der Privatwirtschaft seit jeher gang und gäbe waren«, um alltäglichen Kapitalismus mithin. Er attestierte der Mehrzahl der Unternehmer vielmehr weitreichende Folgebereitschaft, eingeübt schon seit den frühen Vierzigern unter den Bedingungen der nazistischen Bewirtschaftungsmaßnahmen.

Zudem: Absichten, die alte Eigentumsordnung wiederherzustellen, hätten schon wegen des Fehlens einer legalen politischen Vertretung des Industriebürgertums keine Chance gehabt, ganz abgesehen von der ökonomischen Situation der Restschicht, die aufgrund ihrer Einbindung in Plan und Vertragsbeziehungen noch nicht einmal zur einfachen Reproduktion der eigenen Klasse in der Lage war (was ihn in anderem Zusammenhang zu der berechtigten Frage führt, ob sie denn, im Marxschen Sinne, eine solche überhaupt noch gewesen sei). Ihre materielle Lage war, legte man die herrschenden Differenzierungskriterien zugrunde, gut, wenn auch nicht privilegiert. Treffen die vom Verfasser aus DDR-Akten mitgeteilten Zahlen zu, dann lag das jährliche durchschnittliche Nettoeinkommen der »Privatindustriellen« 1951 mit knapp 5.000 DM (1955 = DM 6.400) um gut 40 Prozent (1955 ca. 47 Prozent) über dem von Arbeitern in der Staatswirtschaft und um rund 230 Mark (1955 ca. 4.120 DM!) unter dem von Handwerksmeistern, allerdings auch um 80 Prozent (1955 = knapp 93 Prozent) über dem der von ihnen beschäftigten Arbeiter. Deren Löhne im Interesse des Klassenzieles wie der gewünschten Arbeitskräfte lenkung niedrig zu halten, war die erklärte Absicht der Lohnplanung, und auch dies forderte die Privaten heraus, die Beschäftigten durch außerplanmäßige und deshalb zu kriminalisierende Gratifikationen zu binden. Ersatz- und umfangreichere Neuinvestitionen waren so nur mit Hilfe von Krediten oder anderen staatlichen Mitteln möglich. Auch angesichts dieser Umstände, resümierte Czerny wohl zutreffend, habe all das, was seit der 2. Parteikonferenz im Juli 1952 bis zum »Neuen Kurs« vom Juni 1953 geschah, »von der ›Steuereintreibungs‹-Kampagne bis zum schikanösen Lebensmittelkartenentzug«, das seit dem Aufschub der Enteignungen »aufgekommene Vertrauen« mehr oder minder erschüttert, wenn nicht »zerstört«. Ob es später tatsächlich nachwuchs? Sicher scheint nur, daß jene, die blieben (die Zahl der zwischen 1949 und 1955 emigrierten Unternehmer teilt er nicht mit), sich zumeist – und seit den späten fünfziger Jahren auch mit höheren Einnahmen

– in die Verhältnisse schickten, die die Parteiführung setzte. Vielleicht auch deshalb, Czerny deutet diese Möglichkeit in der Skizze eines »Unternehmerpsychogramms« an, weil die verbliebenen DDR-»Kapitalisten« sich eher als Handwerker, Tüftler, Erfinder sahen denn als Unternehmer, keinen nennenswerten Expansions-eifer hatten, bodenständig oft seit Generationen waren, patriarchalisch agierten sowie, das wäre hinzuzufügen, ebenso autoritär wie obrigkeitfixiert, d.h. jene »Wesenszüge« aufwiesen, die sich in den gegebenen »Rahmenbedingungen für Unternehmertum einigermmaßen entfalten konnten, zumindest nicht verleugnet werden mußten«.

Alles in allem: Einen umfassenden Überblick über die Lebensweise dieser Schicht, ihre Traditionen und ihren politisch-kulturellen Platz in der ostdeutschen Gesellschaft dieser Jahre erarbeitete Czerny seinerzeit nicht, wohl aber relativ dichte Informationen über ihre Indienstnahme, die ihr zugrundeliegenden wechselnden politischen und ökonomischen Motive sowie etliche wichtige Daten zu ihrer wirtschaftlichen Bedeutung und materiellen Situation. Für seinen Untersuchungszeitraum hat die Forschung, das zeigen der 1995 verfaßte Literaturbericht und der angenehm polemische Kommentar, bis dahin Neues vor allem insofern gebracht, als seit dem Ende der DDR genauere Einblicke in die politischen Entscheidungsprozesse möglich sind und nun besser zu erkennen ist, welchen Strategien, taktischen Varianten und Zufälligkeiten sie folgten. Zudem lassen sich anhand von Firmen- und Familiengeschichten sowie zusätzlichem biographischen Material Befindlichkeit und Selbstverständnis dieser Schicht besser rekonstruieren. Deutlich macht der Überblick ebenfalls, daß sich ehemalige DDR-Historiker vom alten Forschungsparadigma Bündnispolitik ab- und dem neuen Analysekonzept Diktatur zuwendeten. Diesen Wechsel hat auch Czerny vollzogen, der seiner Sammelrezension den Titel »SED-Diktatur und Privatindustrielle« gab. Im Rückblick allerdings fragt er wieder gleichsam bündnispolitisch, ob ein anderer, klügerer Umgang mit der »Restbourgeoisie«, der Verzicht auf ihre Enteignung, der DDR-Gesellschaft einen Teil jener »Lebens- und Selbstheilungskraft« belassen hätte, die vielleicht fähig gewesen wäre, auch die Krise von 1989 zu meistern. Mit dieser Überlegung setzt sich Jörg Roesler im Nachwort auseinander. Er kommt zu dem Ergebnis, daß die 1972 noch vorhandenen rudimentären Elemente privatwirtschaftlicher Strukturen ohne eine grundlegende Änderung des volkswirtschaftlichen Lenkungsmechanismus weder quantitativ noch qualitativ hingereicht hätten, den ökonomischen Niedergang der DDR auch nur abzubremsen. Zwar generell besser für die dringend erforderliche Innovation geeignet als die überdimensionierten Industriekombinate, waren die halbstaatlichen Betriebe doch so sehr in sie eingebunden, daß sie strukturell unfähig wurden, ihre Potentiale produktiv zu nutzen. Dem ist zuzustimmen. Ebenso aber der Entscheidung des Verlages, mit der Präsentation »grauer« Vorwendeliteratur Einblicke in den damaligen Stand der ostdeutschen DDR-Geschichtsschreibung zu geben und durch die Beigabe eines selbstkritischen Autorenrückblicks Informationen über dessen Zugewinn seither.

ROLF BADSTÜBNER

Die geheimgehaltenen und verleugneten sowjetischen Zerstückelungsabsichten gegenüber Deutschland und das Dilemma der KPD

Daß Stalin und die sowjetische Führung im wie nach dem Zweiten Weltkrieg eine Politik der Zerstückelung Deutschlands, die von den Westalliierten zeit- und teilweise favorisiert wurde, prinzipiell abgelehnt hätten und stets für das Recht des deutschen Volkes auf einen Nationalstaat, wie es sich aus einer marxistischen Haltung zur nationalen Frage tatsächlich oder vermeintlich ergab, eingetreten seien, war seit 1945 ein fester Bestandteil der erklärten und behaupteten Absichten und Ziele sowjetischer Politik und spielte vor allem auch in den Auseinandersetzungen des Kalten Krieges eine große Rolle.

Als Gegenfolie hierzu diente ein grobschlächtiges Bild von während des Zweiten Weltkrieges entwickelten westlichen Zerstückelungsplänen, deren weitere, wenngleich modifizierte Verfolgung nach 1945 dann zwangsläufig zur Spaltung Deutschlands geführt hätte.

Eine Aufteilungs- oder Zerstückelungspolitik gegenüber Deutschland wurde quasi als absolut schlecht und verdammenswert und typisch imperialistisch dämonisiert, ohne sie im Kontext der deutschen Frage ernsthaft zu hinterfragen und echt zu problematisieren. Es trat völlig aus dem Blickfeld, daß Aufteilung, Zerstückelung und Verkleinerung des offenbar übermächtigen europäischen Zentralstaates Preußen-Deutschland, der auf seinem hegemonialen Sonderweg das europäische Gleichgewicht und die Sicherheit der europäischen Völker wiederholt gefährdet hatte, Bestandteile einer europäischen Lösung der deutschen Frage¹ waren, auf die man möglicherweise auf die eine oder andere Weise zurückgreifen mußte. In diesem Kontext und den Konstellationen der Jahre 1941 und folgende schienen Dismemberment-Überlegungen als eines oder letztes Mittel zur Erlangung dauerhafter Sicherheit vor Deutschland und im Interesse europäischer Friedensgestaltung, die allenthalben angestellt wurden, durchaus legitim – und das galt auch für die Sowjetregierung. Gegenüber Preußen bestand sogar Einigkeit zwischen allen Mächten über eine Aufteilung oder Zerstückelung, und sie wurde dann ja auch bei der Gliederung der Besatzungszonen in Länder und Provinzen durch das Auflösungsgesetz des Alliierten Kontrollrates in Deutschland sowie auch auf dem Wege der Gebietsabtrennungen im Osten, die ja auch als Element einer faktischen Zerstückelung Vorkriegsdeutschlands gewertet werden konnten, durchgeführt. Französische Bestrebungen nach analogen Gebietsabtrennungen im Westen konnten sich allerdings nicht durchsetzen.

Rolf Badstübner – Jg. 1928, Professor der neueren Geschichte, ist seit den sechziger Jahren mit Publikationen zur deutschen Nachkriegsgeschichte hervorgetreten, u.a. mit Wilfried Loth (Hrsg.): Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953, Berlin 1994.

1 Siehe dazu Wolf D. Gruner: Die deutsche Frage in Europa 1800-1990, München 1993.

2 Die Wahrheit über die Politik der Westmächte in der deutschen Frage (Historischer Abriss), hrsg. von den Ministerien für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR und der DDR, o.O.(1959), S. 11.

3 »Die sowjetische Regierung hat – im Unterschied zu den Westmächten – selbst keinerlei Konzeptionen oder Pläne zur Zerstückelung Deutschlands entwickelt.«
Rolf Badstübner/Siegfried Thomas: Die Spaltung Deutschlands 1945-1949, Berlin 1966, S. 23.

4 Der Verf. bezieht dies auf sich und andere ehemalige DDR-Historiker.

5 Foreign Relations of the United States 1941, 1942, 1943, 1944, 1945, Washington 1956-1970.

6 British Foreign Policy in the Second World War, Vol. I-V, London 1970-1976.

7 Siehe The Conferences at Cairo and Teheran 1943, Washington 1961, S.600ff.

8 Siehe The Conferences at Malta and Jalta, Washington 1955, S. 612ff.

9 In den Jahren 1978/9 gab das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR eine sechsbändige Dokumentensammlung »Die Sowjetunion auf internationalen Konferenzen während des Großen Vaterländischen Krieges 1941-1945« mit den sowjetischen Protokollen und anderen Materialien der Moskauer Außenministerkonferenz von Oktober 1943 und der Gipfelkonferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam heraus. Sie erschienen Mitte

Doch all das blieb in der oben charakterisierten, verkürzten und einseitigen Zerstückelungsdämonisierung, wie sie z.B. in dem 1959 erschienenen Weißbuch der Außenministerien der UdSSR und der DDR verbreitet wurde, ausgeblendet. Darin hieß es als Fazit: »Die historische Wahrheit besteht darin, daß...die Sowjetregierung fest darauf bestand, daß man das deutsche Volk nicht mit der Hitlerclique gleichsetzen und ihm gegenüber keine Politik der Rache, der nationalen Entwürdigung und der Unterdrückung führen dürfe. Sie betonte vielmehr, daß es notwendig sei solche Bedingungen zu schaffen, die die Entwicklung Deutschlands als eines einheitlichen, friedliebenden und demokratischen Staates gewährleisten konnten. Diese Haltung nahm die Sowjetunion im ganzen Verlauf des Krieges ein und von ihr wich sie auch bei den Verhandlungen mit ihren westlichen Bündnispartnern über die Gestaltung Nachkriegsdeutschlands nicht um einen Schritt ab.«²

Natürlich beeinflussten solche als kompetent einzustufenden Darlegungen auch die Sichtweise der sich in der DDR entwickelnden Zeitgeschichtsschreibung maßgeblich, da zur Verifizierung keine Archivalquellen zugänglich waren.³ Es war damals schwer vorstellbar⁴, daß das sowjetische Außenministerium eindeutige und ihr – zumindest, was seine Leitung anging – bekannte(!) Fakten unterschlug und bewußt Geschichte fälschte.

Die seit Mitte der fünfziger Jahre sukzessive herausgegebenen US-amerikanischen⁵ und die in den siebziger Jahren erschienenen britischen⁶ Quelleneditionen zum Thema ermöglichten zwar auch eine differenziertere Sicht auf die sowjetische Politik – aber doch nur begrenzt. Und da in den Auseinandersetzungen des Kalten Krieges die US-amerikanischen Jalta-Papers von sowjetischer Seite scharf attackiert worden waren, mußte man gegenüber jenen Quelleneditionen zumindest eine kritische Distanz für angebracht halten.

Außerdem schienen, wenn man von den frühen Gesprächen zwischen Stalin/Molotow und dem britischen Außenminister Eden Ende 1941 in Moskau absah bzw. sie relativierte, auch die Protokolle der Gipfelkonferenzen von Teheran und Jalta amerikanischer Provenienz die eingangs charakterisierte sowjetische Interpretation der sowjetischen Position in der Zerstückelungsfrage eher zu bestätigen als zu widerlegen. Denn Stalin reagierte in Teheran lediglich auf westliche Zerstückelungsvorschläge und stellte diese eher in Frage, als daß er zustimmte.⁷ Die in der Teilungsfrage auf der Krimkonferenz unter sowjetischer Mitwirkung gefaßten Beschlüsse, nämlich, Einführung der Teilungsabsicht (oder Möglichkeit) in die Kapitulationsurkunde und Einsetzung einer Kommission in London zur Ausarbeitung konkreter Vorschläge,⁸ konnte – ohne aufhellende sowjetische Hintergrundpapiere – auch so interpretiert werden, wie es seitens der sowjetischen Seite in offiziellen Darstellungen geschah.

Auch die in den siebziger und achtziger Jahren herausgegebenen sowjetischen Quelleneditionen mit A.A. Gromyko(!) an der Spitze der Hauptredaktion⁹ untermauerten in der Zerstückelungsfrage die bisher entwickelte sowjetische Position, ohne sie nennenswert zu vertiefen. In der Einführung des Jalta-Bandes hieß es dazu: »Als

die Kommission zur Aufteilung Deutschlands jedoch in London ihre Tätigkeit aufnahm, richtete der Vertreter der UdSSR, F.T. Gusew, am 26. März 1945 im Auftrag der Sowjetregierung an den Ausschußvorsitzenden Eden ein Schreiben mit folgender Erläuterung: »Die sowjetische Regierung faßt den Beschluß der Krimkonferenz über die Aufteilung Deutschlands nicht als verbindlichen Plan zur Aufteilung Deutschlands auf, sondern als eine mögliche Perspektive der Druckausübung auf Deutschland, wenn sich die anderen Mittel als unzureichend erweisen sollten.«...Durch das Schreiben der Sowjetregierung wurde die Frage der Aufteilung Deutschlands von der Tagesordnung der Kommission abgesetzt...

Am 9. Mai 1945 erklärte der sowjetische Regierungschef in einem Aufruf an das Sowjetvolk: »...Die Sowjetunion feiert den Sieg, wenn sie sich auch nicht anschickt, Deutschland zu zerstückeln oder zu zerschlagen.« Das war die wirkliche Haltung der Sowjetunion zur Aufteilung Deutschlands.¹⁰

Allerdings, ganz so geradlinig schienen sich die Dinge doch nicht zu verhalten; denn auch die selbst herausgegebenen Protokolle sprachen eine etwas andere, wenngleich nicht eindeutige Sprache. Wie war zu erklären, daß Molotow in dieser Frage offensichtlich weiterging als seine westlichen Kollegen: »Molotow sagt, man müsse in den Bestimmungen der Kapitulation die nachdrückliche Meinung der Alliierten zur Notwendigkeit der Aufteilung Deutschlands festhalten.

Eden erklärt, die von Molotow vorgeschlagene Formulierung verpflichtete die Alliierten zum Handeln.

Molotow entgegnete, er würde folgende Formulierung vorschlagen: »Für die Sicherheit in Europa halten es die Alliierten für erforderlich, Deutschland aufzuteilen.«¹¹ Das stieß erneut auf westlichen Widerspruch, und es kam dann zu den o.g. Beschlüssen.

In bezug auf die sowjetischen Quelleneditionen war zwar nicht zu übersehen, daß sie stark selektiven Charakter trugen und in Umfang, Dichte und Tiefenebenen der Überlieferungen sowie des editorischen Aufwandes bzw. der editorischen Sorgfalt qualitativ deutlich gegenüber den einschlägigen amerikanischen und britischen Quelleneditionen abfielen. Dennoch überrascht und bestürzt, daß, wie nun durch neu erschlossene Quellen ersichtlich wird, die Selektion auch so weit ging, daß sowjetischerseits ganze Quellengruppen unterschlagen bzw. ignoriert wurden.

Denn die Anfang dieses Jahres in Moskau erschienene Edition von Quellen des sowjetischen Außenministerium (gebräuchliche Abkürzung Narkomindel) zur deutschen Frage¹² fördert im Rahmen vieler neuer Fakten, die es ermöglichen, eine weit differenziertere Sicht auf die sowjetische Politik in der deutschen Frage und eine größere Sicherheit des Urteils zu gewinnen, vor allem als völlig neue Erkenntnis zutage, daß in den deutschlandpolitischen Planungen von Narkomindel nicht nur auch Pläne zur Aufteilung Deutschlands ausgearbeitet wurden, was nicht völlig überraschen würde, da man sich ja zu westlichen Teilungsplänen positionieren mußte. Viel gravierender ist, daß die Zerstückelung als eine Grundkonstante aller Planungen fungierte, daß sie als unerläßlich galt und daß sie tatsächlich noch bis nach Jalta als ein, allerdings

der achtziger Jahre in der DDR in einer deutschen Ausgabe. In diesem Kontext seien genannt Band 2: Die Teheraner Konferenz der höchsten Repräsentanten der drei alliierten Mächte - UdSSR, USA, Großbritannien, Moskau/Berlin 1986; Band 4: Die Krim(Jalta)-Konferenz der Repräsentanten der drei alliierten Mächte - UdSSR, USA, Großbritannien, Moskau/Berlin 1986.

10 Die Krim(Jalta)konferenz (Anm.9), S. 20/1.

11 Ebenda, S. 71.

12 Historisch-Dokumentarisches Department des MID Rußlands/Zentrum für Zeit-historische Forschung Potsdam: Die UdSSR und die Deutsche Frage 1941-1949. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation Moskau/ Internationale Beziehungen 1996, Bd. 1 Die UdSSR und die deutsche Frage 22. Juni 1941-8. Mai 1945, (hrsg. von G.P. Kynin und J. Laufer). Siehe auch die Rezension d. Verf. in ZfG 7/1997.

gegenüber den Westalliierten im Hintergrund gehaltenes, deutschlandpolitisches Hauptziel verfolgt wurde.

Offensichtlich bildeten hierfür, wie für die Formulierung und Festlegung der grundlegenden sowjetischen Kriegsziele überhaupt, bereits die Ende 1941 geführten Gespräche Stalins und Molotows mit dem britischen Außenminister Eden einen wesentlichen Ausgangspunkt. Verbunden mit dem Bemühen um einen sowjetisch-britischen Interessenabgleich benannte Stalin als die entscheidenden sowjetischen Kriegsziele: Wiederherstellung der sowjetischen Westgrenze, wie sie bis zum Juni 1941(!) bestand; Herstellung einer, von den westlichen Verbündeten möglichst respektierten, der UdSSR vorgelagerten sowjetischen Einfluß- und Interessensphäre; Wiedergutmachung (Reparationen); dauerhafte Beseitigung der von Deutschland ausgehenden Kriegsgefahr vor allem durch (lt.»Zusatzprotokoll...« Punkt 17b,c) die Aufteilung Deutschlands in mehrere unabhängige Staaten, verbunden mit größeren Gebietsabtrennungen im Osten. Der östliche Teil Ostpreußens sollte zusätzlich an die UdSSR (Litauen) fallen, der westliche an Polen.¹³

13 Siehe ebenda, Dok.11,12,13, S. 124ff.

14 Siehe ebenda, Dok. 7.

15 Ebenda, S. 119.

16 Ebenda, Anm. 18, S. 646.

Über die Zerstückelung Deutschlands hat es möglicherweise bereits im Vorfeld der Gespräche mit Eden im Politbüro der VKP(b), zumindest aber zwischen Stalin und Molotow eine Art Beschlußfassung gegeben, denn schon am 21. November 1941¹⁴ hatte Molotow dem sowjetischen Botschafter in London, Maiskij, als Grundsatzorientierung Stalins übermittelt, »daß Österreich als unabhängiger Staat aus Deutschland herausgelöst, und Deutschland selbst, Preußen inbegriffen, in mehrere größere oder kleinere Staaten aufgeteilt werden sollte, um in der Zukunft eine höchstmögliche Garantie für die Sicherheit der europäischen Staaten zu gewährleisten.«¹⁵ Maiskij übermittelte Churchill am 27. November 1941 in einem Gespräch, in dem dieser auch eigene Teilungsvorschläge entwickelte, diese sowjetischen Positionen.¹⁶

Die genannten sowjetischen Kriegsziele bestimmten maßgeblich die Planungsarbeiten und Aktivitäten des Narkomindel und die Arbeit der drei Kommissionen, die auf Beschluß des Politbüros der VKP(b) im Herbst 1943 im bzw. beim Narkomindel gebildet worden waren: die vom stellvertretenden Außenminister Litwinow geleitete Kommission für Fragen der Friedensverträge und der Nachkriegsordnung, die von Woroschilow geleitete Kommission zu Fragen des Waffenstillstandes und die Kommission für Fragen der Wiedergutmachung (Reparationen), die unter der Leitung von Maiskij stand.

Die Zerstückelungsproblematik wurde in der Litwinov-Kommission intensiv bearbeitet. In dem Arbeitsplan der Kommission über Nachkriegsordnung und Friedensvertragsfragen, den Litwinow Stalin und Molotow am 4. September 1943 zur Bestätigung übermittelte¹⁷, und der 33 nach Ländern und Sachfragen gegliederte Hauptpunkte umfaßte, hieß es unter »V. Deutschland. 1. Zukünftige Ordnung Deutschlands, 2. Unterschiedliche Varianten der staatlichen Aufteilung Deutschlands, 3. Ostpreußen, 4. Schlesien, 5. Danzig, 6. Memelgebiet, 7. Deutsch-sowjetische Grenze, 8. Deutsch-polnische Grenze...«¹⁸

17 Ebenda, Dok. 55.

18 Ebenda, S. 243/4.

Zur Beratung und Bearbeitung der einzelnen Themenkomplexe

wurden, unter Einbeziehung zahlreicher Wissenschaftler und Experten, Unterkommissionen und Arbeitsgruppen gebildet.

Besondere Aufmerksamkeit verdient in diesem Zusammenhang ein umfangreiches und detailliertes Papier, das Akademiemitglied Varga am 27. September 1943 Litwinow übersandt hat¹⁹ und in dem verschiedene »Varianten der Teilung Deutschlands« dargelegt und gegeneinander abgewogen werden.

Der Zwischenbericht über die bisherigen Ergebnisse der Arbeit der Litwinowkommission zur Behandlung Deutschlands, der am 9. März 1944 Molotow übermittelt wird²⁰, bekräftigt als damalige sowjetische Position, daß das Ziel einer Beseitigung des deutschen Kriegspotentials und der Bannung erneuter Kriegsgefahr die Aufteilung Deutschland in mehrere unabhängige Staaten erforderlich macht.²¹

Schließlich favorisierte die Litwinowkommission in einem Bericht vom 12. Januar 1945 die Aufteilung Deutschlands in fünf unabhängige Staaten: Rest-Preußen; Sachsen und Thüringen; ein süddeutscher Staat mit Bayern, Württemberg und Baden; Rheinland-Westfalen; Hannover, Oldenburg und Bremen.²²

Mit diesem Konzept gingen Stalin und Molotow offensichtlich in die Konferenz von Jalta, und das erklärt ihr Verhalten. Auf der anderen Seite versuchten sie weiterhin so zu taktieren, daß nicht die Sowjetunion, sondern die britische und amerikanische Seite als Inspirator der Zerstückelung erscheinen sollten.

Nach den Überlieferungen von Narkomindel hat es, was überrascht, zum Zerstückelungskonzept offensichtlich keine Alternativplanungen gegeben. Somit war die sowjetische Position in der deutschen Frage bis Jalta eigentlich stärker auf eine Aufteilung Deutschlands festgelegt, als dies bei ihren westlichen Alliierten der Fall war. Denn sowohl State Department wie Foreign Office nahmen gegenüber den insbesondere von Stabschefs und Kriegsministerien favorisierten Zerstückelungsplänen, die auch Roosevelt und Churchill zeitweilig stark beeinflussten, eher eine ablehnende Haltung ein und entwickelten dementsprechende Alternativplanungen.²³

Der abrupte sowjetische Kurswechsel in der Zerstückelungsfrage, wie er dann offensichtlich in der letzten Märzwoche 1945 erfolgte, kann durch die Überlieferung von Narkomindel nicht aufgehellt werden; denn dessen deutschlandpolitische Planungsarbeit endet faktisch im Vorfeld von Jalta, wie die Bearbeiter der Quellenedition in ihrer Einführung feststellen.²⁴ Es gelang den Bearbeitern bedauerlicherweise »trotz vielfältiger Bemühungen nur ansatzweise, die einschlägigen Quellenbestände außerhalb des russischen Außenministeriums für eine fundierte Erläuterung der edierten Dokumente heranzuziehen«.²⁵

»Unter Ausschluß von Vertretern des Narkomindel erfolgte am 25. Februar 1945 die Bildung des ›Sonderkomitees für Deutschland<... unter Vorsitz von G.M. Malenkow...«, in dessen Arbeit aber nicht an die bisherigen Deutschlandplanungen angeknüpft wurde, sondern eine Konzentration auf Erfordernisse der Besetzung und solche Ziele wie Kriegsbeute und Reparationen, erfolgte.«²⁶

Diese Feststellung der Bearbeiter der Quellenedition wirft sicher eher Fragen auf, als daß sie solche beantwortet.

19 Ebenda, Dok. 58.

20 Ebenda, Dok. 91.

21 Ebenda, S. 448.

22 Ebenda, Dok. 141.

23 Einen informativen Überblick unter Auswertung der Forschungsliteratur hierzu bietet W. D. Gruner (Anm.1), S. 204ff.

24 Die UdSSR und die deutsche Frage (Anm.12), S. 39.

25 Ebenda, S. 32.

26 Ebenda, S. 41.

Völlig offen bleibt, was die sowjetische Führung zu ihrem Kurswechsel in der Zerstückelungsfrage bewogen hat, wann und von wem entsprechende Entscheidungshilfen ausgearbeitet sowie Positionspapiere erarbeitet und vorgelegt worden sind. Darüber läßt sich weiterhin nur spekulieren.

Im Kontext der Gespräche mit Eden machen die Bearbeiter der Quellenedition folgende aufschlußreiche Feststellung: »Noch bevor die Nachkriegsplanungen im Narkomindel aufgenommen wurden, suchte Stalin zur Jahreswende 1941 Einflußsphären (einschließlich Grenzen) in Europa und grundlegende Fragen der Behandlung Deutschlands durch eine geheime Vereinbarung mit der britischen Regierung festzuschreiben...«.²⁷ Wenn man davon ausgeht, daß Stalin sich dabei auf ausgearbeitete sowjetische Positionspapiere gestützt haben müßte, dann bedeutet das, daß diese nicht im Narkomindel, sondern anderswo, wahrscheinlich in der Abt. für Europäische Angelegenheiten beim ZK der VKP(b) ausgearbeitet worden sind. Hier existierte zweifellos auch weiterhin eine Art Parallelschiene, die offensichtlich nach Jalta entscheidende Bedeutung erlangte.

Die sowjetische Zerstückelungsabsicht und die betreffenden Pläne wurden offensichtlich auch gegenüber der Moskauer Führung der KPD geheimgehalten.

Aufschlußreich ist das Fehlen jeglicher Überlieferung über eine Nutzung der in Moskau betriebenen Nachkriegsplanungen der KPD durch Narkomindel und umgekehrt die weitgehende Unkenntnis der KPD im Hinblick auf Einschätzungen und Planungen seitens des Narkomindel.²⁸

Denn die gesamte Planungsarbeit der KPD für die Nachkriegszeit basierte auf der Voraussetzung, daß Deutschland oder das Deutsche Reich nicht grundsätzlich in Frage gestellt, sondern, wenngleich in modifizierter Form, fortexistieren würden.

So hieß es im »Aktionsprogramm des Blocks der kämpferischen Demokratie«:

»Neubau des Reiches auf solidem Grund«...»nationale Neugeburt Deutschlands«.²⁹

Dies war somit, wie sich nun zeigt, auch was die sowjetische »Bruderpartei« anging, in hohem Maße auf Sand gebaut.

Auch die Informationen, die die KPD-Führung seitens der sowjetischen Seite über die Krim-Konferenz erhielt, hatten offensichtlich den Teilungsbeschluß ausgespart, wie sich aus einem Vortrag Wilhelm Piecks vom 1. März 1945 folgern läßt, in dem die Krimbeschlüsse ohne Bezug auf die Teilungsproblematik erläutert wurden.³⁰

Offensichtlich erst zu einem späteren Zeitpunkt und möglicherweise nach(!) dem sowjetischen Kurswechsel³¹, über den Pieck logischerweise ebenfalls nicht informiert wurde, findet sich in einer Rededisposition eine grundlegend andere, offenbar aufgeschreckte Sicht Wilhelm Piecks, die auch einen beträchtlichen Grad von Konfusion reflektiert:

»Zur Lage Deutschlands

sehr ernst – nicht glauben, daß nicht so heiß gegessen, wie gekocht

27 Ebenda, S. 35.

28 Ebenda, S. 39/40.

29 Maschinenschriftliche Abschrift des Entwurfs von Anton Ackermann von Ende 1944. In: »Nach Hitler kommen wir«. Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, Hrsg. von Peter Erler, Horst Laude u. Manfred Wilke, Berlin 1994, S. 290.

30 »Probleme des Kampfes für ein neues Deutschland«- Handschriftliche Disposition Wilhelm Piecks für eine Lektion auf dem 2. Lehrgang der Parteischule der KPD, am 1. März 1945 vorgetragen. In: »Nach Hitler kommen wir« (Anm.28), S. 361-374.

31 Diese Rededisposition ist im Nachlaß unter dem Datum 25. Mai 1945 überliefert. Aus dem Text geht jedoch eindeutig hervor, daß

Jaltabeschlüsse
vollständige Zerschmetterung Deutschlands

...

Gebietsabtrennungen im Osten an Polen

...

und schließlich ein neues Ländersystem
eine Föderation von 9-10
ungefähr gleich großen Staaten
mit neu erstandenen Städten als Zentren –
Hamburg, Bremen, Berlin
Köln, Frankfurt, Weimar
Dresden, Breslau –

...

Deutschland stirbt nicht, es ist im Begriff, eine neue Gestalt anzunehmen und in einen neuen Zustand überzugehen...

An eine eigentliche Auflösung des Reiches gegen den Willen der Deutschen ist nicht gedacht – soviel wir wissen...

die Weiterführung des aussichtslosen Krieges würde das Ende der Nation bedeuten.

Wenn das deutsche Volk sich weiter willenlos und widerstandslos ins Verderben führen läßt...dann wird Hitler nur durch die Waffen der Koalition gestürzt. Das wäre das Ende unserer nationalen Freiheit und unseres Staates, das wäre die Zerstückelung unseres Vaterlandes. Und gegen niemanden könnten wir dann Anklage erheben als gegen uns selbst...

Veränderung der Lage von Grund auf
darauf unsere Politik und Arbeit orientieren.

Besetzung Deutschlands schafft andere Bedingungen.

Damit auch Bedeutung des Nationalkomitees – schrumpft zusammen

keine Basis mehr
deutsches Reich wird nicht mehr sein...«³²

Am 10. April 1945 schlußfolgerte Wilhelm Pieck in einer Lektion aus der geänderten Lage, daß man mit einer längeren Zeit eines strengen Besatzungsregimes in Deutschland rechnen müsse und es erst in einem späteren Stadium möglich sein werde, Ortsgruppen der KPD zu bilden. »Unsere programmatischen Aufgaben bleiben natürlich bestehen, wenn sie auch für die nächste Zeit nicht verwirklicht werden können.«³³

Doch die KPD-Führung hatte Glück. Die weltpolitischen Veränderungen im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges, die neuen Konstellationen, vor allem der Aufstieg der Sowjetunion zu einer Weltmacht und die immense Ausdehnung ihres realen Einflußbereiches, auch auf deutschem Boden, die zweifellos ihre Interessenlage einschneidend veränderte, führte nicht nur in der Zerstückelungsfrage, sondern weit darüber hinaus eine deutschlandpolitische Kursänderung herbei, die im Stile »jäger Wenden« durchgesetzt wurde.

Dies zeigte sich bereits in Form des Einsatzes der Initiativgruppen der KPD in den von der Roten Armee besetzten Gebieten und fand seine Fortsetzung in der schnellen Zulassung von Parteien und

sie noch einige Zeit vor Kriegsende verfaßt worden sein muß. Möglicherweise müßte statt Mai März stehen.

32 Rede Wilhelm Piecks in der Antifa-Schule 27 (Krasnogorsk) vom 25. Mai 1945. Handschr. Notizen . Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO Barch) NL 36/421, Bl. 206ff.

33 Handschriftliche Notizen, ebenda, Bl. 123.

Gewerkschaften in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, die ihre westlichen Verbündeten überraschte und konsternierte, da solches nicht auf der Linie bisherigen alliierten Konsenses lag.

Die KPD sollte nun so schnell wie möglich mit einem Aufruf an das deutsche Volk hervortreten und auf diese Weise und durch zügige Organisation ihrer Reihen politisch in die Vorhand kommen. In der Besprechung zur Vorbereitung des Aufrufes am 4. Juni 1945 bei Stalin vermittelte dieser den deutschlandpolitischen Kurs der Sowjetunion: Pieck notierte dazu u.a.: » Plan der Zerstückelung Deutschlands bestand bei Engl.-Amerikan...Einheit Deutschlands sichern durch einh KPD einh ZK...Landesregierung für Sachsen, Provinzialregierung für Berlin-Brandenburg, Mecklenburg, Pommern...«³⁴

34 Siehe Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953, hrsg. v. Rolf Badstübner u. Wilfried Loth, Berlin 1994, S. 50/1

Stalin verleugnete also höchstselbst die sowjetischen Zerstückelungspläne und machte sich jetzt zum Anwalt der Interessen des deutschen Volkes an einem deutschen Nationalstaat.

Die KPD-Führung konnte nun doch in hohem Maße an ihre vorbereiteten Nachkriegskonzepte anknüpfen, wie es mit dem Aufruf vom 11. Juni 1945 geschah, der auf die Herstellung und Erhaltung der Einheit Deutschlands und auf die Schaffung einer parlamentarisch-demokratischen Republik ausgerichtet war.

Fortan machte sich die UdSSR zum Anwalt dieser Zielsetzung auf der internationalen Bühne und gegenüber ihren westlichen Verbündeten – dies geschah allerdings im Rahmen einer äußerst widersprüchlichen Gesamtpolitik, in der zwischen der verkündeten deutschlandpolitischen Zielsetzung und ihrer Zonenpolitik eine eher zu- als abnehmende Ambivalenz hervortrat³⁵.

Abschließend nur so viel:

Die sowjetische Geheimhaltung und Leugnung ihrer eigenen Zerstückelungsabsichten und -pläne ist nur schwer nachvollziehbar und weithin irrational, sie ist abstrus. Sie geht offenbar direkt auf Stalin zurück und ist ein weiterer Ausdruck seines skrupellosen Umgangs mit Geschichte. Über das Phänomen, daß es gelang, diese Geheimhaltung und Leugnung so lange aufrechtzuerhalten, obwohl doch ein relativ großer Kreis von Politikern und Experten es anders wußte, lohnt sich weiter nachzudenken.

Es wäre sicher vorschnell und auch verkehrt, im Analogenschluß aus der Tatsache sowjetischer Zerstückelungsabsicht als festes Kriegsziel gegenüber Deutschland einfach zu folgern, daß Stalins auf Gesamtdeutschland zielende Vorschläge nach 1945 nur hohles Pathos und Taktik waren. Dennoch erscheint natürlich die Politik der UdSSR in der deutschen Frage nach Aufdeckung der geheimgehaltenen Zerstückelungsabsichten und -pläne während des Krieges in einem anderen, vieles noch mehr relativierenden Licht.

35 Siehe dazu den Beitrag d. Verf.: Die sowjetische Deutschlandpolitik im Lichte neuer Quellen. In: Die deutsche Frage in der Nachkriegszeit, hrsg.v. Wilfried Loth, Berlin 1994, S. 74-107. Was die SBZ angeht vor allem: Norman Naimark, The Russians in Germany. A history of the Sovietzone of occupation 1945-1949, London 1995.

ELKE SCHERSTJANOI

Diskussion zur Stalinisierung der SED

Anfang März diesen Jahres stellte der bekannte Sozialwissenschaftler Professor Harold Hurwitz (FU Berlin) sein neuestes Werk »Die Stalinisierung der SED. Zum Verlust von Freiräumen und sozialdemokratischer Identität« erstmals der Öffentlichkeit vor. Es dürfte in die Historiographie als nach der Wende erster, gelungener Versuch eingehen, quellengestützt und vorurteilsfrei der schwierigen Problematik soziomentaler und politikpsychologischer Aspekte der SED-Entstehung näherzukommen. Damit wird das strukturell schon weitgehend erforschte Phänomen der Stalinisierung der SED um wichtige Fragestellungen erweitert.

Der gebürtige Amerikaner und Wahl(West)Berliner konnte sich der Aufgabe ohne biographisch bedingten Rechtfertigungsdruck, einfach als Wissenschaftler annehmen. Seine politische Haltung als Sozialist und Demokrat gibt dem Unterfangen eine aktuellpolitische Ernsthaftigkeit, die wissenschaftlich produktiv wird. Hurwitz gehört zu den wenigen, die dafür eintreten, daß die bislang nur oberflächlich beantwortete Frage nach dem geistigen Werden der stalinistischen DDR-Staatspartei auch in wissenschaftlicher Hinsicht nur unter Einbeziehung aller heute kritischen Ex-Protagonisten der SED ergründet werden kann und muß. Wie er wiederholt hervorhob, hat er dabei unter anderen die SED- und DDR-Historiker ostdeutscher Provinienz im Auge. Im Berliner Raum gibt es sie nach wie vor in großer Zahl. Einzelne, vorwiegend jüngere, fanden Aufnahme in den finanziell geförderten bundesdeutschen Wissenschaftsbetrieb. Einige der älteren forschen in eigener Regie ohne Honorar weiter. Ihre Forschungsergebnisse werden auch und vor allem in der Berliner PDS reflektiert.

Dieser Partei den Willen zu kritischer Geschichtsbetrachtung nicht in Abrede stellend, warnte der Soziologe Hurwitz schon mehrfach davor, sie mit ihrem Klärungsbedarf allein zu lassen. Nun wendet er sich in seinem Buch erklärtermaßen gegen zwei Geschichtslegenden, die er vor allem in der PDS kultiviert sieht: Erstens die Legende von der freiwilligen Vereinigung von SPD und KPD im Jahre 1946 und zweitens, die Legende von der in der Frühphase der Parteigeschichte verlorenen Demokratisierungschance. Da im Umfeld des Jahrestages der Parteigründung schon 1996 das Thema Zwangsvereinigung ins Zentrum des notwendigen Streits gestellt worden war, die Diskussion in dieser Frage derzeit aber nicht ergiebiger zu gestalten ist, lenkt Hurwitz zu Recht die Aufmerksamkeit der Leser auf die zweite »Legende«. Sie scheint auch

Elke Scherstjanoi – Jg. 1956, promovierte Historikerin, z.Z. wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Berliner Außenstelle des Instituts für Zeitgeschichte München, befaßt sich mit Forschungen zur Sowjetischen Kontrollkommission.

für den PDS-Klärungsbedarf die wichtigere zu sein. Seine aktuellen Bemühungen um Streit und Klärung spitzt Hurwitz auf die Frage zu, ob es denn richtig sei, »daß es vor Beginn des Kalten Krieges in der SBZ eine Chance zur Selbständigkeit der Deutschen gegeben hatte, die der zur Teilung Deutschlands und Europas führende Konflikt der Großmächte vereitelt hatte.« (Hurwitz, Stalinisierung, S. 26f.). Die in etwa so im Thesenentwurf für die Erneuerungskonferenz der PDS am 8.9.1990 enthaltene Annahme auf die SED-Entstehungsgeschichte zielend, formuliert Hurwitz die Legende so: Erst der Kalte Krieg verursachte die Stalinisierung der SED. Gegen diese Legende kämpft Hurwitz in seinem Buch überzeugend an. Quellen- und sachkundig beschreibt er einen Vier-Phasen-Prozeß der Entwicklung der SED zur »Partei neuen Typus«. Der Prozeß ging von mentalen Dispositionen aus (Hurwitz untersuchte sie zunächst für die oberste zentrale Parteiführungsebene), die schon mit der Parteigründung gegeben waren. – Der Vorzug der Hurwitzschen Betrachtung liegt im sensiblen Ausleuchten der gegenseitigen Beeinflussung von Mentalem und Politisch-Praktischem auf dem Weg der SED zur DDR-Staatspartei.

Seinem kommunikativen Anliegen entsprechend, begab sich der Autor der Studie am 4. April 1997 zu einer Diskussion unter Fachkollegen in die »Helle Panke«. Eine gezielt kleingehaltene Expertenrunde sollte sachkompetenten Streit ermöglichen. Der Einladung folgten vorwiegend Ost-Kollegen. Günter Benser und Ulla Plener brachten Erkenntnisse aus jahrzehntelanger, Andreas Malycha und Peter Erlen eher Erkenntnisse jüngerer, aber beachteter Forschung in die Diskussionsrunde ein. Während neben letztgenannten noch eine Reihe weiterer Forscher aus geförderten SED-Geschichtsprojekten ihr fachliches Interesse an gemeinsamer Problematisierung und Erörterung kundtaten, bekannten sich Mitglieder der Historischen Kommission beim PDS-Parteivorstand auch zur politischen Zweckmäßigkeit- und Notwendigkeit einer wissenschaftlichen Debatte.

Das Treffen – es mußte leider noch ohne gründliche Rezeption des Hurwitz-Buches auskommen und baute auf einem Referat des Autors auf – ließ auf Fortschritte in einer gemeinsamen SED-Geschichtsaufarbeitung hoffen. Zunächst ergab sich allerdings die Notwendigkeit, besagte »Legende« als solche genauer zu beschreiben. Daß die Stalinisierung der SED erst mit und durch den Kalten Krieg einsetzte, oder daß sie in ihm ihre alleinige Ursache hatte, dürften die anwesenden Historiker schon früher für eine Legende gehalten haben. Es war unstrittig, daß »ein deutlich erhöhter Grad der Stalinisierung bereits früher begonnen hatte« (Hurwitz, Stalinisierung, S. 28). Bei Lichte betrachtet war das auch keine umwerfend neue Erkenntnis für SED-Historiker der DDR-Zeit, die den Weg zur »Partei neuen Typus« auch in deren hausgemachtem Geschichtsbild schon als kontinuierlichen, mit dem 2. SED-Parteitag 1947 intensivierten, 1948 dann programmatisch verkündeten Kurs dargestellt hatten. Hier war interpretatorischer Konsens also leicht herzustellen, was den Wert der Hurwitzschen Argumente und Quellenbelege in keiner Weise minderte. Im Gegenteil: der spezifisch mentalitätsgeschichtliche Zugang zu dieser Problematik fand star-

ke Unterstützung. Eine andere Frage ist jedoch die nach den (nicht) vorhandenen Chancen. Sollte mit »Legende« die Ansicht gemeint sein, daß es anfangs Alternativen zur Stalinisierung der SED gab, so herrscht dazu freilich keine einhellige Meinung.

Die Differenzen konnten vorerst nur angedeutet werden; die Teilnehmer der Gesprächsrunde formulierten sie für sich und für die Zeitgeschichtsschreibung als Problem, den Diskurs als wissenschaftliche Aufgabe. Da wäre zunächst die Frage nach der Qualität und nach den Folgen interalliiertter Spannungen auf dem Weg von der Kooperation zur Konfrontation. Eine Definition von »Kalter Krieg« als eine erst 1948 eintretende Qualität des Ost-West-Konfliktes entbindet ja nicht von der Suche nach äußeren, außenpolitischen und globalen Beeinflussungen der SED-Entstehungsgeschichte in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Auch 1946/47 sahen sich deutsche Kommunisten und Sozialdemokraten schon einem immer konfrontativer werdenden Positionskampf der Siegermächte ausgesetzt und damit unter Entscheidungsdruck gestellt. Präzisierung verlangt des weiteren die Vorstellung von den »inneren Zwängen«. Was an den von Hurwitz anschaulich beschriebenen Prädispositionen führender Kommunisten war denn spezifisch stalinistisches Erbe, was eher einem allgemeinen, auch in anderen Parteien nach 1945 vorhandenen Hang bzw. Zwang zu autoritativer, zentralistischer Organisationsstruktur und Politik geschuldet? Wie wirkten solche »nicht inneren« (?) Zwänge?

Die Diskussion zeigte, daß Begriffe wie »Dispositionen«, »innere Zwänge« und »Alternativlosigkeit« zunächst deutlich voneinander abzuheben sind, bevor sie in ihren historisch konkreten Wechselwirkungen dargestellt werden können. Das Phänomen der »Russsenpartei« SED bestand doch gerade darin, daß sie über Alternativen nicht selbst bestimmte. Hurwitz beschreibt in seinem Buch recht gut die Folgen der Abhängigkeit der SED von Moskau. Er thematisiert das Interesse Moskaus an der Vertuschung und am zeitweisen Stop von Stalinisierungsprozessen in der SED. Es gelingt ihm auch, die »Verstrickung der Interessen« der SED mit denen der Besatzungsmacht UdSSR anschaulich als schwere Belastung für SED-Mitglieder, unabhängig von ihrer Herkunft aus SPD oder KPD, darzustellen. Durch Quellenmangel begründet steht allerdings die Problematisierung eines womöglich aufrichtigen Interesses Moskaus an verhaltener Stalinisierung der SED und »reversibler Sowjetisierung« der Zone noch immer aus, womit eine entscheidende Komponente für etwaige Alternativchancen noch umstritten bleibt.

Der sachlichen Gesprächsrunde unter fachkundigen Historikerkollegen ist kontinuierliche Fortsetzung zu wünschen.

ULRICH WEISS

Mit Gramsci Zukunft denken! Gründungstagung des Berliner Instituts für kritische Theorie e.V. (INKRIT)

Kann die Beschäftigung mit dem Werk von Antonio Gramsci für zukünftiges emanzipatorisches Denken und Handeln von wesentlicher Bedeutung sein? 90 Wissenschaftler, Künstler und Politiker, die sich im 60. Todesjahr Gramscis vom 18. bis 20. April in Berlin trafen, belegten ihr Ja auf diese Frage mit eigenen Studien und kontroversen Debatten. Eingeladen hatte das INKRIT. Diese Assoziation engagierter linker Wissenschaftler wurde 1996 von einer Gruppe um Wolfgang Fritz Haug gegründet, um entgegen verbreiteter Kulturbarbarei die Weiterarbeit von ca. 700 Autoren am *Historisch-kritischen Wörterbuch des Marxismus* (2 Bände sind bereits erschienen) zu ermöglichen. Nun ist INKRIT mit dieser ersten Konferenz auch ins wissenschaftliche Tagungs-Leben getreten.

In der Sektion GRAMSCI STUDIEN sprachen *F. Deppe* und *P. Jehle* zu Gramsci und Machiavelli, *H. Neubert* zur Parteientheorie. Mit welchem Recht bezieht sich Gramsci ausgerechnet auf Machiavelli, um in der Zeit des italienischen Faschismus eine linke Politik zu begründen? Hat er bei Machiavelli an Stalin gedacht? U.a. wurde das Verständnis der (Arbeiter-)Partei als »moderner Fürst« diskutiert. Ist heute, da die »sanfte« (sozialstaatliche) Politik von der harten Dominanz der Außenpolitik abgelöst wird, die Stunde Machiavellis gekommen? Dies sowie Gramscis Kritik an voluntaristisch-charismatischen Machiavelli-Interpretationen von Elitetheoretikern wurde von Deppe und anderen gefragt bzw. diskutiert.

Die Ergiebigkeit des Gramsci-Begriffes passive Revolution zur Analyse sozialer Prozesse und Theorien (Hume, Pestalozzi, M. Weber, H. Cohen) demonstrierten *J. Koivisto* (Tampere), *D. Boer* (Amsterdam), *R. Graf*, *J. Rehmann*, *Th. Orozco*. Rehmann entschlüsselt u.a. mit Gramscis Hegemonietheorie Max Webers Analysen. Seine zentrale These: Weber habe die seinerzeit modernste fordristische Variante einer passiven Revolution gegenüber dem Adel und der sozialistischen Arbeiterbewegung entwickelt und damit die Hegemoniefähigkeit der bürgerlichen Klasse befördert, d.h. die Schaffung eines »autonomen industriell-produktiven Blocks« aus Kapitalisten und Arbeitern (Gramsci). Boer entwirft mit Gramsci und Schleiermacher verschiedene Bilder der passiven Revolution: so die, in der die Massen aufstehen, Führern und Parteien folgend, sich unterwerfen (Ost und West bieten hinreichend Anschauung – U.W.), oder die, in der sich die Subalternen eben nicht in den Staat hineinarbeiten, sondern in und mit ihren assoziierten Gemeinden eine »herrschaftsfreie Geselligkeit« begründen. Die

Ulrich Weiß – Jg. 1948,
Diplom-Philosoph, Berlin.
z.Z. Mitarbeit am Historisch-
kritischen Wörterbuch des
Marxismus.

Partei dieser »wirklichen Revolution« ist nicht das revolutionär eingreifende Instrument, das Revolutionen macht und sichert, indem sie diese mit dem Staat verbindet. »Sie muß selbst Ort der Freiheit sein«.

Gegen das Mißverständnis von Gramsci als theoretischem Antiökonomisten demonstrierten *G. Willing* und *M. Krätke* (Amsterdam) dessen ernst zu nehmende *kritische Ökonomie*. Dessen Programm, der Marxschen Ökonomie ihre »polemische und moralische und politisch erzieherische Bedeutung« wiederzugeben, die *politische* im Gegensatz zur *reinen* Ökonomie zu entwickeln, sieht Krätke als hochaktuell an im Ringen mit dem Neoliberalismus (vgl. Schlußdebatte). Wenn der Gedanke, daß »alle Hegemonie von der Fabrik ausgeht« richtig und Gramscis Hinwendung zur Untersuchung des Fordismus folgerichtig ist, dann kann der Berichtstatter Krätkes Hochschätzung des Gramsci-Konzepts kritische Ökonomie nur zustimmen. Auf dieser Spur ist die politisch höchst relevante wissenschaftliche Frage beantwortbar, welche Hegemonien heute von der postfordistischen Produktion aus überhaupt möglich sind und um welche dieser Varianten eine emanzipatorische Bewegung mit Aussicht auf Erfolg kämpfen kann und muß.

Zur Frage, ob sich die DDR mittels gramscianischer Begrifflichkeit begreifen läßt, legten *St. Bollinger* und *T. Kunstreich* Studien vor. Es wurde deutlich: Gramsci bietet auch hier einen theoretisch und politisch bedeutsamen, bisher allerdings gerade von Ost-Wissenschaftlern fast ignorierten Ansatz, den Jahrhundert-»Versuch der Staatswerdung der Arbeiterklasse« zu begreifen.

M. Buckmiller sprach zum *aktivistischen Marxismus bei Gramsci und Korsch*. Er deckte parallele Gedankenführungen (zeitweilig auch bei Lukacs) in der Reaktivierung der dialektischen Elemente in Marx' Theorie auf, die gegen die Rückfälle in vormarxistischen Materialismus bei Stalin und anderen gerichtet waren. *H.-P. Krebs* behauptete eine wesentliche antijacobinische »Familienähnlichkeit« in der *Massenlinie bei Gramsci und Mao*. *Rehmann* hielt dagegen: Mao sei es um autoritäre Massenpropaganda, Gramsci dagegen um differenzierte und kontrollierbare Parteistrukturen gegangen. *B. Walpen* (Luzern) schlug Brücken zwischen *Gramsci und André Philip*. Weitere Themen: die Beziehungen zwischen Gramsci und dem demokratischen Umgang mit Sprache und dem Poststrukturalismus.

In der Sektion ANWENDUNGEN ging es – wie immer mit Gramsci-Bezug – u.a. um *subjektwissenschaftliche Perspektiven im Marxismus* (*H. Krauss*), um *psychologische Praxis und ideologische Konflikte* (*M. Markard*), um *Subjektivität und Lebensweise im Postfordismus* (*W.F. Haug*), *Edukationismus* (*K. Birkmann*), *gewerkschaftliche Bildung* (*V. Diaz, I. Ludwig*) und *Sozialarbeit* (*U. Hirschfeld u. J. Brandner aus Österreich*). Mit dem Mißverhältnis zwischen teleologischen Revolutionssetzungen bzw. ökonomischen Ableitungsmechanismen und dem empirischen Handeln gesellschaftlicher Akteure begründete Krauss die Notwendigkeit einer synthetischen Subjektwissenschaft als Beitrag zu emanzipatorischer Selbst- und Gesellschaftsveränderung. Markard ging davon aus, daß wissenschaftliche wie Alltags-Psychologie von ent-

historisierenden, individualisierenden und entpolitizierenden Erklärungen subjektiver Probleme dominiert wird. Er plädierte dafür, daß Psychologen, die sich als »demokratische Wissenschaftler« und ihre Praxis als Moment »politisch-kultureller Veränderung« (Gramsci) begreifen, psychologische Interventionen auch als ideologische Auseinandersetzung verstehen und entwickeln.

Diskutiert wurde die Frage, ob überhaupt und wenn ja, wie sich mit Gramsci ein Wandel der Funktionärs- zu Beteiligungsgewerkschaften denken und befördern ließe, ob Sozialarbeiter etwas anderes sein könnten als kleine Staatsfunktionäre, als Trainer für ein Leben in dauernder Armut. Könnten sie etwa im Dienst von selbstorganisierten Obdachlosenzeitungen zu organischen Intellektuellen der Ausgegrenzten werden? W.F. Haug bezog sich auf Untersuchungen zum Zusammenhang zwischen bestimmten (Produktions-)Arbeitsfordernissen und der Herausbildung bestimmter Handlungstypen. Anders als bei der Entfaltung des Fordismus seien mit der Automatisierung im Postfordismus u.a. der Zerfall der Familie und die Liberalisierung der Sexualmoral verbunden. *C. Orlandi (Subjektivität und Lebensweise im Postfordismus)* ging davon aus, daß in der postfordistischen Fabrik die kollektive Beherrschung sozialer Konflikte als Produktivitätsfaktor erscheint. Es gelte, eine politische Strategie zu entwickeln, um die neue Sozialisierungsmöglichkeit auf eine andere Ebene zu bringen, sie auf eine nichtetatistische Weise von einer Möglichkeit zu einer gesellschaftlich relevanten Wirklichkeit zu machen.

Weitere Arbeitsgruppen behandelten *Gramsci-Rezeptionen (P. Lange)*, *Medienkultur (W. Lenk)* und *das Theater Brechts (O. Zonshitz)*. *U.-J. Heuer (Ende der Ideologie)* problematisierte den behaupteten Ideologieabbau in der PDS mit der These, vollständig unideologisches politisches Denken sei nicht möglich. W.F. Haug bestritt dies und schlug vor, den Ideologiebegriff der Ideologiekritik und den neutralen Begriff der tatsächlich unhintergehbaren Weltauffassung auseinanderzuhalten. *Th. Barfuß (Gramsci und die Konstruktion des Fremden)* plädierte für eine gramscianische Relektüre von Marx' Judenfrage und seinen frühen Entfremdungsbegriff. *Intellektuellenkritik* verdeutlichte *T. Reitz* am Begriff des *Lorianismus*, mit dem Gramsci einen rasanten Rationalitätsverlust in der intellektuellen Produktion untersucht, dessen Öffentlichkeitsverständnis. In der Diskussion um den Lorianismus betonte Haug, daß es sich hier nicht um die Bestimmung eines Typus unzurechnungsfähiger Intellektueller handele, sondern – wie im Faschismus – um den Effekt von Strukturen, die kritische Öffentlichkeit zerstören.

In Sektion III – POSTFORDISMUS UND NEOLIBERALISMUS – gab es Kontroversen u.a. um eine von *H. Sana* festgestellte *politisch-ethische Leerstelle im Neoliberalismus*. *M. Krätke* bestreitet dies vehement als eine falsche Schlußfolgerung aus der Tatsache, daß der Neoliberalismus im Gewand einer rein ökonomischen Theorie daherkomme. *Ch. Scherrer* stellte eine *neogramscianische Interpretation internationaler Beziehungen* vor. Anknüpfend an *B. Röttger (Hegemonie und Zwangsverhältnisse global)* ging es um die Frage, ob angesichts der Globalisierungs-

formen des Kapitals passive Revolutionen solchen Widerstandsbebewegungen wie denen der Zapatisten in Mexiko das Leben retten, sie vor der militärischen Vernichtung bewahren können. T. Orozco findet eine Bestimmung des Neoliberalismus selbst als einer passiven Revolution »haarsträubend«. Dieser Begriff könne eher für die Sapatisten in Anspruch genommen werden. Dazu W.F. Haug: Gegen die Sapatistas wird versucht, sie durch eine Transformierung in eine passive Revolution aufzulösen. Unterschiedlich wurde die Frage beantwortet, ob mit neoliberaler Globalisierung der Abbau des Politischen, des Staates (das »Zurückkommen auf den Kern des Kapitalismus durch Rücknahme des Staates« – Scherrer), oder eher neue globale Formen des Politischen, neuartige Staatserweiterungen, verbunden sind. Zukünftig werde der »Stellungskrieg in Form des erweiterten Staates stattfinden« (Röttger). *F. Tomberg (politische Dreigliederung der Weltgesellschaft)* verwies auf eine unglaubliche Erfüllung Marxscher Voraussagen. Gerade in der Arbeitslosigkeit liegen Elemente des (sozialistischen) Fortschritts. Die eigentlich zu bekämpfende Katastrophe liegt darin, daß diese Vollendung des Kapitalismus bisher nicht als Form der Aufhebung des Kapitalismus genutzt wird. Erforderlich ist eine attraktive Vision einer sozialstaatlichen und basisdemokratischen Weltgesellschaft. *Th. Kuczynski (Vaterland in der modernen Industriegesellschaft?)* machte auf eine enorme Integrationsfähigkeit des Kapitalismus gegenüber (scheinbaren) antibourgeoisien Forderungen (z.B. Senkung der Arbeitszeit) aufmerksam, die das Proletariat immer wieder an die Seite »ihrer« nationalen Bourgeoisie brachte und bringt. Zu finden sind diejenigen vernünftigen Forderungen, die in ihrer Realisierung über den Kapitalismus hinaus-treiben.

Funktionsmechanismen der *neoliberalen Biotechnologie*, ihre trotz aller Fehlschläge schon laufende und bisher kaum zähm- oder gar aufhaltbare Formierung, stellte *D. Barben* vor. Die in der Diskussion vertretene These, daß der Neoliberalismus sich u.a. deshalb durchsetzen konnte, weil er mit einem Produktivkraftschub einhergeht, eröffnete leider erst zum Tagungsschluß eine für Linke theoretisch und politisch unausweichliche Debatte (*W.F. Haug/M. Krätke über (menschliche) Produktivkraftentfaltung versus (kapitalistisch verstandener) Produktivität*). Weiterführung dringend empfohlen!

Die Teilnehmer äußerten den dringenden Wunsch, daß es einigen besonders Engagierten gelingt, die Tagungsmaterialien zu veröffentlichen. Für Frühjahr 1998 ist eine weitere INKRIT-Tagung vereinbart. Diese will eine Brücke schlagen zwischen heutigen theoretischen und praktischen Herausforderungen und dem Werk von *Brecht, Eisler und Marcuse* – so das vorläufige, durch Interessenten noch beeinflussbare Konzept. Die Tagungsteilnehmer, häufig selbst von Wissenschaftsabbau, Arbeitslosigkeit und Isolierungsdruck betroffen, ermutigten sich und die Organisatoren, entgegen dem main-stream für bestehende und neue Selbstorganisationen linker Theoretiker zu wirken.

WOLFGANG SABATH

Festplatte.

Die Wochen im Rückstau

Im Berichtszeitraum ist es passiert: Deutschland gebar endlich wieder massenhaft Helden. Einen namhaften und viele namenlose. Eine wahre Heldenflut ging auf uns nieder. Angefangen hatte es mit Jan Ullrich, Radfahrer, der die deutsche Nation einte. Und da Schriftsteller legitimerweise bekanntlich immer etwas länger brauchen als Sportreporter oder andere Schnellschreiber, kam der Berliner Schriftsteller Wolfgang Trampe erst Mitte August dazu, seinen Kommentar zu diesem Ereignis abzugeben. In der Wochenzeitung FREITAG, die in den letzten Monaten gelegentlich den Eindruck erweckte, sie wolle zu einem Trittin-Zentralorgan mutieren, sich dann aber doch immer wieder eines anderen (besseren?) besann, in diesem Blatte also befand Wolfgang Trampe am 15. August über das Phänomen Jan Ullrich. Er hat eine Müdigkeit in des Radfahrers Antlitz ausgemacht, die womöglich – so Trampe – aus Ullrichs Absicht resultiere, »die offensichtlichen Übertreibungen nicht mitzumachen, das heißt: nicht als Götze zu Verfügung zu stehen«. Und er sinniert: »Vielleicht ist dies das Neue an Jan Ullrich, das freilich nicht davor geschützt ist, in einen Markenartikel verarbeitet zu werden, wie es bereits geschieht.« Der Kolumnist endet seine Überlegungen mit einem Hinweis, der so richtig wie – inzwischen – nutzlos ist: »Vielleicht birgt die Erscheinung Jan Ullrich eine Erinnerung daran, was der Osten hätte mitbringen können, wenn man seine Mitgift überhaupt gesehen hätte. (...) Gemeint aber ist die fundamentale Erfahrung von vielen, daß Leben nicht allein dazu da ist, um Geschäfte zu machen und – Erfolg zu haben, wie ein Heer von Götzendienern uns weismachen will.«

Muß jetzt noch erwähnt werden, aus welchem Teil der Bundeshauptstadt Berlin der Autor mit dem so ausgeprägten Täve-Schur-Syndrom kommt?

Übrigens sah ich kürzlich eine Sekunde lang in der »Tageschau« einen Helden, über den in Gesamtdeutschland kaum einer mehr spricht, und den, so vermute ich, der Korrespondent in seinem Bericht absichtlich gar nicht erst erwähnte. Weil er vielleicht annahm, den kennte im Hauptverbreitungsgebiet seines Senders ohnehin keiner: Als die Mir-Kosmonauten zurückkehrten, war auch groß und in sekundenlanger Einzelaufnahme »Der erste Deutsche im All – ein Bürger der DDR« Jähn zu sehen. Vielleicht dachte der russische Kamramann, er tut dem deutschen Korrespondenten damit einen Gefallen.

Nach Ullrich kam gleich das Hochwasser an der Oder. Und die Nation einigte sich darauf, die an die Orte des Unglücks befohlenen Bundeswehrsoldaten quasi als opferwillige Hilfstruppen zu behandeln und die zu Helden zu ernennen. Merke: Wo Helden sind, ist Opfertum nicht weit. Und als ich, die Heldentaten waren inzwischen vollbracht und die von Stolpe vorgeschlagene Oder-Verdienst-Medaille bereits in Arbeit – da kann man jedem Empfänger derselben nur dringend raten, sich gut zu merken, von wem und wo er sie erhält –, im Foyer der Kaufhalle dabei bin, Blumenkohl und die Selterflaschen zu verstauen, kommt mir der in der Nachbarschaft ansässige ZEIT-Mitarbeiter Christoph D. über den Weg. Wir lästern frohgemut kurz das Neue Deutsche Helden-Tum (NDHT). Und ich wähne mich mit meinem Gesprächspartner ziemlich einig, da sagt doch der Mensch, und er kann einen anerkennenden Ton tatsächlich nicht ganz unterdrücken: »Aber die (Soldaten) sind zum Teil freiwillig an der Oder geblieben und haben sich nicht ablösen lassen!« Guck an.

Auch die Braunköhleschlachten und die Ernteschlachten waren einst spannendere Angelegenheiten als als trostlose NVA-Schlafsäle in Torgelow-Drögeheide. Selbst wenn der Komfort beim Bund heute bedeutend höher sein sollte, als er in der DDR-Volksarmee jemals war – die Langeweile ist nach wie vor beträchtlich. Ich hätte mich auch nicht ablösen lassen. Und jetzt singen wir gemeinsam das schöne Lied »Soldaten sind vorbeimarschiert...«.

Zugegeben: Die Jungens haben ja tatsächlich an den Deichen geschindert und malocht. Und unsereins ist natürlich ein Miesmacher. Im Berliner »Tagesspiegel« schreibt Leser Walter Albrecht aus Frankenthal/Pfalz: »Mir ist noch sehr stark das unsinnige Nachbeten eines böartigen Satzes von K. Tucholsky im Ohr, mit dem sich viele Deutsche identifiziert haben.« Der Leserbriefredakteur wählte die Überschrift: »Ohne Wenn und Aber: Soldaten sind Helfer«.

K. Tucholsky, bitte melden!

Pierre Bourdieu:

Der Tote packt den Lebenden,
Schriften zu Politik & Kultur 2,
hrsg. von Margareta Steinrücke,
VSA-Verlag Hamburg 1997,
205 S. (34,80 DM)

Wer nach einem zeitgemäßen theoretischen Konzept für eine Sozialstrukturanalyse sucht, stößt vor allem im deutschsprachigen Raum schon seit längerem nahezu zwangsläufig immer wieder auf einen Namen: Pierre Bourdieu; Professor für Soziologie am Collège de France in Paris. Mit seinen zentralen Kategorien »Habitus«, »Feld« und »Kapital« gelingt ihm nicht nur eine Erweiterung gängiger Untersuchungskonzepte um die soziokulturelle Dimension von Klassenstrukturen, spezifischen Interessenkonstellationen und individuellen Handlungsmustern, sondern er entwickelt genaugenommen eine eigenständige Theorie sozialer Ungleichheit.

Genauso wie er den Begriff der »Produktion« durchgängig auf alle gesellschaftlichen Sphären anwendet und aus den Bereichen der Erzeugung materieller Güter entfesselt, hat er über die Jahre auch einen umfassenden Kapitalbegriff entwickelt, von dem er glaubt, »daß ich an dem sehr einfachen Gesetz des Phänomens angekommen bin. Jemand der in diesen Gesellschaften lebt, hat ein symbolisches Kapital, und wenn er der Ökonomie seiner Gesellschaft entsprechend rationell handelt, wird er seinen symbolischen Gewinn maximieren, sein Kapital mehr oder weniger gut anlegen« (S. 80). Auch wenn sich mit einiger Berechtigung einwenden ließe, daß damit der Kapitalbegriff eher vulgarisiert und darüber hinaus auch noch die Beschreibung der soziokulturellen Sphäre einer Gesellschaft in die Sprache von raum- und zeitlosen Fiktionen einer ahistorischen ökonomischen Theorie verdolmetscht wird (gegen die sich Bourdieu selbst immer wieder mit Vehemenz wendet), leistet der Bourdieusche Ansatz beträchtliches zur Erklärung von Entstehung und Reproduktion sozialer Ungleichheit. »Die soziale Welt kann als ein multidimensionaler Raum konzipiert werden, der sich durch die Entdeckung der Hauptfaktoren der Differenzierung konstruieren läßt...« (S. 106f.). Und diese Faktoren

werden bei Bourdieu als »Kapitalformen« beschrieben, die ineinander umgewandelt werden können, die aber durch ihre ungleiche Verteilung auf die Individuen zu ungleicher Stärke und Macht sowie zu unterschiedlich großen Gewinnen verhelfen. Diese »sozialen Kräfte« sind dann: »erstens das ökonomische Kapital ..., zweitens das kulturelle oder besser das Bildungskapital ...; und drittens zwei Formen von Kapital, die sehr stark korrelieren, das soziale Kapital, das in auf Beziehungen und Gruppenzugehörigkeit basierenden Ressourcen besteht, und das symbolische Kapital, die Form, die die verschiedenen Kapitalarten, einmal als legitim anerkannt und wahrgenommen, annehmen« (S. 107). Die Akteure verteilen sich im sozialen Raum schließlich nach dem Kapitalvolumen, nach ihrer Ausstattung mit Kapitalarten und schließlich über die Änderung von Kapitalvolumen und -zusammensetzung in der Zeit – wodurch sich soziale »Karrieren« beschreiben lassen. Die so von Bourdieu entfaltete Theorie der sozialen Ungleichheit erlaubt es dann, Klassen nicht als mehr oder weniger homogene Großgruppen zu fassen, sondern als »eine besondere Region innerhalb des Raumes« zu beschreiben, in dem sich Akteure mit ähnlichen Merkmalen hinsichtlich der Kapitaldisposition befinden. Aus der Vielfalt der möglichen Kapitalkombinationen läßt sich damit auch erklären, daß die Handlungspräferenzen, Interessen und »Lebensstile« der Individuen innerhalb einer Klasse sowohl gleichartige Charakteristika aufweisen als auch Spielräume für eine Vielzahl von Differenzierungen einschließen.

Die eher theoretischer wie empirischer Sozialforschung zugehörigen Arbeiten von Bourdieu werden im vorliegenden Sammelband in den beiden ersten Teilen, »Grundlegungen« und »Soziale Klassen – Soziale Situationen«, veröffentlicht. Der dritte Teil ist »praktischen Interventionen« vorbehalten, die die Person Bourdieus auch über den Kreis sozialwissenschaftlicher Experten hinaus bekannt werden lassen. Daß hierzulande sein Name in letzter Zeit auch öfter vorzugshalber im Feuilleton der Zeitungen auftaucht, hat wiederum eine durch und durch deutsche Ursache – das »Modell Tietmeyer«, mit dessen Geist des neo-liberalen Ökonomismus sich Bourdieu in einem inzwischen viel zitierten

Essay in der Wochenzeitung »Die Zeit« auseinandergesetzt hat. Sein Konzept besteht darin, der »pensée Tietmeyer« einen europäischen Sozialstaat entgegenzusetzen, in dem die »rationalisierte Mythologie« (S. 175) von höchstmöglichen Wachstum, Wettbewerb und Produktivität aus der eitlen Herrlichkeit des Selbstzwecks auf ihre tatsächlichen sozialen Funktionsbestimmungen zurückgeworfen wird. Tatsächlich geht es nicht um alle nur denkbaren Wirtschafts- und Währungsunionen, um Vollbeschäftigung nach amerikanischem oder englischem Muster, sondern um eine wirkliche europäische Sozialunion, der nicht zuletzt auch ein anderes als das herrschende neoliberale Verständnis von Ökonomie zugrunde zu legen wäre – »ich glaube, daß die Ökonomie ein Spezialfall der Soziologie ist« (S. 84).

Allen im vorliegenden Band versammelten zwölf Texten, die zum Teil erstmals auf deutsch publiziert werden, merkt man die ursprünglich ethnologisch geschulte Arbeits- und Darstellungsweise Bourdieus an. Von daher erschließen sich ihm sensible Sichten auf soziale Problemlagen, auf das Spannungsverhältnis zwischen materialisierter Geschichte, milieuspezifischer Sozialisation und Individuum, die sowohl dem empirisch-historischen Detail als auch dem Bestreben nach theoretischer Verdichtung Rechnung zu tragen versuchen. An diesem komplexen Anspruch mag es auch liegen, daß die Texte Bourdieus nahezu ausnahmslos eine anstrengende, durch eine umständliche verschachtelte Diktion zusätzlich erschwerte Lektüre darstellen. Und dies wiederum mag einiges dazu beigetragen haben, daß Bourdieu nicht selten gegen seinen Willen interpretiert wird und sich von permanenten (auch böartigen) Fehlverständnissen verfolgt glaubt (vgl. S. 76f.; Fußnote 19). Er ist aber auch ein streitbarer Geist, der aus seiner Verachtung gegen eine bestimmte Art von Sozialforschung samt den dazu gehörigen Forschern kein Hehl macht. »Im Grunde habe ich mich mein ganzes Leben gegen ... Formalismen geschlagen, die sehr oft mit Hochstapelei einhergehen, gegen Leute, die in meinen Augen nichts kennen und die in den Augen eines Laien allwissend erscheinen. (...) Es kann enorme symbolische Profite für sehr wenig Arbeit und sehr wenig wissenschaftliche Qualität geben. (...) In Frankreich kämpfe ich

die ganze Zeit gegen Leute wie Baudrillard, die Essayisten, diese französische Spezialität, Leute, die über alles schreiben und nichts wissen, die weder theoretisch noch empirisch je wirklich gearbeitet haben« (S. 88 und 92).

ARNDT HOPFMANN

Christoph Butterwegge/Birgit Griese/
Coerw Krüger/Lüder Meier/
Gunter Niermann:
Rechtsextremisten in Parlamenten.
Forschungsstand – Fallstudien –
Gegenstrategien,
Leske+Budrich Opladen 1997, 318 S.
(DM 39,00)

Wenn es um politischen Rechtsextremismus in der Bundesrepublik geht, dann sind schnell verharmlosende Erklärungsmuster von rechts und oft genug aufgeregte Alarmrufe von links zu vernehmen. Ernsthafte Analysen der Inhalte, Wirkungsmuster und damit Gefahren rechtsextremen Gedankenguts und vor allem politischen Handelns sind rar. Daß ein großer Teil der Bevölkerung quer durch die politischen Lager ausländerfeindliche oder antisemitische Gewalttaten sowie Angriffe auf Linke ablehnt, ist zweifellos richtig. Aber ebenso unübersehbar ist ebenfalls in allen politischen Lagern – auch im linken –, daß Furcht vor Überfremdung und Konkurrenzangst nicht nur Stammtischdiskussionen prägt. Kein Wunder in einer Gesellschaft, die durch die Verschärfung der sozialen Widersprüche sich neu definiert und alte Gesellschaftsverträge recht schonungslos bricht.

Die Autoren des vorliegenden Bandes stellen sich die Aufgabe, die Aktivitäten rechtsextremistischer Parteien in Landes- und Kommunalparlamenten zu untersuchen, also die Ebene, wo gewählte Vertreter solcher Parteien die Möglichkeit eigener Politikgestaltung in Volksvertretungen bekommen. Gegenstand sind Fraktionen von DVU und REPUBLIKANERN in Bremen und Baden-Württemberg sowie Kommunalparlamente in Nordrhein-Westfalen. Außerdem wird der Bundestagswahlkampf 1994 der REPs untersucht, in dem diese zwar den Einzug verfehlten, wohl aber

präsent waren. Den Autoren ist klar, daß sich Rechtsextremismus »am wirksamsten bekämpfen (läßt), bevor seine Vertreter in Parlamente oder gar in Regierungen gelangen« (S. 7). Aber gerade deshalb halten sie es für wichtig, zu untersuchen, wie Parlamentarier mit fremdenfeindlichen, deutschnationalen und sozialdemagogischen Losungen Parlamente als Tribüne im Kampf gegen Ausländer, Linke und die anderen demokratischen Parteien mißbrauchen. Zugleich zeigen sie die Wechselwirkung zu den anderen Parteien auf, in denen neben gelegentlich wohlwollender Duldung durch die CDU vor allem die hilflosen Reaktionen der SPD und das – am Beispiel Bremens besonders anschauliche – differenzierte Auseinandersetzen der Bündnisgrünen bestimmend sind.

Berechtigt warnt Butterwegge vor einem Eindruck, den auch die vorliegende Untersuchung bedient: »Die rechtsextremen Abgeordneten erweisen sich zwar häufig als fachlich inkompetent, desinteressiert und ziemlich schlecht informiert; das eigentliche Problem bestand aber nicht darin, sondern in der Tatsache, daß es ihnen gleichwohl immer wieder gelang, ihre politisch-ideologischen Überzeugungen auf zentrale Politikfelder durch eine geschickte Taktik und Rhetorik mit den Auffassungen anderer Fraktionen zu verkoppeln und so das parlamentarische Geschehen, vor allem jedoch das politische Klima der Bundesrepublik nicht unmaßgeblich zu beeinflussen.« (S. 40)

Die Rechtsextremismusforschung fristet bislang in der bundesdeutschen Politikwissenschaft nur ein Mauerblümchendasein. Butterwegge zeigt die Grenzen der vorherrschenden Tendenz eines totalitarismustheoretischen Auseinandersetzens mit *einer* Spielart des Extremismus auf. In der gängigen Extremismusforschung wird zudem ständig der Rechtsextremismus unterschätzt, der Linksradikalismus/terrorismus überzeichnet (S. 159). Für die Autoren ist die historische Hypothek Deutschlands hinsichtlich des Rechtsextremismus entscheidend, sie verkürzen damit allerdings die Sicht auf analoge Prozesse, die sich mit Haiders »Freiheitlichen« in Österreich oder Le Pens »Front National« in Frankreich abspielen. Insofern scheint die Polemik gegen Erklärungsansätze, die das Erstarken

des Rechtsextremismus in den neunziger Jahren in West- wie Ostdeutschland als Protestbewegung »von rechts« verorten, nicht ganz überzeugend. Das Argument ist nicht stimmig, daß ein Protestverhalten nach rechts nur deswegen unmöglich sei, weil ja mit genauso viel Grund DKP oder PDS als linke Protestparteien gewählt werden könnten. Da sind schon Fragen nach dem politischen Klima im Lande und gleichzeitig nach der Eingängigkeit von Losungen zu stellen. Ist es nicht so, daß Linke den »Nachteil« haben, daß zu ihren Gunsten Entscheidungen viel weniger aus dem »Bauch« heraus fallen als mit Nachdenken verbunden sind? Gleichzeitig muß allerdings auch daran erinnert werden, daß manche Wahlentscheidung für die PDS in den neuen Bundesländern vielleicht auch etwas mit einem eher konservativen Ansatz, dem Festhalten an Recht und Gesetz zu tun hat – auf jeden Fall mehr, als den Linken selbst lieb ist.

Überhaupt scheint eine genauere soziologische Differenzierung zwischen rechtsextremistischen Gewalttätern, rechtsextremen Parteien und den Wählern dieser Parteien (bei Landtagswahlen immerhin teilweise über 10 Prozent) auszustehen. Die sich in der bundesdeutschen Gesellschaft vollziehenden Desintegrationsprozesse, die zunehmende Konkurrenz auch der Arbeitnehmer untereinander und gegen jene, die ihnen den Arbeitsplatz tatsächlich oder scheinbar »wegnehmen«, bereiten den Boden für rechtes Gedankengut. Und der Grat zwischen einer protektionistischen Wirtschaftspolitik, die die nationalen Wirtschaftsressourcen in den Vordergrund rückt und einem nationalistischen »Deutsche Arbeit den Deutschen« ist zweifellos gering, aber der Unterschied ist vorhanden. Die Rechtsextremen betreiben eine Standortsicherung durch Ausgrenzung und mit dem Ziel der »Säuberung«, insofern sind sie von landläufigen Konzepten der bürgerlichen Parteien und der Wirtschaft mit deren »Standortsicherung Deutschland« nicht allzuweit entfernt.

In den einzelnen Analysen wird überzeugend der Mechanismus der Argumentationen rechtsextremer Parteien herausgearbeitet. So haben die Kölner REP 1992 im Kommunalwahlkampf mit dem freundlich klingenden Motto »Domet uns Kölle kölsch blieb!« ge-

worben. Scheinbar tolerant und selbstbestimmungsbetonend kommen sie dann zu ihrer zentralen Aussage: »Kölsche Eigenart statt multikulturelle Gesellschaft« (S. 152/153). Mit Angriffen auf den »schwarzen Filz« in Köln, der inzwischen bundesweit bekannt ist und andernorts seine verschiedenfarbige Wiederholung findet, sind sie durchaus in der Lage, Zugänge zu den Bürgern zu finden. Ebenso stellen sie sich als Garant gegen eine von der PDS beeinflusste Politik heraus.

So spannend sich die Untersuchung liest, so offen bleiben trotzdem die Fragen, wie künftig solche rechtsextremen Erfolge zu verhindern sind. Zweifellos richtig sind die Verweise auf die Kontraproduktivität eines schlichten Ausgrenzens rechtsextremer Abgeordneter durch Hausverbote oder Geschäftsordnungstricks. Am Beispiel der Aktivitäten der Bremer Bündnisgrünen wird auf Versuche verwiesen, rechtsextreme Abgeordnete etwa durch ein verändertes Verfahren der Ausschußbesetzung zur Mitarbeit zu zwingen bzw. im Weigerungsfall – in diesem Falle der DVU – sie sich selbst disqualifizieren zu lassen. Ebenso wichtig ist neben dieser aktiven »Entzauberung durch Einbindung« und das Verhindern von Märtyrerposen, daß immer wieder auf die Berührungspunkte zu den anderen Parteien hingewiesen wird – das ist besonders bei der Asyldebatte gelungen.

Ansonsten setzt Butterwegge in seinen Überlegungen sehr stark auf Sozialarbeit und politische Bildung, wobei er keinen Zweifel an deren Grenzen läßt. Er arbeitet heraus – ohne es weiter immer so konsequent zu befolgen – daß »sich Maßnahmen gegen den (organisierten) Rechtsextremismus nicht auf die parlamentarische Ebene beschränken (können), sondern ... in erster Linie dort ansetzen (müssen), wo die materiellen und geistigen Grundlagen dafür geschaffen werden« (S. 267).

Er kommt zu einer entscheidenden Einsicht: »Die extreme Rechte hält einer trotz »ziviler« und parlamentarisch-demokratischer Ansprüche mit Gewalt durchgesetzten Leistungs- bzw. Konkurrenzgesellschaft – wenn auch verzerrt, durch geistige Traditionslinien und internationale Kräfteverhältnisse vielfältig gebrochen – den Spiegel vor.« (S. 268) Insofern sind also alle aufklärerisch gemeinten Gegenstrategien

in der Wirkung begrenzt. Natürlich ist es richtig, den republikanischen Grundsatz, wonach alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft die gleichen Bürgerrechte genießen müssen, zu verteidigen. Das bedeutet z.B. die unkomplizierte Einbürgerung bislang ausländischer Mitbürger und den Verzicht auf das geltende Blutrecht. Aber es ist ebenso eine Frage eines klar geregelten – damit eben auch limitierenden – Einwanderungsrechts. Denn dort, wo es um den Kampf unterschiedlicher Interessen geht – und die Verteilung der Arbeit ist –, so unerfreulich das für kosmopolitisch denkende Intellektuelle sein mag – ist ein Feld der Auseinandersetzung.

Ohne an die Fundamente der gegenwärtigen neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik zu rühren, wird es keine Chance geben, den rechten Rattenfängern das Handwerk zu legen. In einer Weltgesellschaft gewordenen Gemeinschaft wird es aber auch nicht ohne das Festhalten an nationalen und regionalen Strukturen gehen, also auch nicht ohne Abgrenzungen als Bedingung für Integration. Gerade weil die Deutschen um die rechtsextremistische, faschistische Gefahr wissen müssen, dürfen sie auch nicht deren soziale Voraussetzungen vergessen.

STEFAN BOLLINGER

Manfred Prisching:
Bilder des Wohlfahrtsstaates,
Metropolis-Verlag Marburg 1996,
320 S. (39,80 DM)

Hinter dem belletristisch anmutenden Titel verbergen sich vier umfängliche Essays, alleamt Auseinandersetzungen mit aktuellen Themen und Kommentare zu politischen Grundfragen unserer Zeit. Der Verfasser, Manfred Prisching, ist Soziologieprofessor in Graz. Er vertritt einen sozioökonomischen Forschungsansatz und gehört zu den Hauptautoren der Reihe »Beiträge zur Sozioökonomie«. Der vorliegende Band ist bereits der vierte in dieser Edition.

Die thematische Anlage der Texte ist weit- ausholend und disziplinübergreifend. Theoretisch und empirisch liefern sie nichts grundsätzlich Neues, ihr Wert besteht viel-

mehr in der Zeichnung »großer Bilder«, in der anschaulichen und sehr komplexen Darstellung übergreifender Probleme. Im Zentrum steht dabei die »Abgrenzung des öffentlichen und des privaten Bereichs« (S. 10), eine Problemstellung, die die Frage nach dem »angemessenen Wirkungsbereich von Märkten im Verhältnis zu staatlichen Eingriffen und im Verhältnis zu gesellschaftlichen Koordinationsmechanismen« ebenso einschließt wie die Diskussion der »bedrohlichen Expansion der Staatsausgaben und die Kritik an wohlfahrtsstaatlichen Zielen und Entwicklungen« (S. 11).

Im *ersten* Beitrag wird der interessanten Frage nachgegangen, wie sich im Laufe der Zeit die Auffassungen über die Wirtschaft wandeln, wie *ökonomische Weltbilder* entstehen und vergehen. Im Gegensatz zur Mainstreamökonomie werden die ökonomischen Modelle dabei im Kontext mit einer umfassenderen Zeitdeutung behandelt.

So werden das *technokratische*, das *revolutionäre*, das *sozialdemokratische*, das *apokalyptische*, das *liberale* und das *supranationale* Modell als Modelle der Wirtschaftspolitik erklärt. Obwohl keines dieser Paradigmen das Denken aller Menschen völlig beherrscht hat, spiegelt ihre Abfolge doch eine nicht zu übersehende Akzentverschiebung im Zeitgeist, im Realitätsverständnis wider. Neben der objektiven Wirklichkeit der Daten gibt es immer auch eine subjektive Wirklichkeit, »eine Welt in den Köpfen«, eine Modellvorstellung, von welcher die Deutung des Gesehenen abhängt. Und schließlich nicht nur die Deutung, sondern auch die Schlüsse und die Handlungen, die sich daraus ableiten. Prisching erklärt diese Zusammenhänge »ohne disziplinäre Scheuklappen« (S. 13). Durch die wissenschaftliche Interpretation, historische Einordnung, politische Begründung usw. der jeweiligen Modelle werden liebgewordene Identitätsmuster und Illusionen zerstört. Übrig bleibt die Erkenntnis, daß bestimmte Modellvorstellungen, so z.B. die der neoliberalen Schule, weniger der Überzeugungskraft ökonomischer Theorien entspringen und auch nicht dem wissenschaftlichen Fortschritt, sondern eher der »Ratlosigkeit« der Politiker (S. 52), der wirtschaftlichen und politischen Interessenkonstellation und dem Verteilungs-

kampf in der Gesellschaft. Ziemlich forsch rechnet Prisching auf diese Weise mit den ökonomischen Weltbildern der zweiten Jahrhunderthälfte ab. Etwas zu knapp jedoch fallen seine Schlußfolgerungen (S. 61f.) aus. Hier hätte sich ein umfassenderes Resümee gelohnt.

Der *zweite* Text befaßt sich mit dem Zerfall und der Rekonstruktion solidarischer Bindungen in der heutigen Gesellschaft. Die Grundthese lautet: Die persönlich-zwischenmenschliche Solidarität ist im Schwinden begriffen. An ihre Stelle tritt mit historischer Notwendigkeit der Wohlfahrtsstaat als institutionalisierte Solidarität unter den Bedingungen der Moderne. Dies wird dann im einzelnen erläutert und an Hand verschiedener Feldstudien untersucht. Von besonderem Interesse ist dabei der Abschnitt »Solidarität in marktformigen Strukturen« (S. 95ff.), in welchem sich der Autor mit der Auffassung auseinandersetzt, wonach Markt und Solidarität alternative, unvereinbare Koordinationsmechanismen seien.

Im *dritten*, fast 100 Seiten umfassenden Essay beschäftigt sich Prisching mit dem Phänomen steigender Staatsausgaben in den Ländern der westlichen Welt. Ausgehend von den Überlegungen Adolph Wagners (1892) stellt er die wesentlichen Gründe für die sukzessive Ausweitung der Staatsausgaben zusammen. Das modernisierungstheoretische Modell liefert ihm dann den theoretischen Rahmen für eine Erklärung. Am Schluß dieses Kapitels faßt der Autor seine Hauptaussagen in 16 Schlußfolgerungen thesenhaft zusammen. Es wird deutlich, daß sich aus seinen Untersuchungen keine allgemeinen historischen Gesetzmäßigkeiten ableiten lassen. Vielmehr sind es historisch jeweils sehr spezifische Konstellationen, die den Trend steigender Staatsausgaben erklären. Eine interessante und gut zu lesende Studie!

Der *vierte* Text ist mit »Sozialstaatliche Ideale und sozioökonomische Realitäten« überschrieben. Es handelt sich hierbei um eine Untersuchung über die Ziele des modernen Wohlfahrtsstaats (Wachstum, Sicherheit, Stabilität, Gleichheit, Innovation und Freiheit) und deren Realisierung in den europäischen Industrieländern. Angesichts massiver Zielverfehlungen in der Gegenwart gewinnt

dieser Text natürlich ganz besonders an Brisanz. Seine aktuelle Bedeutung ist auch darin zu sehen, daß politisch sehr durchsichtige Attacken auf den Sozialstaat als dem »Hauptverdächtigen für alle Mißstände« (S. 214) zurückgewiesen werden. Das Problem wird als ein sehr viel komplexeres behandelt. Eine besondere Rolle räumt der Verfasser dabei der kulturellen Komponente des Sozialstaates ein. Aber trotz aller aufgezeigten Erfolge, die der Wohlfahrtsstaat in den letzten Jahrzehnten vorzuweisen hat, bleibt die Tatsache des zunehmenden Versagens. Ob die Argumentation des Verfassers – zum Beispiel: »Der Wohlfahrtsstaat kann das wohlfahrtsstaatliche Bewußtsein nie einholen« (S. 259) – dem ausreichend gerecht wird, ist zu bezweifeln. Auch scheint die These, daß der Kapitalismus seine Grenze nicht an eingebauten Strukturmängeln im ökonomischen System finde, sondern »im Überbau« (S. 252), ziemlich gewagt und nicht bewiesen. Die Krisen der nächsten Jahre werden hier neuen Stoff liefern und die Fragestellung schärfer akzentuieren. Vorerst resümiert der Autor: »Der Wohlfahrtsstaat ist erfolgreich und schafft dadurch mehr Probleme. Er ist erfolgreich und schafft dadurch noch höhere Erwartungen. Er ist erfolgreich und gerät doch in die Krise. Darin besteht sein Mißerfolg« (S. 308).

ULRICH BUSCH

Martin Textor (Koordination):
Sozialpolitik, Aktuelle Fragen und Probleme,
 Westdeutscher Verlag Opladen/
 Wiesbaden 1997, 224 S., (24,80 DM)
 Thomas von Winter:
Sozialpolitische Interessen,
 Nomos Verlagsgesellschaft Baden-
 Baden 1997, 493 S., (128,00 DM)
 Siegfried Müller, Ulrich Otto (Hrsg.):
Armut im Sozialstaat,
 Luchterhand Neuwied, Kriftel,
 Berlin 1997, 300 S. (34,80 DM)

Die hier vorzustellende Auswahl neuer wissenschaftlicher Literatur zur Sozialpolitik besteht aus zwei Sammelbänden unterschiedlicher Qualität und einer sehr begrüßenswerten Monographie. Bei letzterer handelt es sich um die Marburger Habilitationsschrift von Thomas von Winter, deren Untertitel auf das Erkenntnisinteresse des Politiksoziologen verweist. Es geht von Winter um die Analyse der Konstituierung politischer Repräsentation und um Partizipation an sozialpolitischen Entscheidungsprozessen. Was das Buch trotz des abschreckenden Preises empfehlenswert erscheinen läßt, ist die Methodik von Winters, der sein Thema sowohl »von oben« als auch »von unten« angeht.

Die Arbeit ist in drei Kapitel gegliedert.

Teil A rekonstruiert Interessen und Interessenlagen in der Sozialpolitik. »Interesse« wird dabei nicht ausschließlich nach dem gängigen, aber unzureichenden ökonomischen »rational choice«-Modell untersucht. Von Winters soziologische Analyse umfaßt vielmehr auch latente und verbandspolitisch vermittelte Interessen.

Teil B ist verbandlicher und wahlpolitischer Umsetzung sozialpolitischer Interessen gewidmet. Ergänzend zu gängiger Verbände- und Korporatismusforschung geht der Autor auf Selbsthilfebewegungen, u.a. von Armen und Arbeitslosen sowohl im alten Bundesgebiet als auch in den neuen Ländern ein.

Teil C beschreibt und analysiert genauer die Wechselbeziehungen zwischen sozialpolitischen Akteuren und Verbänden, genauer

deren Einfluß auf sozialpolitische Entscheidungen.

Dem Werk liegen neben umfassenden Literaturstudien qualitative empirische Untersuchungen zugrunde. Wer sich umfassend über das Interessen- und Beziehungsgeflecht in der Sozialpolitik wie über Einflußmöglichkeiten »Betroffener« informieren will, ist mit diesem Buch sehr gut bedient.

Explizit erhebt den Anspruch breiter und umfassender sozialpolitischer Information auch der von Martin Textor »koordinierte« Sammelband unter dem anspruchsvoll-allumfassenden Titel »Sozialpolitik«. Die einzelnen Beiträge des von der Bayrischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit herausgegebenen Bandes werden diesem Anspruch jedoch in sehr unterschiedlicher Weise gerecht, was wohl einem fehlenden strukturierenden editorischen Konzept geschuldet ist. Während beispielsweise Bernd Schulte (Sozialpolitik ... in der Europäischen Union – Welche Spielräume bleiben für die nationale Politik) und Richard Hauser (Armut in Deutschland) reflektierte und informative Überblicke über ihr jeweiliges Thema geben, ist der Beitrag zur Arbeitslosigkeit deutlich ideologiegefärbt. Die neoklassisch argumentierenden Ökonomen Eckhard Knappe und Hans-Joachim Jobelius (Millionen Arbeitsloser – muß die Arbeit umverteilt werden?) variieren die krude angebotstheoretische Arbeitsmarkttheorie, nach der Arbeitslosigkeit vor allem eine Folge zu hoher Löhne sei.

Daß auch der »Kordinator« nicht frei davon ist, Sozialpolitik einseitig als Kostenfaktor und nicht, wie es realistisch wäre, als nachfragestabilisierend zu betrachten, verdeutlicht das folgende Zitat aus dem einleitenden Aufsatz: »Durch eine gute Wirtschaftspolitik kann die Wirtschaft für die Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte gerüstet werden. Dazu dürfte auch ein *Abbau des überbordenden Sozialsystems* beitragen ...« (S. 26) Hier werden sozialpolitische (Arbeitgeber-) Interessen verdeckt vorgetragen und die aktuelle Politik der Bundesregierung »wissenschaftlich« legitimiert.

Dagegen richtet sich die Armutsforschung, die die gravierenden Versäumnisse einer unzureichenden und ideologisch geprägten Sozialpolitik aufarbeitet. In dem von Siegfried

Müller und Ulrich Otto herausgegebenen Band sind die relevanten Strömungen der Armutsforschung vertreten, die sie in den letzten Jahren ebenso evident wie (politisch) folgenlos publizierten. Der Titel läßt bereits erkennen, daß der grundgesetzlich garantierte Sozialstaat sein Ziel verfehlt, wenn er offensichtliche absolute und relative Armut zuläßt. Im Sinne der oben kritisierten neoklassischen Theorie ist dies nicht Versäumnis, sondern Absicht; die Senkung materieller sozialpolitischer Standards ist hinsichtlich der lohnkostensenkenden Strategie funktional.

Wie erfolgreich diese Strategie ist, belegt Ulrich Schneider in seinem Beitrag über »Armut in einem reichen Land«, indem er auch auf den Zusammenhang zwischen massenhaft wachsendem Reichtum und der zunehmenden Armut eingeht. Die Spaltung der Gesellschaft schreitet somit voran, was auch in Richard Hausers quantitativer Armutsanalyse deutlich wird.

Die bremische »dynamische« Armutsforschung ist u.a. mit einem Beitrag von Michael Zwick (»panta rhei« – Fluktuation und Strukturwandel der Sozialhilfeklientel) vertreten. Der positive Beitrag dieser Forschungsrichtung besteht darin, aufgewiesen zu haben, daß Armut vielfach keine dauerhaft anhaltende Lebenslage darstellt.

Auf die sozialstaatlich induzierte Armut verweist Gerhard Bäcker, der auf die Erwerbsarbeitszentrierung der sozialen Sicherungssysteme und auf die Funktion der Arbeitserzwingung durch die Arbeitslosenversicherung eingeht. Daß auch geschlechtsspezifische Benachteiligungen in der Sozialpolitik existieren, weist Heidi Reintl (Ist die Armut weiblich?) auf. Die wichtigsten Ergebnisse seiner kürzlich erschienenen Monographie zum Thema »Ländliche Armut« faßt Karl August Chassee von der Fachhochschule Jena zusammen.

Gehen die bisher angesprochenen Beiträge auf verschiedene empirische Armutsaspekte ein, so setzen sich die abschließenden Aufsätze theoretisch mit Ursachen und sozialer Wahrnehmung der Unterversorgung auseinander.

Mit Beitrag und Grenzen der neoklassischen ökonomischen Konzeption zur Erklärung von Armut und Arbeitslosigkeit befassen sich Uwe Hochmuth, Günther Klee

und Jürgen Volkert. Grundsätzlich im neoklassischen Theoriegebäude verharrend, weisen die Autoren auf die offensichtlichsten Schwächen und Einseitigkeiten dieses Modells, so daß die intellektuelle Auseinandersetzung mit diesem Aufsatz lohnt. Christoph Deutschmann (Zur Kritik am Wohlfahrtsstaat) sieht wesentliche Finanzierungsprobleme in der Beitragslastigkeit der Sozialpolitik. Er fordert stattdessen größere steuerfinanzierte Anteile, um eine armutverhindernde Grundsicherung umsetzen zu können. Auf das Grundsicherungskonzept (Bürgergeld contra Grundsicherung) geht auch Ulrich Otto ein, der die herrschende sozialpolitische Strategie einer scharfen Kritik unterzieht. Sehr anregend liest sich der Beitrag des ebenfalls aus dem Umfeld der bremischen dynamischen Armutsforschung kommenden Lutz Leisering. Leisering setzt sich mit veränderten professionellen Selbstbildern in der sozialen Arbeit vor dem Hintergrund der offener werdenden Grenze zwischen Armuts- und Wohlstandsbevölkerung auseinander. Für eine langjährig auf der Stelle tretende Debatte um eine Theorie der Sozialarbeit kann von Leiserings Überlegungen ein interessanter Impuls ausgehen.

Unter ethischen Aspekten beschäftigt sich Hans Thiersch (Armut und Gerechtigkeit) mit den moralischen Grundlagen von sozialer Arbeit und Sozialpolitik. Einen originellen und instruktiven Beitrag leistet schließlich Gottfried Korff. Die Ikonographie der Armut, die Korff analysiert, fällt jedem am Thema interessierten Betrachter auf. Mit Vorliebe wählen Redakteure und Lektoren zur Illustration von Armutsliteratur Bilder von Armen in offensichtlicher subalternen Opferrolle. Solche Bilder prägen die zumeist wirklichkeitsfremde öffentliche Wahrnehmung von Armut: »Es sind Bilder, die Armut über die Tätigkeit des Bettelns, über Obdachlosigkeit, Suppenküchen oder über Warteschlangen bei der Inanspruchnahme von Sozialleistungen veranschaulichen« (S. 285).

Nur schade, daß der Lektor des insgesamt sehr lesenswerten Bandes Korffs Aufsatz offenbar nicht gelesen hat. Auch den Titel dieses Bandes zielt das Bild eines bettelnden Obdachlosen, an dem die Passanten achtlos vorübergehen.

FRIEDHELM WOLSKI-PRENGER

Totalitarism w Ewrope XX weka.

Is istorii ideologij, dwishenij, reshimow i ich preodolenija.

(Übers. D. Sacht.: Der Totalitarismus im Europa des XX Jahrhunderts.

Aus der Geschichte der Ideologie, der Bewegungen, der Regimes und ihrer Überwindung.) Leiter des Autorenkollektivs Ja. S. Drabkin, N. P.

Komolowa. Moskau: Pamjatniki istoritscheskoj mysli 1996, 540 S.

(Serija »Rossija-Germanija-Ewropa«. Vyp. 2)

Totalitarismus. Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts. Herausgegeben von Alfons Söllner, Ralf Walkenhaus und Karin Wieland,

Akademie-Verlag Berlin 1997, 298 S.

Die von Mitarbeitern des Instituts für Allgemeine Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften vorgelegte Veröffentlichung enthält Zwischenberichte über die 1992 in Kooperation mit deutschen Gesellschaftswissenschaftlern aufgenommenen Forschungen zum Thema »Totalitarismus in Europa im 20. Jahrhundert«. (Der sich bereits im Titel widerspiegelnde Bezug auf die von Eckhard Jesse besorgte Publikation »Totalitarismus im 20. Jahrhundert« ist beabsichtigt.) Dreizehn Autoren stellen in vier Kapiteln, »Herausbildung der Diktaturen«, »Antlitz des Krieges«, »Überwindung« und »Schlußfolgerungen«, achtzehn chronologisch und thematisch strukturierte Studien über die Entwicklung totalitärer bzw. autoritärer Regimes in Sowjetrußland, Italien, Deutschland und Spanien zur Diskussion.

J. Drabkin und W. Damje verfaßten Einleitung und Schluß, die Beiträge über die historischen Wurzeln des Totalitarismus, eine Überblicksdarstellung über die in Rußland geführte Debatte, wessen Krieg der Zweite Weltkrieg eigentlich war und das Phänomen des Totalitarismus. A. Schubin schrieb die Beiträge über die Russische Revolution und die bolschewistische Diktatur (Weltkrieg und Revo-

lution; Bürgerkrieg und »Kriegskommunismus«; NÖP und Stalinismus), den Bürgerkrieg und den Francoismus in Spanien, die UdSSR und die Regimes der »Volksdemokratien« (Der Nachkriegsstalinismus; Die Besonderheiten der osteuropäischen Staaten; Die Kommunisten ergreifen die Macht; Totalitäre Regimes) und über die Krise der totalitären Einrichtungen in Osteuropa (Die Erosion der Machtinstitutionen; Autoritarismus und anti-autoritäre Revolutionen; Der Zusammenbruch des Systems). M. Kortschagina legte die Ausarbeitungen über den Nationalsozialismus und den Antifaschismus vor.

Neben bereits erwähnten Skizzen über die Entwicklung in Italien, Portugal und Spanien wurden Abhandlungen über die Rolle der Kirche und die Kunst unter Bedingungen des Totalitarismus aufgenommen.

An dieser Stelle kann nur auf einen Aspekt der in erster Linie für den russischen Leser und zur Selbstverständigung der Autoren gedachten Veröffentlichung (sie erschien in einer Auflage von 700 Exemplaren) hingewiesen werden. Die Autoren fassen den internationalen Diskussionsstand zusammen und ordnen ihre Beiträge einzelnen, im Westen vorformulierten Positionen zu. Ungeachtet des Hinweises, daß russische Archive, darunter das Kominternarchiv, genutzt wurden, bleibt die Untersetzung eigener Arbeitshypothesen mit Archivdokumenten eher dünn. Ein Kapitel über oder wenigstens eine Auswahlbibliographie russischer Veröffentlichungen zum Thema fehlt. J. Drabkin wies auf die im Zuge der Diskussion der Forschungsergebnisse im Autorenkollektiv immer deutlicher hervortretende Notwendigkeit der Trennung von theoretischen und politischen Herangehensweisen an die Themen hin.

Wie aktuell diese Forderung bleibt, zeigen gerade die Beiträge, in denen über Rußland, Sowjetrußland und die UdSSR die Rede ist. Während W. Damje, der zu den Theoretikern der anarchistischen Bewegung in Rußland gehört und zu den Aktivisten der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung zählt, die anti-autoritäre und genossenschaftliche Alternative zum Totalitarismus betont und den Bruch in der von Lenin und Trotzki bzw. Stalin eingeschlagenen Entwicklung konstatiert, geht A. Schubin von der Kontinuität und Wechsel-

wirkung von Leninismus und Stalinismus aus. Außer diesem Beispiel für die Beeinflussung wissenschaftlicher Meinung durch politische Verortung wird der (deutsche) Leser in den eher referierenden und theoretisch äußerst heterogenen Beiträgen über die Sowjetunion wenig Neues finden.

Drabkin wiederholt in den Schlußfolgerungen die bereits in der Einleitung ausgeführte These von der Möglichkeit des Vergleichs von NS-Diktatur und Stalinismus und hebt – am Ende der Studie stärker als zu Beginn – die Grenzen des Begriffs hervor. Er verweist auf die von K. Bracher vorgelegte Definition des Totalitarismus, die vom Autorenkollektiv weiter als Arbeitshypothese genutzt wird. (Einheitsideologie; vom Volk getragene Massenbewegung; diktatorisches Regime). Ein universelles Erklärungsschema ist der Totalitarismus nicht. Im Schlußteil des Buches – diesmal mit Blick auf die aktuelle Situation in Rußland – ist mehr von der Modernisierung unter Bedingungen der liberal-demokratischen, pluralistischen Ordnung als von Alternativen zum Stalinismus die Rede.

Die im Band »Totalitarismus. Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts« versammelten sechzehn Aufsätze sind etwa zur Hälfte aus Referaten hervorgegangen, die im Juni 1994 auf einer Konferenz des Hamburger Instituts für Sozialforschung vorgetragen wurden.

Die Kapitel, denen die Beiträge der fünfzehn Autoren zugeordnet sind, lauten: Im Reisegepäck der Emigranten. Zur Entstehung der Totalitarismustheorie; Der Erfahrungsgrund der Totalitarismustheorie; USA. Die Klassiker der Totalitarismustheorie; Frankreich. Antitotalitarismus als Intellektuellendiskurs; Deutschland. Die Totalitarismustheorie in einem geteilten Land.

Die Herausgeber haben sich entschieden, einige Theoretiker und deren Hauptwerke vorzustellen, die die Herausbildung und Entwicklung der Totalitarismustheorie prägten. Zu ihnen gehören Waldemar Gurian, Franz Borkenau, Sigmunt Neumann, Carl Schmitt, Ernst Rudolf Huber, Ruth Fischer, Hannah Arendt und Raymond Aron. Unter dem hier gewählten Blickwinkel – von Miniaturen auszugehen – erscheint die Geschichte der Totalitarismustheorie in einem neuen Licht. Auf

die von ihm gestellte Frage: »Verbirgt sich im Totalitarismuskonzept etwa, gerade weil es zwischen diesen beiden hegemonialen Diskursen vermittelte, vielleicht die ausschlaggebende Epochenkategorie für die Ideengeschichte des 20. Jahrhundert?« gibt A. Söllner folgende Antwort: »Es ist klar, daß hinter dieser ideengeschichtlichen Wendung der Fragestellung ein Anspruch steht, der einigermaßen riskant, der so voraussetzungsvoll wie weitreichend ist. Der hier vorgelegte Sammelband möchte daher keine fertigen Antworten geben, sondern er möchte erst einmal neue Fragen stellen und legt zu deren Illustration ausgewählte Detailstudien und begrenzte Materialanalysen vor – freilich in der festen Überzeugung, daß es sich um einen lohnenden Komplex handelt, dessen innere Auslotung und großflächige Verortung einige Aussagekraft für das gesamte Jahrhundert haben wird.«

WLADISLAW HEDELER

Redaktionelle Mitteilung

Auf Grund eines technischen Versehens sind die Fotos in Heft 81/82 von sehr schlechter Qualität. Dafür möchten wir uns bei den Autoren und den Lesern entschuldigen.

Außerdem sind einige Fußnoten im Beitrag von Herbert Mayer statt in die Marginalienspalte an den Schluß des Textes geraten. Auch für diese Panne bitten wir um Entschuldigung. Interessenten können über die Redaktion auf Anfrage kostenlos einen A4-Ausdruck des Beitrages erhalten.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Liebe Autorinnen und Autoren,

wir bitten Sie/Euch, beim Einreichen von Manuskripten zu beachten, daß Beiträge in »UTOPIE kreativ« nur veröffentlicht werden können, wenn sie in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht anderwärts erschienen sind oder erscheinen werden.

Da wir nicht über festangestellte Redaktionsmitarbeiter und insbesondere nicht über Schreibkräfte verfügen, sollten Manuskripte an uns auf maschinenlesbaren Datenträgern sowie in einem Exemplar ausgedruckt eingekampt werden.

Wir bitten darum, möglichst die Textverarbeitungssysteme »Word« (für DOS, WINDOWS oder MACINTOSH) oder »Word-Perfect« bzw. »Works« (für DOS oder WINDOWS) zu verwenden. Der Text auf Diskette sollte zudem keine Trennungen oder sonstigen speziellen Formatierungen enthalten. Zur Erstellung von Tabellen bitten wir unsere Autor(inn)en, wenn irgend möglich, Tabulatoren zu verwenden.

Da wir in den jeweiligen Monatsheften möglichst viele Autoren und Themen berücksichtigen wollen, sollten Manuskripte für Sachbeiträge einen Umfang von ca. 4.000 Wörtern oder ca. 25.000 Zeichen (entspricht ca. 15 Normmanuskriptseiten) nicht über-

schreiten. Angaben zur/zu den AutorInnen und Marginalien (ca. im Verhältnis 1 : 5 zum Umfang des Beitrages; also auf 15 Manuskriptseiten kommen zusätzlich ca. 4 Seiten Marginalien) sind gesondert - aber auf ein und derselben, eindeutig beschrifteten Diskette - beizufügen. AutorInnen, die erstmals bei uns veröffentlichen, werden gebeten, ein Porträtfoto (möglichst kein Paßbild) einzusenden.

Der Kopf von Rezensionen bzw. Annotationen muß folgende Angaben (in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion) enthalten: Vorname Name der Autor(inn)en/ Herausgeber(innen): Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenanzahl und (Preis). Der Text selbst sollte 1.000 Wörter bzw. 7.000 Zeichen (ca. 4 Manuskriptseiten) nicht überschreiten.

Mit der Veröffentlichung eines Beitrages geht das Recht zur Vervielfältigung, Verbreitung und Übersetzung auf die Zeitschrift über. Hiervon unberührt bleiben die Urheberrechte.

Für unverlangt eingehende Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden. Eine Rücksendung ist nur dann möglich, wenn ein frankierter Rückumschlag oder Porto in Form von Briefmarken beigelegt wurde.

Die Redaktion

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 16:	je	2 DM
Beilage (1991)		1 DM
Dokumentation (zu Heinrich Fink)		4 DM
Heft 17/18 bis 47/48	je	4 DM
Heft 49 bis 50	je	2 DM
Heft 51 bis 62	je	4 DM

Impressum

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN,
MARION KUNZE, ULLA PLENER,
ARNOLD SCHÖLZEL, JÖRN SCHÜTRUMPF (V.i.S.d.P.)
Herausgeber.: Förderverein Konkrete Utopien e.V.
Gründungsvorsitzende:

GUNTHER KOHLMHEY und HELMUT STEINER
Verlag: NDZ/Neue Zeitungsverwaltung GmbH,
Geschäftsführerin: RUTH KAMPA
Verlagsarbeiten: MONIKA NOACK
Satz: MARION KUNZE

Redaktionsadresse:

Weydingerstraße 14-16,
10178 Berlin (Tel.: 030 - 2 40 09-561)
Druck: Druckerei am Bärenzwinger GmbH,
Rungestraße 3-6, 10179 Berlin
Vertrieb: AVZ GmbH, PF 66,
12414 Berlin (Tel.: 030 - 53 33 43 62)
Einzelverkaufspreis: DM 7,50
Jahresabonnement (incl. Versand):
DM 80,00 (Inland), DM 98,00 (Ausland)
Förderabonnement (incl. Versand): DM 120,00